

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne... für politische und gesellschaftliche Berichte... und Verhüllungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zählige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 2 Mark, jährlich 4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Steuerpflicht der Fürsten.

Der Reichstag ist vertagt. Der Reichskanzler widmete seiner Bewilligung der größten Heeres- und Steuervermehrung, die jemals ein Reichstag bewilligt hat, in feierlicher Schlussrede die Worte: „Lassen Sie mich die Ueberzeugung aussprechen, daß ein großes Werk getan ist. Die großen und schweren Opfer, die die Staaten und die einzelnen bringen, werden getragen für die höchsten Güter der Nation.“

Etwa eine halbe Stunde vorher, in derselben Sitzung des Reichstags, als es sich darum handelte, die vom Reichstag beschlossene Bestimmung aufrechtzuerhalten, daß die Bundesfürsten von ihrem Vermögenszuwachs nach den Bestimmungen des Vermögenssteuergesetzes steuerpflichtig sind, erklärte derselbe Reichskanzler kurz und nüchtern, im Interesse des Zukunftskommandos des Gesetzes bitte er dringend, diese Bestimmung abzulehnen. Er erklärte also namens der Fürsten, daß sie es ablehnen, von dem jedesmaligen Vermögenszuwachs ihrer gewaltigen Vermögen „für die höchsten Güter der Nation“ irgend etwas beizutragen, und daß sie, falls der Reichstag dies beschließen sollte, das große Werk für die Sicherheit des Reiches, für den Frieden und wenn es sein muß für die siegreiche Abwehr“ durch den Bundesrat zum Scheitern bringen werden! Den übrigen Deutschen aber, welche, da die Fürsten kraft Reichsgesetzes ebenfalls von der Wehrpflicht befreit sind, auch die Blutopfer darbringen, sagte der Reichskanzler, der Vertrauensmann der Fürsten, daß sie für die höchsten Güter der Nation große und schwere Opfer bringen. Und so wird es durch den Blätterwandel zwischen den Konservativen und fortschrittlichen und ganz besonders den der Nationalliberalen und des Zentrums. Denn diese Parteien haben durch ihren jämmerlichen Umfall, durch ihre von Aufsichtsrats- und Stellenpolitik diktierte Haltung die historische Gelegenheit des Reichstags, den Steuerabsolutismus der Fürsten zu brechen, preisgegeben.

Niemand hat mehr Interesse an dem Bestand und der Vermehrung des stehenden Heeres in seiner heutigen Gestalt als die Kriegsherren. Niemand ist mehr als sie zur Erhaltung seiner Stellung, seiner Macht und seines Vermögens abhängig von dem Funktionieren dieses „ihres scharfen Instruments“, welches, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter schreien soll. Aber so ist es durch die Jahrhunderte gegangen. Blut- und Gutsteuer der Völker für den Militarismus sind als die höchsten Güter der Nation geriefen und durch sie ist der Absolutismus aufrechterhalten worden. Wenn es der Sozialdemokratie durch ihre zähe Arbeit von Jahrzehnten dies eine Mal endlich gelungen ist, die Besitzlosen vor den neuen Gutsteuer zu schützen und sie größtenteils den Besitzenden aufzuerlegen, so ist es um so bezeichnender, daß das Bürgertum in seinem geschichtlichen Kampf gegen die Steuerfreiheit der Fürsten der Entscheidungsschlacht in dem Augenblick ausgemichen ist, wo ihm der Sieg sicher war!

Die Junker stellten sich konsequent auf die Seite der Fürsten, als ihr eigenes Portemonnaie dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts ausgeliefert werden sollte. Wie sie ihr eigenes Portemonnaie durch staatsrechtliche Ausführungen über die Souveränität der Bundesstaaten zu schützen suchten, so berief sich ihr Wortführer Graf von Westarp für die Steuerfreiheit der Fürsten im Reich auf deren Souveränität nach dem Staatsrecht Preußens vor der französischen Revolution, das bestimmt: „Alle Rechte und Pflichten des Staats gegen seine Bürger und Schutzverwandten vereinigen sich in dem Oberhaupt desselben.“ Es ist das das „Staatsrecht“ des Sonnenkönigs Ludwig XIV. „der Staat bin ich“, ins Preussische überfetzt. Aber das Bürgerium, das 1848 in die preussische Verfassung den Satz hineingezwungen hat, „Standesvorrechte finden nicht statt“, 1913 als Reichsrecht den Fürsten das Standesvorrecht der Steuerfreiheit Geleis werden ließ, ist einer jener geschichtlichen Momente, die es erklären, daß das Deutsche Reich politisch nicht vorwärts kommt und daß immer wieder trotz aller Niederlagen die alten Vorrechte und Herrschaftsverhältnisse bestehen bleiben. So lange der Maulliberalismus der Nationalliberalen im Reichstag den Ausschlag gibt, gibt es in Deutschland keinen politischen Fortschritt!

Wäre die Steuerfreiheit der Fürsten eine Rechtsfrage und nicht eine Machtfrage, so könnte es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Fürsten steuerpflichtig sind.

Die Regierung hütelte sich, vor der Öffentlichkeit des Reichstags ihren in der Budgetkommission vorgebrachten Rechtsstandpunkt zur Begründung der Steuerfreiheit der Fürsten zu wiederholen. Denn sie hat mit demselben keinen einzigen Staatsrechtslehrer auf ihrer Seite. Von dem konservativen Krudt, dem nationalliberalen Laband bis zu dem fortschrittlichen Anschütz lehren sie alle, daß eine Steuerfreiheit der Fürsten nicht besteht. Der Zentrumsanhänger Professor von Zeidel, der einem weitgehenden Partikularismus huldigt, spricht dieselbe Ansicht aus. Und so haben sich auch in der Budgetkommission die Zentrumsabgeordneten Gröber und Erzberger mit Entschiedenheit gegen den Standpunkt der Regierung gewandt und sich für die Steuerpflicht der Fürsten ausgesprochen.

Und selbst der nationalliberale Herr Schäffer erklärte in der Budgetkommission gegenüber den Ausführungen der Staatssekretäre, daß die Fürsten kraft ihrer Landesouveränität der Steuerergänzung des Reiches nicht unterliegen: das Reich ist etwas Neues und Selbständiges, das seine eigenen Rechtsgrundlagen schafft. Was für das Landesrecht staatsrechtlich gilt, kann auf das Reichsrecht nicht ohne weiteres übertragen werden.

Aber abgesehen davon, daß die Fürsten in ihrem Lande tatsächlich nicht steuerfrei sind, daß in Baden, Bayern, Württemberg und den anderen Bundesstaaten ohne Ausnahme gesetzliche Einzelbestimmungen bestehen, welche die Landesfürsten auch direkten Steuern unterwerfen, ist das selbst in Preußen der Fall. Der König von Preußen unterliegt der kommunalen Realsteuer. Ausgenommen sind nur die königlichen Schlösser von der Gemeindegrundsteuer. Wäre es aber auch anders, so ist es ein unbestrittener Grundsatz des deutschen Staatsrechts, daß die landesrechtliche Herrscherstellung der Landesouveränität des Reiches unterworfen ist.

„Nach Artikel 78 der Reichsverfassung“, sagt Laband in seinem Deutschen Reichs-Staatsrecht, „ist die Willens- und Rechtssphäre des Reiches von der der Einzelstaaten unabhängig. Dem Reich ist die Befugnis gegeben, durch Reichsgesetze seine Befugnis schrankenlos auszuüben. Es ist eine unabwiesbare Konsequenz aus Artikel 78, daß die gesamte Rechtssphäre der Einzelstaaten zur Disposition des verfassungsmäßig erklärten Willens des Reiches steht. Durch diesen Satz aber ist die Souveränität, das ausschließliche Selbstbestimmungsrecht, der Einzelstaaten verneint und die Souveränität des Reiches anerkannt.“ Auf demselben Standpunkt steht der preussische Kronsyndikus, Professor Jörn.

Im Zusammenhang hiermit steht der im Artikel 2 der Reichsverfassung ausgesprochene Grundsatz, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Dies ist die Negation der Souveränität der Einzelstaaten, die Anerkennung einer über ihnen stehenden sie rechtlich verpflichtenden Herrschermacht.

Die Finanzverwaltung des Reiches — Artikel 4 Nr. 2 der Reichsverfassung — ergreift deshalb mit souveräner Machtvolle alle Personen und Güter innerhalb des Reichsgebietes; auch diejenigen, die nach Landesstaatsrecht dem Besteuerungsrecht der betreffenden Einzelstaaten nicht unterworfen sind. Hoheitsrechte der Bundesfürsten kennt die Reichsverfassung überhaupt nicht, sondern nur Hoheitsrechte (Reservatrechte) einzelner Staaten, die nur mit deren Zustimmung aufgehoben werden können.

Die Bundesfürsten sind den Reichssteuergesetzen ebenso unterworfen, wie allen übrigen Reichsgesetzen, von denen sie nicht ausdrücklich befreit sind. Wäre es anders, so hätte auch die Reichsverfassung für sie keine bindende Kraft. Dann wäre der Oldenburgische Leutnant mit den zehn Mann, der den Reichstag auf Befehl des Kaisers auseinandertreiben soll, eine verfassungsmäßige Einrichtung. Wie ein solches Vorgehen aber die Zerstückelung der Verfassung bedeutete und staatsrechtlich unmöglich ist, so ist es ein staatsrechtliches Un Ding, daß die Fürsten der Reichsvermögenszuwachssteuer nicht unterworfen sind.

Die Sozialdemokratie muß sich auch hier als die Hüterin der Befugnisse zeigen, sie muß die Mächte niederzwingen, die dem Walten des Rechts entgegenstehen!

## Zum Reichstagschluß.

Aus dem Nachweis über die namentliche Abstimmung zum Vermögenszuwachssteuergesetz geht hervor, daß dafür gestimmt haben: 105 Sozialdemokraten, 61 Zentrumsler, 48 Nationalliberale, 39 Fortschrittler, die gesamte Reichspartei, fast alle Antisemiten und Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung und zwei Konservativen. Die beiden Konservativen, die entgegen ihrer ganzen Fraktion für die Vermögenszuwachssteuer stimmten, sind die Abgeordneten Reibel und v. Weit. v. Weit ist Landrat und Rittergutsbesitzer, Reibel ist ostpreussischer Rittergutsbesitzer und Hauptmann der Reserve. Für das Gesetz stimmten auch die keiner Partei angehörenden Abgeordneten Graf Posadowsky und Hehl zu Herrnsheim. Gegen das Gesetz haben gestimmt: 42 Konservativen, 15 Polen, einige Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, einige Elsäßer und Graf Oppersdorff, der früher zum Zentrum gehörte. Der Stimme enthalten haben sich 21 Zentrumsabgeordnete, zumeist Vertreter der feudalen Richtung. Die übrigen Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten haben, gehören verschiedenen Parteien an.

Die „Post“ wirft die Frage auf, ob das Vermögenszuwachssteuergesetz auch ohne die Sozialdemokraten eine Mehrheit erlangt hätte, und sie bejaht diese Frage unter Berufung auf das Votum der Reichsparteiler. Nun ist allerdings richtig, daß die 105 Sozialdemokraten, zu den 63 Gegnern der Vorlage gerechnet, erst 168 Stimmen geben, während auf der Seite der Zustimmungenden noch 175 übrig bleiben. Aber so kann natürlich nicht gerechnet werden. Hätten die Sozialdemokraten beschlossen, gegen die Vorlage zu stimmen und diese ihre Stellungnahme wäre bekannt geworden, dann dürfte sich auch in den anderen Parteien das Bild verschoben haben, sei es, daß das Zentrum noch mehr Dissidenten aufzuweisen gehabt hätte oder daß die Reichsparteiler, die sich jetzt

als Ketter der Vorlage aufspielen wollen, sich zu den Konservativen geschlagen hätten. Wenigstens hat die „Post“ bis in die letzten Tage hinein sich gegen das Steuerkompromiß erklärt und Freiherr v. Redlich verlangte noch vor wenigen Tagen die Ablehnung der Reichsvermögenszuwachssteuer.

Die Presse nimmt natürlich zu der Wehr- und Dedungs-vorlage ausführlich Stellung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Die letzte Tagung hat aber eine fast noch bedenklichere Entwicklung gezeigt. Die Mehrheit des Reichstages ist nicht ohne Erfolg bemüht gewesen, die Grenze zwischen den Rechten der Regierung und des Reichstages zugunsten des letzteren zu verschieben. Der Reichstag hat dem Reichskanzler ein formelles Mißtrauensvotum ausgesprochen und dadurch den ersten Schritt zur parlamentarischen Regierung getan. Der Reichstag hat zuletzt den Verbündeten Regierungen in der Frage des Vermögenssteuergesetzes seinen Willen aufgezwungen, obwohl das von der Mehrheit des Reichstages vorgeschlagene kurz vorher von der Regierung als unannehmbar bezeichnet wurde. Die Regelung des Vermögenssteuergesetzes bedeutet tatsächlich und unbestreitbar eine Erweiterung des Reiches und des Reichstages gegenüber den Bundesstaaten. Sie bedeutet ferner eine überaus bedenkliche und gefährliche finanzielle Schwächung der Einzelstaaten. Der Bundesrat hat nicht die erforderliche Widerstandskraft bewiesen, die Parteien des Reichstages sind mit Ausnahme der rechtsstehenden nihil und leichtsinnig über diese Bedenken hinweggegangen. Wer diese und noch andere ähnliche Erscheinungen unbefangenen betrachtet, der wird zugeben müssen, daß das Reich sich auf einer abschüssigen Bahn befindet. Ein parlamentarisch regiertes Deutsches Reich ist völlig unmöglich, und die allmähliche Schwächung der Stellung und der Rechte der Einzelstaaten ist eine Gefährdung des Reichsgedankens und der Reichszukunft.“

Keinlich, wenn auch weniger scharf, schreibt die „Kreuzzeitung“, die sich außerdem Hoffnung macht, daß auch die städtischen Kapitalisten in den Konservativen von jetzt an die besseren Schüler ihres Portemonnaies sehen werden als in den Liberalen. Die Merikale „Germania“ bebauert, nicht sagen zu können: Ende gut, alles gut. Sie hätte gewünscht, daß die Wehr- und Dedungsvorlage auch von derselben Majorität, d. h. also vom schwarz-blauen Block bewilligt worden wäre. Die Abspaltung der Konservativen scheint also dem Zentrum näher zu gehen, als es bisher schien.

Die liberale Presse, die zeitweise sowohl den romantischen Gedanken des Wehrbeitrags als die Vermögenszuwachssteuer energisch bekämpfte, ist jetzt ziemlich zufrieden. Einer völligen Verbredung aber macht sich die „Boschische Zeitung“ in einem burrapatriotischen Artikel schuldig, wenn sie schreibt:

„Wie kleinlich, wie kindlich ist nicht der Vorwurf, die Regierung habe sich, indem sie sich auf den Boden der Kompromißvorschläge stellte, ins Fahrwasser der Sozialdemokratie gegeben! Alle diese Vorschläge sind nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den bürgerlichen Parteien ausgegangen. Daß aber die Sozialdemokratie ihnen schließlich beistimmte, sollte man nicht als ein verhängnisvolles Unheil, sondern als einen erfreulichen Erfolg betrachten. Oder hat es nicht auf sich, daß eine Partei, die nun einmal über mehr als 4 Millionen Wähler und über 110 Abgeordnete verfügt, in dem Wehrbeitrag eine Milliarde bewilligt und in der Vermögenszuwachssteuer jährlich 100 Millionen — alles ausgesprochenemachen zu Wehrzwecken? Und ist es nicht, daß sie in keinem Stadium der Verhandlungen auch nur den Versuch zur Obstruktion gemacht hat? Daß sie den Steuern zugestimmt hat, um Schlimmerem vorzubeugen, ist richtig, mindert aber nicht die Tragweite des Beschlusses, ungeheure Summen zur Durchführung eines Gesetzes zu bewilligen, dessen Zustandekommen die Sozialdemokratie ihren Ueberlieferungen gemäß zu hintertreiben bemüht war.“

Der unansändige Versuch, der sozialdemokratischen Fraktion gerade die entgegengesetzten Motive unterzuschleiben, die ihre Haltung wirklich bestimmt haben, muß an der klaren Sprache der Erklärung scheitern, die die Fraktion abgegeben hat. Die Fraktion hat für die Vermögenssteuern gekämpft und schließlich dafür gestimmt um schlechtere Steuern zu verhindern. Die Sozialdemokratie bleibt aber deswegen in Zukunft ebenso wie bisher die Todfeindin des Militarismus und unterscheidet sich auch dadurch von den militärfreundlich gewordenen Fortschrittlichen wie Feuer und Wasser. Und wäre die Obstruktion nur ein taugliches Mittel gewesen, die Fraktion wäre sicher vor der Anwendung nicht zurückgeschreckt.

Diese restlose Unterwerfung der Fortschrittler unter das Kommando des Wehrvereins und seines Generals Keim wird auch von der bürgerlich-demokratischen Presse scharf kritisiert. So meint die „Verl. Volkszeitung“:

Der Militarismus hat über den Liberalismus gesiegt. Glatt gesiegt. Da hilft kein Drehen, kein Deuteln. Der Liberalismus hat, folglos gegen die Wünsche des Militarismus, dem deutschen Volke neue, ungeheure Lasten aufgebürdet. Abgesehen von dem einmaligen „Jubiläumsoffer“ im Betrage von einer Milliarde wird das deutsche Volk jetzt auch alljährlich eine Milliarde für den Militarismus zu opfern haben. Allen diesen schweren Mängeln und Schäden (des Militarismus) hat die bürgerliche Opposition mit nichts anderem zu begegnen gewußt als mit papierernen Resolutionen, mit frommen Wünschen, die als Makulatur ein ruhmloses Begräbnis finden werden. Das ist das Ende!

Die Kritik aber, die unsere Fraktion an den schweren Schäden des Militarismus geübt hat, findet ihre Anerkennung in dem Wutgeschrei, das die gesamte reaktionäre Presse erhebt. Es beweist, wie wirksam diese Anklagen gewesen sind. Das Ergebnis dieser Tagung nunmehr agitatorisch und propagandistisch zu bewerten, muß die Hauptaufgabe unserer nächsten Tätigkeit bilden.



# Die Deckungsfrage in Frankreich.

Paris, 28. Juni. (Fig. Ber.)

Die reaktionären Bourgeois können von patriotischen Tönen nicht genug haben — die Russen bezahlen sollen die anderen. Die politische Situation der Republik hat von vornherein der sozialistischen Opposition eine parlamentarische Taktik vorgegeben, deren Grundidee wohl mit der der sozialdemokratischen Opposition im Reichstag durchaus wesensgleich ist, die aber ihre Positionen den verschiedenen Umständen entsprechend wählen mußte. Die französischen Sozialisten konnten mit der Laizache rechnen, daß der größte Teil der radikalen Kräfte der nationalpolitischen und antidemokratischen Politik, die sich der Militärvorlage bedient, entsprechend widerstrebt und daß die Deputierten, die sich im nächsten Frühjahr von neuem vor die Wähler zu stellen haben, mit der Stimmung der Massen rechnen müssen. So war denn der Kampf gegen die Erhöhung der militärischen Lasten nicht so aussichtslos, wie in Deutschland, wo die bürgerlichen Parteien sofort bereit waren, dem Militarismus gehorham zu apportieren und in der Tat hat Herr Barthou, den die sozialistische und radikale Opposition in der meisterlich geführten parlamentarischen Schlacht samt seinen militärischen „Nachmännern“ arg ins Gedränge brachte, seine Bereitwilligkeit zu „Transaktionen“ erklären müssen, wenngleich heute an dem Sieg des „Prinzips“ der dreijährigen Dienstzeit wohl kaum mehr zu zweifeln ist. Auch die von der Regierung angenommene Einstellung der Zwanzigjährigen, die den größten Teil der jetzt das zweite Dienstjahr beendenden Klasse vom dritten Jahr entheben wird, ist ein bedeutender Erfolg der parlamentarischen Opposition und — der Soldatendemonstrationen.

Wenn diese erste Schlacht, die um das dritte Dienstjahr selbst geschlagen wird, trotz dieser Teilsiege nicht gewonnen werden kann, so bleibt der Opposition die Aufgabe, in die zweite Aufmarschstellung einzurücken: der Kampf um die finanzielle Deckung der Heeresreform beginnt. Die Rechtsparteien und die Regierung hätten sich offenbar um diesen ungemütlichen Gegenstand möglichst lange herumdrücken wollen. Man weiß, daß der Egoismus und die Spiteherangst des französischen Bourgeois nirgendwo ihres Gleiches finden. Die Einkommensteuer ist immer wieder in irgend einer Kommission untergetaucht worden und ohne die Militärvorlage wäre sie in dieser Gesetzgebungsperiode aus dem Senatsschiff nicht lebend herausgekommen. Nun aber tritt das Finanzproblem unabwiesbar in den Vordergrund. Seit vier Jahren sind die jährlichen Ausgaben für Meer und Marine um 200 Millionen gestiegen, das neue Gesetz wird weitere 200 Millionen kosten, die notwendige Militärbeförderungsreform 80 Millionen. Marokko kostet 1913 208 Millionen und wird in den nächsten Jahren sicher nicht weniger kosten. Eine Reform der Zivilbeamtengehälter ist gleichfalls unvermeidlich, auch werden Unterhaltungen der durch das dritte Dienstjahr betroffenen armen Familien notwendig sein. Das ergibt die Notwendigkeit, 600—700 Millionen neuer Steuern jährlich aufzubringen. Dazu kommen die mit der Einführung des dritten Dienstjahres verbundenen einmaligen Ausgaben. Wie können diese Schwierigkeiten überwunden werden? Die einmalige Ausgabe ist vielleicht durch eine Anleihe zu decken — wie aber wird sie getilgt, wie die Vergütung gesichert werden? Und die dauernden Ausgaben? Die nationalpolitischen Parteien haben mit ihrem Tamtam die Frage gar nicht aufkommen lassen wollen. Sie haben nur eine Sorge, die Militärvorlage soll unter Dach gebracht werden. Nachher mag sich das Volk mit seinem Ragenjammer abfinden, wie es will. Wenn keine Zeit mehr für etwas anderes bleibt, als dem alten, miserablen, die Massen rücksichtslos drückenden Steuerherrscher ein paar Flicken aufzulegen, um so besser.

Durch diese Rechnung haben indes die Sozialisten einen Strich gemacht. Sie benutzten dazu die Verhandlung über das provisorische Budget. Infolge der Arbeit, die auf die Militärvorlage aufgewendet werden muß, kann nämlich das Budget nicht erledigt werden und die Regierung läßt es sich in Zwölfsteln vorsehen, deren siebentes sie für den Juli verlangte. In der Verschleppung steckt aber noch eine besondere Absicht. Die Regierung hat in der Finanzkommission neue Abgaben und Steuern vorgeschlagen, die der Mehrheit der Kommission unannehmbar scheinen. Jetzt weigert sich die Regierung, neue Vorschläge zu machen und will diese Aufgabe der Kommission zuschieben. Die Verhandlung im Plenum könnte eben im Falle eines Konflikts der Regierung und damit der Militärvorlage gefährlich werden. Dieses Verfahren bezeugt aber eine Einschätzung des Parlaments, die auch bürgerlich-radikale Redner bewogen hat, sich gegen die Bewilligung des Zwölfstels zu erklären. Jaurès hing nun der Rahe die Schellen an und forderte die Regierung auf, Klipp und Klar herauszusagen, wie sie sich das Bezahlen der Militärvorlage vorstelle, wobei er — immerhin mit einer beträchtlichen Ueberschätzung der Opferfreudigkeit der herrschenden Klassen Deutschlands auf das deutsche Beispiel hinwies. Er beantragte schließlich, die Beratung über das geforderte Zwölfstel solange auszusetzen, bis sich die Regierung über ihre Absichten geäußert habe. Barthou mußte wohl oder übel Rede stehen und erwiderte, daß „diejenigen, die erworbenes Vermögen haben und deren Interessen und Situation durch das Militärgesetz gefährdet werden, von der Regierung zu dem geschuldeten Opfer herangezogen werden sollen“. — Die äußerste Linke untertrifft sofort dieses unwillkürliche Eingeständnis der Aufgaben des Militarismus durch lebhaften Beifall, gegen den die verblüfften Reaktionsäre auf der Rechten protestierten. Und Jaurès nagelte sofort Barthou auf sein Versprechen fest, indem er erklärte, daß die Kammer nicht in die Ferien geschickt werden dürfe, ehe das Budget mit der Deckung der Kosten der dreijährigen Dienstzeit erledigt sei.

Die gestrige Sitzung bedeutet unstreitig einen taktischen Erfolg der Sozialisten. Dies wird durch den heutigen Artikel des „Temps“ bezeugt, der über die der Regierung gestellte „Falle“ getet. Wenn man dem „Temps“ glauben will, wäre die Besteuerung des Vermögens und des Einkommens der französischen Bourgeois ebenso ein Verrat an den heiligsten Gütern der Nation wie die Ablehnung des dritten Kasernenjahres, denn Frankreich brauche ebenso wie eine mächtige Armee ein Steuersystem, das seinen Sitten, seinem „Genie“ gemäß sei und nicht den „sozialen Krieg“ eröffne — was nämlich die Einkommensteuer tun soll. Und das „Journal des Débats“ erklärt gerade heraus, daß es eine absurde Illusion sei, wenn man vor den Ferien noch neue Steuern beschließen wolle. Herr Barthou bekommt überdies einen ausdrücklichen Verweis für die „gewissen Worte“, die wie ein „fernes Echo“ aus sozialistischen Volksversammlungen geklungen hätten. Wird er unter diesen Umständen sein Versprechen erfüllen können? Wird er plötzlich nach links hinüberbringen und die Fahne der

demokratischen Steuerreform ergreifen? Jedenfalls spitzt sich die Situation wieder dramatisch zu.

## Die Rede Scheidemanns und die französische Presse.

Paris, 20. Juni. (Fig. Ber.)

Für die französische Bourgeoispresse war natürlich die Zurückweisung, die ihr Genosse Scheidemann hat angedeihen lassen, kein Anlaß, ihre Verdrehungsversuche einzustellen. Kann sie auch die Wucht der Kritik unseres Genossen nicht in Abrede stellen, so will sie doch ihren Lesern einreden, daß der Antimilitarismus der deutschen Sozialdemokratie gar nicht so ernst gemeint und hauptsächlich nur zur Verhütung der französischen Sozialisten betont worden sei. Im Bericht des Berliner Korrespondenten des „Figaro“ klingen auch die bekannten Andrejtschen Motive an: Die Sozialdemokratie hätte der Militärvorlage keine Opposition gemacht, weil ihre Wählererschaft zu einem Drittel aus unzufriedenen Bourgeois bestände, die im Fall von Neuwahlen die Kandidaten der Partei fallen gelassen hätten. Die bürgerlichen Parteien wären den konservativen und nationalliberalen Militaristen vielleicht nicht nachgelassen, wenn die sozialistische Presse die Kriegsteuer nicht mit einer kaum verhohlenen Sympathie aufgenommen hätte. Schließlich gibt der „Figaro“ zu, daß die Rede sehr interessant gewesen sei, weil sich Argumente — für die dreijährige Dienstzeit in Frankreich daraus ziehen ließen.

Der „Matin“ zitiert beglückt das Urteil der ihm geistesverwandten „Täglichen Rundschau“. „La France“, ein republikanisches Kapitalistenblatt, meint einen Widerspruch darin zu entdecken, daß Jaurès wie Scheidemann die Schuld der Regierung ihres Landes an dem verhängnisvollen Emporkommen des Militarismus feststellen, und kommt dann mit der dreifachen Fälschung: „Die lebhafteste Entrüstung der Sozialisten ist erst bei der dritten Lesung zum Vorschein gekommen. War das nicht nur ein Scheinwiderstand vor der endgültigen und notwendigen Kapitulation?“ In der „Action“ sind die Lügen dichter gehäuft: „Es gibt zwei Sorten von Sozialismus, den französischen und den deutschen. Der erste bemüht sich, die Militärgesetze mit den Mitteln der Obstruktion zum Scheitern zu bringen, der zweite rettet sie, wenn sie in Gefahr gekommen und verhilft ihnen zur Annahme.“ Wenn sich die Sozialisten einfach enthalten hätten, wäre das Werk gescheitert. . . . Marxisten à la Bismarck.“ Und zum Schluß die übliche Gegenüberstellung der „patriotischen“ deutschen Sozialdemokraten und der französischen, die sich zu „Helfern der Zerstörer der nationalen Verteidigung gemacht haben“.

Die „Lanterne“ erkennt den Friedenswillen des deutschen Volkes an, meint aber aus den Worten Scheidemanns den Schluß ziehen zu dürfen, daß solange in Deutschland der Halbabsolutismus regiere, Frankreich nur den Willen der deutschen Regierung in Rechnung ziehen dürfe. Die deutsch-französische Entspannung, die Annäherung — das alles wird erst möglich sein, wo dem demokratischen Frankreich ein freies Deutschland gegenübersteht, das keine andere Souveränität anerkennt, als die der erwählten Volksvertretung. Das Deutschland der Regierenden, das Deutschland der Junker und der Altschulischen, das kaiserliche und militärische Deutschland flücht uns kein Vertrauen ein. Darum seien wir wachsam und bereit!

Im „Journal des Débats“ finden wir zunächst eine Berliner Korrespondenz über „die Haltung der Sozialisten“, deren Verfasser, Herr Wilhelm Martin, der Verfasser des unlängst erschienenen und vom „Vorwärts“ zitierten Buchs über „Die politische Krise im heutigen Deutschland“ ist. Sie ist vor der Rede Scheidemanns geschrieben. Er meint, Genosse Sidelum habe am 27. Juni die Militärvorlage gerettet. Die Zustimmung zum konservativen Amendement, die Uebertragung der Erbschaftsteuer auf die Einzelstaaten betreffend, wäre nicht einmal im Widerspruch zum Parteiprogramm gewesen. Beim Amendement über die Beseitigung der Vermögenszuwachssteuer für das Kindererbe hätte die einfache Entfaltung genügt. Der Schluß, daß ohne dieses Verhalten die Militärvorlage gefallen wäre, sei nicht anzusetzen, und die Sozialdemokraten sollen doch lieber gesehen, daß sie um keinen Preis die Auflösung wollten.

Das „Journal des Débats“ widmet weiter der Sonnabendstunde seinen heutigen Leitartikel. Es meint, man dürfe Scheidemanns Worte nicht allzu ernst nehmen. Schließlich habe sich doch nur um eine Rede für die Wähler gehandelt, deren scheinbare Festigkeit das Publikum über die sozialdemokratische Hilfe bei der Annahme der Regierungsvorschläge hinwegtäuschen sollte. — Eine Rede für die Wähler — wie stimmt das zur Behauptung, daß die Wähler „patriotisch“ seien und im Fall von Neuwahlen von der Sozialdemokratie wegen ihres Antimilitarismus abfallen würden? Bemerkenswert sind aber folgende Sätze: „Die Kriegsabgabe stellt eine lebhafteste partielle Expropriation des akkumulierten Kapitals dar und ist ein unverhörter Präzedenzfall. Was auch die Mitglieder der Regierung sagen mögen, sie wird ein Präzedenzfall sein. Die Bezahlung der Kosten des Gesetzes durch eine fast ganz von den Kapitalisten getragene progressive Steuer ist eine Anwendung der reinen sozialistischen Doktrin. Vielleicht werden andere folgen.“ Diese Sätze, das darf man freilich nicht übersehen, sind geschrieben, um die französischen Bourgeois vor der drohenden Einkommensteuer zu warnen.

## Feuerpause auf dem Balkan.

Der Zusammenprall der feindlichen Streitkräfte in Ragabonien, für den alle drei Gegner sicherlich in gleicher Weise verantwortlich sind, ist am Dienstag zum Stehen gekommen. Die strategischen, aus der gespannten politischen Situation resultierenden Motive für die Kämpfe waren bei den Bulgaren, eine Vereinigung der ersten serbischen mit der zweiten griechischen Division zu verhindern, während den Serben und Griechen daran liegen mußte, ihre Streitkräfte in Verbindung zu bringen und die Eisenbahnlinie Ueskub—Saloniki vollständig zu beherrschen. Daher drehten sich die Kämpfe um den Besitz der Stadt Ghevgjeli an der genannten Eisenbahnlinie. Die vorliegenden Nachrichten lassen nicht erkennen, welchen Ausgang die Kämpfe genommen haben.

Inzwischen ist man aber dem Citer der militärischen Führer in die Fänge gefallen. Aus allen drei Lagern wird die Einstellung der Feindseligkeiten gemeldet. Einmal wird den Regierungen vor den Folgen eines solchen Bruderkrieges gewarnt, dann wird aber auch Rußland all seinen Einfluß geltend gemacht haben, um weitere Kämpfe zu verhüten. Der gegenseitige Notwendigkeit, der jetzt einsetzt und in dem man sich abwechselnd als den anfängenden Schuldigen bezeichnet, ist leere Schaumflügelerei. In Wirklichkeit haben alle drei Parteien durch ihre militärischen Maßnahmen den Zusammenstoß herbeigeführt. Dabei mußte auch noch mit einem tätigen Eingreifen Rumäniens gerechnet werden.

Die Einstellung des Kampfes läßt ja die Deutung zu, daß der Konflikt, wenigstens vorläufig, noch auf friedlichem Wege beigelegt werden soll. Aber gefährdend bleibt die Lage noch.

## Die Einstellung des Kampfes.

Belgrad, 1. Juli. Das Serbische Pressebureau meldet: Die gestern den ganzen Tag anhaltenden Kämpfe sind heute morgen auf der ganzen Linie auf beiden Seiten unterbrochen worden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

## Bulgarien will sich nur defensiv verhalten.

Sofia, 30. Juni. Den bulgarischen Truppen ist heute strenger Befehl erteilt worden, die Operationen einzustellen und bloß, wenn sie von den serbischen oder griechischen Truppen angegriffen werden, mit den entsprechenden Maßnahmen zu erwidern.

## Gefangennahme der bulgarischen Truppen in Saloniki.

Saloniki, 30. Juni. Die Griechen haben die hier befindlichen bulgarischen Truppen in ihren Quartieren umzingelt und entwaffnet. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.

Saloniki, 1. Juli. Das Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureau berichtet: Da die bulgarischen Truppen der Aufforderung, die Waffen freiwillig abzugeben, nicht nachkamen, wurde zur gewaltsamen Entwaffnung geschritten. Da jeder von ihnen befehligt Punkt einzeln genommen werden mußte, war man gezwungen, die schärfsten Mittel anzuwenden. Die Entwaffnung begann gestern abend und endete heute früh. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Saloniki, 1. Juli. Die Straßen, wo der nächste Kampf getobt hat, bieten ein trauriges Bild dar. Die Mauern der Häuser, in denen die bulgarischen Truppen sich aufgehalten hatten, tragen die Spuren von Gewehr- und Kanonenschüssen. Besonders hat die Harbidestraße stark gelitten. Um 6 Uhr früh ist auf der bisher von den Bulgaren besetzten Hagia Sophia die griechische Flagge gehißt worden. Die entwaffneten bulgarischen Soldaten wurden durch eine starke Eskorte abgeführt. Zahlreiche verdächtige Elemente wurden verhaftet.

## Das Verhalten Rumäniens.

Wien, 1. Juli. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Bukarest: Die Regierung hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß in dem Augenblick, wo der Krieg zwischen Serbien und Bulgarien unvermeidlich ist, die Mobilisierung der rumänischen Armee anzuordnen sei. Hier herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die rumänische Armee in diesem Falle die Linie Turtuloi—Balschik besetzen werde. Der Wunsch, daß der Frieden noch erhalten werden möge, ist sehr lebhaft, doch weist man in unterrichteten Stellen darauf hin, daß es keiner Regierung gelingen würde, das rumänische Volk in einem neuen Balkankrieg zu ruhigem Abwarten der Ereignisse zu veranlassen, und daß es ratsamer sei, eine in einem festen Rahmen abgegrenzte militärische Aktion aufzunehmen, als sich von der erregten öffentlichen Meinung in eine waghalsige Abenteuerpolitik treiben zu lassen.

## Das Eingreifen Rußlands.

Wien, 1. Juli. Die „Südwestliche Korrespondenz“ erfährt aus unterrichteten diplomatischen Kreisen Belgrads: Die russischen Gesandten in Sofia, Belgrad und Athen werden heute ernste Ermahnungen an die dortige Regierung richten, die begonnenen Feindseligkeiten sofort einzustellen und nichts zu verabsäumen, um Verhandlungen auf friedlichem Wege einzuleiten. Sie werden gleichzeitig die Einladung nach Petersburg in die Erinnerung zurückrufen und die Festsetzung eines Termins für diese Zusammenkunft verlangen. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs werden diese Schritte Rußlands unterstützen.

## Serbien nimmt das Schiedsgericht an.

Belgrad, 1. Juli. Die Stupschina hat mit 82 gegen 69 Stimmen eine von dem ultraliberalen Abgeordneten Witschitsch vorgelegte Tagesordnung zugunsten der Zusammenkunft in Petersburg und des Schiedsgerichts des Jaren gebilligt.

## Auch Bulgarien für das Schiedsgericht.

Wien, 1. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Die bulgarische Regierung hat ihren Vertretern bei den Großmächten folgende Depeschen übersandt: Gestern übergaben wir dem russischen Gesandten ein Memorandum betreffs des Schiedsgerichts und erklärten gleichzeitig, daß wir bereit seien, sogleich nach Petersburg zu gehen.

## Politische Uebersicht.

### Oppositionelle Bundesfürsten.

Nach der „Tägl. Rundschau“ trifft es zu, daß der König von Sachsen sich wiederholt mit großer Entschiedenheit gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer ausgesprochen, und daß er dies auch getan hat, als er in Berlin war. Nach der demnach erfolgten Annahme hat der König von Sachsen sogar die Wendung gebraucht, man möge dann doch die Bundesstaaten nur überhaupt gleich mediatisieren. Dagegen ist der König von Sachsen nicht derjenige Bundesfürst gewesen, der seinerzeit die Anregung zum Briefwechsel gab, durch den mehrere deutsche Bundesfürsten sich rumbweg gegen eine Reichsvermögenszuwachssteuer erklärten. Diese Anregung ist damals durch den Prinzregenten von Bayern abgegeben worden. Inzwischen hat Bayern seine Stellung in dieser Frage gewechselt, indem es sich mit einer Reichsvermögenszuwachssteuer abgefunden hat, Sachsen ist dagegen bei seinem früheren Standpunkte geblieben.

Und so wird der Herr König auch ferner das bittere Brot der Opposition essen müssen.

### Die Junker als Reichsfeinde.

Auf dem am Montag in Kolberg tagenden pommerischen konservativen Provinzialtag kam die Reichsfeindschaft der Junker wieder einmal klassisch zum Ausdruck. Herr v. Reist-Buffelen rief das „Preußentum“ zum Kampf gegen die Demokratie auf und führte dabei aus:

„Unter der schwarzweißen Fahne ist Preußen ein Fahrwasser geführt worden, das uns Preußen nicht recht gefallen kann. Wir sind in der Ede, die wir mit den übrigen Bundesstaaten eingegangen sind, zu kurz gekommen, da die Lasten des Staates auf Preußens Schultern in erster Linie hängen. All unser Bestes haben wir an das Reich hingeeben, jetzt aber müssen wir uns gestehen, daß wir den Ekelkontrakt etwas leichtsinnig eingegangen sind. Wir haben unser festes Staatsgefüge an die demokratischen Einrichtungen des Reiches ausgeliefert. Offen erheben sich heute die Forderungen der Demokratie nach Republik. Unsere Pflicht ist es daher, die in Preußen noch feststehenden Stützen des Staates, die wir im Landtage und in dem unerschütterlichen Geiste unseres Heeres besitzen, mit allen Kräfte festzuhalten.“

Also darf am preussischen Dreiklassenwahlrecht nicht gerüttelt werden und wenn der Reichstag nicht bald auch allein nach der Pfeife der pommerischen Junker tanzt, muß die ganze Reichsverfassung in Scherben geschlagen werden!



### Prozentpatrioten.

In Essen a. d. R. wird gegenwärtig ein Vorfall eifrig kommentiert, der unsere Rüstungsbeher in ihrem nahesten Egoismus zeigt. Aus dem Bureau des Rüstungshilfs ein, Syndikat, in dem Herr von Bodenhausen, ein kruppiger Direktor, Vorsitzender ist, in dem Thyssen, Hamel und andere die große Geige spielen, das heißt alle jene, die an unserem Militarismus ungeheure Summen verdienen, hat man einen der unteren Angestellten zu einer sechs-wöchigen Pflichtübung als Unteroffizier nach Chemnitz eingezogen. Im Gegensatz zu sehr vielen Unternehmern, die während solcher Übungszeiten das Gehalt fortzahlen, hat das Rüstungshilfs das Gehalt gesperrt. — Man ist hier allgemein der Meinung, wäre der Mann Offizier und hätte Aufträge zu vergeben, würde er sein Gehalt sicher bekommen.

Diese unfaire Handlungsweise wirkt um so erbitternder, als gerade die Mitglieder des Rüstungshilfs die tollsten Rüstungsbeher sind, die dem Volke ungeheure Kosten aufladen, an denen sie riesige Summen verdienen. Selbst jedoch drücken sie sich in dieser schossten Weise an den allgeringsten Ausgaben vorbei. Das zeigt wieder einmal, was diese Leute in Wirklichkeit für Patrioten sind.

### Akademische „Freiheit“ in Preußen.

Die sozialwissenschaftliche Abteilung der Königsberger Freien Studentenschaft, die sich bemüht, in ihren Veranstaltungen möglichst Vertreter aller Richtungen zu Wort kommen zu lassen, hatte den Genossen Stadtverordneten Seemann-Königsberg ersucht, einen Vortrag über die freien Gewerkschaften zu halten. Der Professor der Universität, Professor Dr. Gerlach, ein konservativer Nationalökonom, hat aber den Vortrag verboten. Dagegen erhebt selbst die „Hart. Zeitung“ Protest, in dem sie darauf hinweist, daß das schwerlich mit dem Wesen der vielberufenen akademischen Freiheit vereinbar sei, und daß eine so weit getriebene Bevormundung der studierenden Jugend der Erziehung zur geistigen Selbstständigkeit nicht förderlich sein könne.

### Die deutsch-asiatischen Interessen.

Eine Anfrage des Abg. Wassermann im Reichstage hat der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow schriftlich wie folgt beantwortet: „Die Meldung, daß die deutsche Regierung bei den deutsch-englisch-türkischen Verhandlungen über Kowest und die Endstrecke der Bagdadbahn für immer auf jede deutsche Beteiligung an der Schifffahrt auf dem Tigris verzichtet habe, ist unrichtig. Die Verhandlung mit England und der Türkei über die Endstrecke der Bagdadbahn sind bisher nicht zum Abschluß gelangt. Die durch diese Verhandlungen berührten Schifffahrtsfragen werden im Einvernehmen mit den interessierten deutschen Schifffahrtsgesellschaften gelöst werden.“

### Oesterreich.

#### Nach preussischem Muster.

Einer Interpellation des Abg. Gen. Palme, Vorsitzenden des Porzellanarbeiterverbandes, ist zu entnehmen, daß reichs-deutschen Porzellanarbeitern, die sich einem geschwirdigen Streikpostenverbot der k. k. (tschechisch-nationalistischen) Polizeiverwaltung von Laun in Böhmen nicht fügten, mit der Ausweisung droht wurde. In Preußen wird freilich nicht erst gedroht und nicht erst beim Streikpostenstehen ausgewiesen.

### Frankreich.

#### Ein Gewaltstreik gegen die Arbeiterschaft.

Paris, 1. Juli. Privattelegramm des „Vorwärts“. In der durch Hausdurchsuchungen bei den Gewerkschaftsführern eingeleiteten Aktion gegen die Gewerkschaften und Arbeiterhildate ist jetzt auf Demagogie des Geschäftspatrioten Tardieu im Juliheft der „Revue deux mondes“ die Verhaftung der leitenden Personen erfolgt. Gegen die Verhafteten wird die Untersuchung wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam und zur Desertion eingeleitet, mit der eingestandenen Tendenz, die Verfolgung auf die Organisationen selbst auszuweihen. Von den zwölf in Paris Verhafteten sind zehn Gewerkschaftsbeamte, zumeist dem Baugewerbe angehörig, ferner der Konföderationskassierer Marx und ein anarchistischer Redakteur. Auch in den Provinzorten sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Die Arbeiterschaft ist sehr erregt, aber entschlossen, ihre Gewerkschaftsrechte zu verteidigen.

Jaurès kündigte an, daß er am nächsten Freitag an den Ministerpräsidenten eine Anfrage über die vorgenommenen Verhaftungen der Syndikalistenführer richten werde. Er will namentlich darüber Aufklärung verlangen, warum die Verfolgungen der an den jüngsten Militärkundgebungen beteiligten Soldaten von der aus demselben Anlaß gegen die Zivilisten eingeleiteten strafrechtlichen Verfolgungen losgelöst wurden. Seiner Ansicht nach seien die Soldaten als Mitschuldige der verhafteten Syndikalisten anzusehen.

#### Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 1. Juli. Deputiertenkammer. Bei der heute fortgesetzten Beratung der Gesetzesvorlage verteidigte Pasqual (Sozialist-Kabliater) seinen Gegenentwurf, welcher die zweijährige Dienstzeit aufrecht erhält und eine obligatorische Vorbereitung für den Militärdienst für die Achtzehn- bis Zwanzig-jährigen einführt. Dieser Vorbereitungsdienst, der jetzt nur von katholischen Gemeinschaften gepflegt werde, müsse auf das ganze Volk ausgedehnt werden. Verteidiger der Vorlage erklärte, der Gesetzesentwurf sei ja eine derartige Organisation für das ganze Volk binnen drei Jahren vor. (Beifall.) Andre Lefèvre wiederholte leidenschaftlich, daß die kaiserliche Regierung seinerzeit an dem Antrag von 1870 schuld gewesen sei, da sie bis zum Vorabend des Krieges immer nur Vertrauen gepredigt hätte. Es würde unentschuldigbar sein, wenn man heute der Regierung ihre Vorberungen abschläge. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Banken.)

Als nun Thyant (Deputierter von Nancy) von dem unzureichenden Widerstand der deutschen Sozialdemokraten gegen die deutsche Gesetzesvorlage sprach, protestierte Jaurès mit der Behauptung, daß man zu beiden Seiten der Grenze denselben Kunstgriff gebraucht habe, indem man einen Gegensatz zwischen der Haltung der Sozialisten beider Länder konstruiert habe. Er habe aber in seiner Rede einen Beweis für den fanatischen Patriotismus der französischen Sozialisten gegeben. Wenn auch die deutschen Sozialdemokraten trotz ihrer Anstrengungen besiegt worden seien, so wäre es ihnen doch wenigstens gelungen, in die Steuerordnung eine Bewegung zur Demokratie hineinzubringen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Die Sozialisten hofften noch immer, die dreijährige Dienstzeit zu Fall zu bringen. (Zwischenruf im Zentrum: Nach der Niederlage der deutschen Sozialisten haben Sie dazu kein Recht mehr! Beifall im Zentrum.) Er sehe die dreijährige Dienstzeit als ein Schwächemoment für die Landesverteidigung an. Würde das abschließliche und unheilvolle Gesetz trotzdem angenommen, so würde die Majorität hoffentlich nicht auseinandergehen, ohne seine sämtlichen Kosten den wohlhabenden Klassen auferlegt zu haben. Die deutschen und die französischen Sozialisten seien gleichermaßen entschlossen, ihr Land zu verteidigen, aber auf demokratische Weise, durch Vorbereitung des Weltfriedens. (Beifall auf der äußersten

Linken, mehrfach Bewegung.) Der Gegenentwurf Pasqual wurde darauf mit 431 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Bei Beratung des Gegenentwurfs Lefol, welcher mit demjenigen von Painlevé übereinstimmt, gestand der Sozialist Brade die Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit im schlimmsten Falle zu. Er rühmte die Bemühungen der internationalen Sozialdemokratie, die deutsche Sozialdemokratie wären nur Schritt für Schritt im Kampfe gegen die Gesetzesvorlage zurückgewichen. (Widerpruch.) Er werde Beweise dafür beibringen.

In der heutigen Nachmittags-sitzung setzte der Abgeordnete Brade seine Rede gegen die dreijährige Dienstzeit fort, er erklärte: Viele Offiziere seien Anhänger der zweijährigen Dienstzeit, der Kriegsminister habe eine Verordnung erlassen, diese Offiziere zu übermachen; es sei geradezu ein Polizeidienst eingerichtet worden. Kriegsminister Etienne rief: Der Text der Verordnung sei nicht der dem Abgeordneten Brade angegebene. Der Gegenentwurf Lefol wurde schließlich zurückgezogen. Die Kammer ging sodann zur Beratung eines Gegenentwurfs Thalamos über, nach welcher der Dienst zwei Jahre dauern soll; nur bei der Artillerie und Kavallerie solle die Dienstzeit dreißig Monate betragen. Die Einstellung solle im Alter von 19 Jahren zweimal im Jahre erfolgen.

Thalamos erwiderte in den neuen deutschen Rüstungen nur eine Vorkehrungsmaßregel, die durch die Vorkriegsereignisse veranlaßt werde. Thalamos zog schließlich seinen Gegenentwurf zurück. Hierauf trat Paul Boncour für den Gegenentwurf ein, den er zusammen mit Messimy eingebracht hatte. Dieser Antrag sieht eine zweijährige Dienstzeit vor, verlangt aber, daß die Reservisten solange unter den Fahnen bleiben sollen, bis die Oktoberrekruten mobilisierungsfähig seien. Boncour erklärte, seit vierzig Jahren sei es das Bestreben der Republikaner, die Armee zu verkleinern, nicht durch eine Verlängerung der Dienstzeit, sondern durch eine bessere Ausbildung der aktiven Mannschaften und der Reserve. Frankreich könne seinen Gegnern in dem Kampfe um die Effektivstärke nicht bis zum letzten Ende folgen und würde nach Verschwendung von Menschen und Geld zu der Methode zurückkehren, die er in seinem Gegenentwurf vorschlug.

### Rußland.

#### Aus der Schlüsselburger Bastille.

Die sozialdemokratische Dumasfraktion hat folgende Mitteilung über die Zustände in der bereits mehrfach erwähnten Schlüsselburger Festung erhalten: In der Festung sind zurzeit ca. 900 Gefangene interniert. Das Essen ist elend, die gesundheitlichen Zustände furchtbar, an ärztlicher Hilfe mangelt es gänzlich. Die Behandlung der Gefangenen ist unerträglich. Für jede Kleinigkeit (Fütterung der Tauben, ungerade Haltung beim Appell usw.) wird man auf 20 bis 30 Tage in den Karzer gesperrt. 45 politische und 12 Kriminalgefangene haben im Jahre 1912 insgesamt 8213 Tage im Karzer zugebracht! Kurze Zeit nach der Befreiung aus dem Karzer kamen: A. Saposchnikow (dem erst vor der Todeskammer die Fesseln abgenommen wurden), A. Timofejew, Titomirov, Kurashow, Nesimow, Dudanow, Sikorsky, Andersson und B. Skorodumow. In den Karzer werden auch Kranke gesperrt, wobei es nicht ohne Mißhandlungen zugeht. In den letzten 2 bis 3 Monaten sind Wahnsinnsfälle häufiger geworden. Es wurden wahnsinnig: Reumann, Israil, Zedilin, Rudowski, Kortschewsky, Altunow und Michailowsky. Der Gefangene Kondratenko wurde durchgepeitscht, weil er einem Aufseher ein Glas Tee angeboten hatte.

### Verhetzen wir unsere Jugend?

Es ist eine ebenso wohlfeile wie unbedenkenliche Behauptung der Verursacher, die Ursachen der modernen revolutionären Arbeiterbewegung seien in der Verhetzung einer nach Millionen zählenden Menge durch eine Handvoll sozialdemokratischer Demagogen zu suchen. Seien diese Heher besüßigt, so lautet die abgrundtiefe Weisheit dieser Schlammeier, so wäre auch zugleich der verhassten revolutionären Arbeiterbewegung der Sarau gemacht. Diese miserablen Russianten übersehen ganz, daß die moderne Arbeiterbewegung ihre tiefen ökonomischen Ursachen hat, daß sie das Produkt der kapitalistischen Großindustrie ist, mit der und durch die sie sich zu immer mächtigeren Formen entwickelt.

Dieselbe Methode, die Ursachen einer gesellschaftlichen Erscheinung in der Deharbeit einiger weniger Kögler zu erblicken, wird auch auf die proletarische Jugendbewegung angewendet. Und doch brauchen die Jugendbeher nur das Aeußerste ihrer Rasenspiße in die amtlichen Statistiken zu stecken, um zu sehen, daß auch die proletarische Jugendbewegung mit der kapitalistischen Entwicklung ursächlich zusammenhängt. Die horrende Zunahme der jugendlichen Arbeiter heiderlei Geschlechts mühte auch dem Stumpf sinnigsten die Augen darüber öffnen, daß man es in der proletarischen Jugendbewegung mit einer historisch und ökonomisch bedingten Erscheinung zu tun hat. Von Anfang an wurde die Jugend bis in das zarteste Alter mit in den kapitalistischen Produktionsprozess gezeit. Friedrich Engels gibt in seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klasse in England herzerregende Schilderungen von aufpeitschender Wucht über die grenzenlose Ausbeutung der Jugendlichen und Kinder durch die Raubgier des jungen Industriekapitals. Kein Land der Erde, in das die Maschine ihren Einzug hielt, stand hierin hinter England zurück. Zwar ist durch die Kinderschutzbestimmungen der Ausbeutung der Kinder ein wenig auch nur schwacher Damm entgegengesetzt worden, aber die Zahl der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter wächst von Jahr zu Jahr. Nur ein paar zahlenmäßige Beispiele: 1908 wurden in Deutschland nach den Angaben der amtlichen Statistik 288 597 männliche und 150 658 weibliche jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren gezählt. 1909 stieg die Zahl der männlichen auf 290 277, die der weiblichen auf 158 283 und im Jahre 1910 betrug die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter 309 078 und die der weiblichen 167 225. Zusammengekommen ergeben sich folgende Zahlen: für 1908: 440 255, für 1909: 446 540, für 1910: 478 301 jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren. Zieht man das Alter von 16 bis 21 Jahren in Betracht, so ergibt sich an beschäftigten Arbeiterinnen allein für 1908 die Zahl 450 887, für 1909 die Zahl 492 976, für 1910 die Zahl 459 120. Nimmt man das Alter von 14 bis 21 Jahren, so waren beschäftigt 1908: 801 142, 1909: 809 518 und 1910: 935 421 Jugendliche. Dabei sind die Zahlen der jugendlichen Arbeiter von 16 bis 21 Jahren noch nicht einmal mitgezählt! 1912 waren 3 Millionen männliche Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren bereits erwerbstätig. Und wie steht es mit der Kinderarbeit? Nach der amtlichen Statistik nahm die Zahl der in Fabriken und anderen gewerblichen Betrieben beschäftigten Kinder trotz des Kinderschutzgesetzes in den Jahren 1908 bis 1910 noch um 6,7 Proz. zu. In Zahlen ausgedrückt waren im Jahre 1908: 12 062 Kinder, 1909: 11 545 Kinder und im Jahre 1910: 12 570 Kinder beschäftigt. Davon entfielen auf die Textilindustrie 31,2 Proz.; auf die Bekleidungsindustrie 11,2 Proz.; auf die Metallindustrie 10,8 Proz.; auf die Stein- und Erdenindustrie 9,2 Proz.; auf die Maschinenindustrie 8,7 Proz. und auf die Nahrungsmittelindustrie 8,4 Proz. Im Baugewerbe waren 230 und im Bergbau 150 Kinder tätig.

In solchen Zahlen liegen die Ursachen der proletarischen Jugendbewegung beschlossen. Sie reden eine gar deutliche Sprache von der Ausbeutung der Jugendlichen, von ihrer sozialen Not, von ihrer Zusammenpferdung in großen Betrieben, von dem durch ihre Zusammenarbeit mit ihredgleichen und mit den erwachsenen Klassenbewußten Arbeitern geweckten Klasseninstinkt und Organisationsinstinkt, von ihrer Sehnsucht nach einem besseren, menschenwürdigeren Leben, von ihrer Sehnsucht nach Bildung als Erlass für das geisttönde Einerlei der Fronarbeit. Angesichts solcher

Verhältnisse hat die Sozialdemokratie es wahrlich nicht nötig, die Jugend zu verhegen. Diese Verhältnisse und die bürgerliche Gesellschaft, die sie durch eine reaktionäre Gesetzgebung verteidigen möchte, wirken — auch auf die Jugend — aufreizend genug.

Aber weil die Jugendlichen in immer größerer Zahl in den Produktionsprozess hineingeführt werden, weil die proletarische Jugendbewegung ihre Wurzeln in ökonomische Notwendigkeiten senkt, darum ist sie unausrottbar und mögen ihre Gegner die teuflischsten Mittel zu ihrer Vernichtung erfinden. —

## Letzte Nachrichten.

### Die Einstellung der Kämpfe widerrufen.

Belgrad, 1. Juli. (B. T. B.) Von a m t l i c h e r Seite wird gemeldet, daß die Nachricht, die Feindseligkeiten seien heute morgen unterbrochen worden, auf einem Irrtum beruhe, die Kämpfe wurden im Gegenteil heute vormittag mit großer Heftigkeit fortgesetzt. Der Kampf wird auf der ganzen Front geführt, die serbischen Truppen, die von den angreifenden Bulgaren aus der Defensiv gedrängt wurden, rücken in der Richtung auf Jitip und Kotschana vor. Eine bulgarische Kompagnie wurde bei einem Angriff gegen die serbischen Truppen bei Trogerod von der serbischen Infanterie mit dem Bajonett zurückgeschlagen und umzingelt, worauf sie sich ergeben mußte.

### Die Skupschtina über die bulgarisch-serbischen Kämpfe.

Belgrad, 1. Juli. Der Minister des Innern Protitsch gab im Namen der Regierung in der Skupschtina die Erklärung ab, daß auf Grund amtlicher Berichte die bulgarischen Angriffe sich auf die gesamte serbische Front erstreckten und großen Umfang angenommen haben. Es handle sich demnach nicht mehr um lokale Plänkchen, sondern um die Eröffnung kriegerischer Feindseligkeiten seitens Bulgariens ohne Kriegserklärung. Die weitere Entwicklung der Ereignisse werde zeigen, ob diese der Auffassung der zivilisierten Welt höhnspredende Art und Weise ihnen größere Erfolge einbringe als den Serben, welche eine Politik verfolgen, die auf die Erhaltung des Friedens und der Sympathien der zivilisierten Menschheit abzielt und sich auf Rechtsgründe stützt. (Beifall.) Angesichts der ernstlichen Bedrohung serbischen Territoriums durch die Bulgaren habe die Regierung das Armeekommando beauftragt, mit aller Kraft für die Wahrung des serbischen Territoriums einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Die Skupschtina nahm schließlich mit 82 gegen 69 Stimmen eine Tagesordnung an, in der die getrigte Antwort der Regierung gebilligt und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, die Regierung werde die vitalen Interessen Serbiens bis ans Ende verteidigen.

### Bulgarisch-griechischer Zusammenstoß.

Athen, 1. Juli. (B. T. B.) Der Kommandant des Torpedojagers „Leon“ meldet, daß er sich zu Rekonozierungszwecken Eleuthera genähert hätte. Er berichtet ferner, daß die Stadt von den Bulgaren besetzt und das Schiff von ihnen beschossen worden sei. Die Griechen hätten mit einem lebhaften Feuer geantwortet und die Bulgaren zerstreut.

### Ein griechisches Dementi.

Athen, 1. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die Agence Bulgare meldet, daß die Insel Rhodos in Brand gesteckt sei und daß die Bedrückung des bulgarischen Bevölkerungsteils in Rodona und Rhodina fortgesetzt werde. Die systematische Verbreitung derartigen Nachrichten hat nur das Ziel, die öffentliche Meinung Europas zu täuschen und die Reaktionen, Plünderungen, Vergewaltigungen und die anderen barbarischen Grenellaten zu verhehlen, deren Opfer die Griechen und Türken Mazedoniens und Thraziens sind. — Die Meldung von dem Brande in Rhodos ist falsch. Eine griechische Insel würde niemals von Griechen in Brand gesteckt werden. Die Agence d'Athènes ist ferner erneut gegenzungen, die Verfolgung des bulgarischen Elements formell zu dementieren. Die Anzahl der verhafteten Bulgaren ist gering. Nur Komitatstschis, Verbacher, Stroche, Dynamitorden werden der Justiz überliefert.

### Oesterreichischer Optimismus.

Wien, 1. Juli. Die offiziöse „Wiener Allgemeine Zeitung“ beurteilt die augenblickliche Lage auf dem Balkan folgendermaßen: Die Situation auf dem Balkan hat sich unfeugbar sehr ernst gestaltet. Allein noch ist nicht alle Aussicht geschwunden, daß es trotz der sicherlich verschlechterten Lage gelingen werde, einen Krieg zu verhindern. Namentlich scheint in Sofia die Auffassung vorzuherrschen, daß der Ausbruch des Krieges nicht eine unbedingt notwendige Folge der blutigen Kämpfe zwischen Bulgaren einerseits und Serben und Griechen andererseits sein müsse. Der bulgarische Ministerpräsident soll sogar morgen bereits nach Petersburg abreisen. Ob es dazu kommt, ist allerdings noch sehr fraglich, da die Situation eher unsicher ist, und eigentlich niemand recht sagen kann, ob auf dem Balkan Krieg oder Frieden herrscht. Die diplomatischen Beziehungen sind nicht abgebrochen, und sogar das Bundesverhältnis besteht weiter. Da es aber bisher trotz der zahlreichen Kämpfe nicht zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gekommen ist, so beweist dies eigentlich, daß in den leitenden Kreisen der Balkanstaaten noch immer an die Erhaltung des Friedens geglaubt wird. Die Situation erscheint also sehr gefährlich, aber keineswegs hoffnungslos.

### Von der Londoner Votschafterkonferenz.

London, 1. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, beschäftigte sich die heutige Votschaftervereinigung mit der serbisch-bulgarischen Krise und mit der Frage des serbischen Zugangs zur Adria. In dieser Frage unterbreiteten die Votschafter ihren Regierungen einige Vorschläge. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen.

### Arbeiterrisiko.

Pilsen, 1. Juli. (B. T. B.) In westböhmischem Kohlenrevier werden infolge mangelnden Absatzes Peterfächigen ein-gelegt.

### Drohender französischer Bergarbeiterstreik.

Paris, 1. Juli. Aus St. Etienne wird gemeldet, der Ausschuß des Bergarbeiterverbandes beschloß, den vor drei Jahren mit der Bergwerksgesellschaft abgeschlossenen Arbeitsvertrag zu kündigen und die einzelnen Syndikate wegen der Maßnahmen zu befragen, welche für den Fall eines für den 7. Juli geplanten Ausstandes ergriffen werden sollen.

### Stürme auf dem Schwarzen Meere.

Sewastopol, 1. Juli. (B. T. B.) Durch heftige Stürme ist der Dampfschiffverkehr mit den Häfen des Schwarzen Meeres unterbrochen.



Die Geburt ihres Sohnes  
**Hans**  
zeigen an  
**Fritz u. Helene Krüger,**  
Muskauer Str. 21.  
Berlin, 1. Juli 1913.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Stralauer Viertel. (Bezirk 318 I.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Buch-  
drucker-Hilfsarbeiter

**Karl Thorn,**  
Komintenerstr. 12  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 3. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Buch- und Stein-  
drucker- u. Hilfsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 29. Juni starb nach schweren  
Leiden unser Mitglied  
**Karl Thorn**  
im Alter von 51 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet statt  
am Donnerstag, den 3. Juli,  
nachmittags 5 Uhr, auf dem  
nördlichen Zentral-Friedhofe in  
Friedrichsfelde.  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Charlottenburg.  
Am 28. Juni verstarb unser  
Genosse, der Arbeiter  
**Karl Schönberg**  
Reichlinstraße 7,  
im Alter von 42 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
nachmittags 5 Uhr, von der  
Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes,  
Reiner Büstenbrunner Weg, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Franz Houby**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 3. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Herz-Jesu-Kirchhofes in  
Hohenschönhausen aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
der Buchmer  
**Philipp Wilke**  
Wälderstr. 133  
am 30. Juni an Herzleiden.  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 3. Juli, nach-  
mittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichen-  
halle des nördlichen Friedhofes in  
der Seestraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der  
Feilenhiebler  
**Johann Linse.**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags  
4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des  
nördlichen Friedhofes in der Se-  
estraße aus statt.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
121/1 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege  
**August Böttcher,**  
welcher im Betriebe der Holz-  
werke, Borkhall, beschäftigt war,  
verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
31/15 Die Ortsverwaltung.

**Dauflagung.**  
Für die uns bewiesene Teilnahme  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes, unseres guten Vaters  
**Ernst Fehrmann**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannten unseren herzlichsten Dank.  
Wwe. Berta Fehrmann  
und Töchter. 57a

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Droschken-  
fahrer  
**August Wahse**  
am 29. Juni im Alter von 69 Jahren  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 3. Juli, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes der Volgartha-  
Gemeinde, Barfußstraße, aus statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Hobenseger  
**August Wichmann**  
am 26. v. Mts. im Alter von  
41 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
60/6 Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntag verschied an Herz-  
schwäche infolge einer Operation  
meine liebe Frau, unsere gute  
Schwester, Schwägerin und Tante  
**Ernestine Schultz**  
geb. Hubrich  
im Alter von 49 Jahren. 1425b  
Dies zeigen um stille Teilnahme  
bittend bebetrußt an  
**Christian Schultz**  
**Paul Hubrich**  
**Karl Hubrich**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donners-  
tag, nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle in Rosenthal aus statt.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot**  
nach **Maaß**, schick, ansehnl. **Zulaten**  
von **25 Mark an**. **Moritz Laband**,  
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bbrn.)

**Reiseführer,  
Wanderkarten und  
Bücher,  
Kursbücher**  
hält stets am Lager  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69.

**Saison - Ausverkauf!**

**Zur Reise** Heute und folg. Tage: Heute und folg. Tage:

Einige Beispiele:

<b>Für Herren:</b>	<b>Für Knaben:</b>
Jackett-Anzüge ... 14 <sup>25</sup>	Stoff-Anzüge für 5-6 Jahre 3 <sup>95</sup>
Ulster u. Paletots .. 16 <sup>25</sup>	Sport-Anzüge für 7-14 Jahre 9 <sup>50</sup>
Hosen ..... 2 <sup>85</sup>	Jackett-Anzüge für 7-12 Jahre 6 <sup>95</sup>
Touristen - Anzüge 12 <sup>50</sup>	Wasch-Anzüge für 3-5 Jahre 1 <sup>65</sup>
Lüster-Jacketts ..... 2 <sup>65</sup>	Schul-Anzüge f. 7-14 Jahre 1 <sup>45</sup>
Weißer Hosen ..... 2 <sup>35</sup>	Sport-Anzüge f. 7-14 Jahre 4 <sup>85</sup>
Gummi-Mäntel ..... 9 <sup>75</sup>	Sport-Hos. blau Satin für 3-8 J. 1 <sup>55</sup>
Lod.-Pelerinen auch für Damen 6 <sup>65</sup>	Loden-Pelerin. auch für Mädchen von 3 <sup>85</sup> an

Stroh Hüte, Krawatten spottbillig

ca. 1000 flanellart. Jacketts wenig gelitten ..... 2.40	<b>Gelegenheitsposten!</b>
ca. 1000 flanellart. Hosen wenig gelitten ..... 1.85	<b>Damen-Gummi-Mäntel</b>
ca. 1000 flanellart. Westen wenig gelitten ..... 75 Pf.	Serie I sonst 18.00 jetzt 11.75
	Serie II sonst 21.00 jetzt 14.25
	Serie III sonst 24.00 jetzt 17.50
	Serie IV sonst 30.00 jetzt 21.50

**BaerSohn**  
Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenlos

**Garbáty**  
Cigaretten  
**Qualität**

**Oskar Wollburg,**  
56 Brunnenstrasse 56  
**Billiger Verkauf**  
wegen Umbau und Erweiterung des Geschäfts.  
**Für die Reise**  
selten günstige Kaufgelegenheit.  
Blaue Kammgarn-Kostüme, schick, Fasons, 12.50 M. an  
Engl. Kostüme in modernen, vornehmen Farben 9.75 M. an  
Alpaka- u. Popeline-Mäntel kleidende Formen 13.50 M. an  
Frauen-Mäntel in Tuch, Rips etc. auch 1. starke Damen 16.75 M. an  
Kostüm-Röcke, schwarz, marine und engl. Art 2.50 M. an

Anfang August wird mein Geschäft in der Brunnenstrasse durch Hinzunahme des Nebenhauses Nr. 57 um das Doppelte vergrößert.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Die Wahlen zum Verbandstag in Heidelberg finden Sonntag, den 6. Juli 1913, nachmittags von 2-6 Uhr, statt.  
Das Wahllokal für Berlin befindet sich in den Mutterkäfen, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m. Hof links part.  
Nur Mitgliedsbuch legitimiert!  
Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches mindestens die 4. Woche im Mai gelebt hat. — Beiträge werden am Saaleingang entgegengenommen.  
Verbandsmitglieder beider Branchen! Verjüme niemand sein Wahlrecht auszuüben, damit Berlin seine entsprechende Vertretung auf dem Verbandstage findet. Erscheint alle.  
Die Wahlleitungen.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Pichelswerder,**  
an der neuen beim **Alten Freund.**  
Seestraße

**Persil**  
das selbsttätige **Waschmittel**  
**Stärkewäsche**  
wird an den Rändern nicht so leicht rauh, da Persil allen Schweiß, Schmutz und Staub ohne Reiben und Bürsten von selbst löst und vollkommen beseitigt. Also grösste **Schonung des Gewebes** bei garantierter Unschädlichkeit.  
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.  
**HENKEL & Co., DÜSSELDORF.**  
Auch Fabrikanten der beliebtesten  
**Henkel's Bleich - Soda**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, sieht am Meritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.  
**Spezialarzt** Haut-, Harn-, Frauenleiden. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, schnelle, gründl. schmerzlose Behandlung. 248/290 Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-11.  
**300 Mark** 104/4\*  
Einzahl. an vert. Verz. von 2000 M. an 10 W. zur elektr. Bahn. Eintr. 104. Hohenschönhausen, Hauptstr. 17, 84. H.

**Achtung! Hausfrauen!**  
Billiges **Kasseler 80-95** Pf.  
Kasseler Rippespeer Pfd. 95 .  
Kasseler Schuft . . . . 85 .  
Kasseler Kamm . . . . 80 .  
Hinterbeine . . . . 25 .  
Spitzbeine . . . . 15 .  
Wurstbruch Pfd. 70 u. 80 .  
Berliner Wurst- u. Fleisch-  
waren-Fabrik.  
Petersburger Platz 8.

**Mohrenstr. 37**  
Kolonnaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115  
**Trauer-Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise  
**Farbige Konfektion**  
in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen  
**Westmann**



Gewerkschaftliches.

München-Glabbacher Demagogie.

Seit Jahr und Tag zernern die M.-Glabbacher in ihren Organen über gewerkschaftlichen Terrorismus. Dabei wußte man sich in anscheinend ehrlieber Entrüstung kaum genug zu tun. Je weniger stichhaltig die jeweils angeführten sog. Terrorismusfälle waren, um so größer war die zur Schau gestellte Empörung. Das verlogene, verhebende Treiben der Gewerkschaftsdriften zielte offenbar dahin, die Scharfmacher und die Rechtprechung gegen die freien Gewerkschaften aufzustacheln. Das Programm der Scharfmacher, nach der Buedischen Formulierung: „Beschneidung der Gewerkschaften!“ fand durch die M.-Glabbacher sehr liebliche, von den heißesten Wünschen nach dem Bellingem getragene Förderung. Solche Anerkennung wurde den eigenartigen Arbeiterfreunden sogar in der Scharfmacherpresse ausgesprochen. Mit Entzücken nahm man Notiz von den M.-Glabbacher Schauermärchen — und begründete damit die Forderung nach einem Arbeitswilligenschutzesgesetz. Als Meisterin der Hegeorien gegen die freien Gewerkschaften, als eifrigste Dienstmaad des Scharfmachertums, bewährte sich die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“. Fast in jeder Nummer brachte sie einen oder mehrere frei erfundene, nach jesuitischer Manier konstruierter oder nach Demagogentart verdrehter, sensationell und tendenziös ausgestatteter Terrorismusfälle. So toll trieb es die fromme Presse, daß anlässlich des christlichen Streikbruchs im Ruhrrevier die „Rh. Westf. Ztg.“ einmal aus der Rolle fiel und offen aussprach, daß die M.-Glabbacher schandbar schwindelten. Sie schwindelten zur Verteidigung ihrer schwarzen Tat; sie schwindelten, um das unerhört skandalöse Werk zu krönen, den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Zu solchem Zwecke erhoben sie auch damals ein großes Geschrei über Terrorismus. Das wieder hatte den Zweck, den Ruf nach Militär zu begründen und die bewaffnete Macht auf die Streikenden zu hehen. Das Eingreifen der bewaffneten Macht sollte die Streikenden nutzlos machen, sie in die Grube treiben. Die Streikbruchstrategen können sich des Bellingens ihrer Pläne rühmen. Der laufende Säbel, pfeifende Raquel, ein ausschweifender amtlicher Terror half den M.-Glabbachern bei dem Niederringen der Bergknappen. Es gab Verwundete, Tote und als Folge einer von den Christen angeführten Denunziationswut, viele, sehr viele Bestrafungen armer Bergarbeiter. Zum Teil waren sie das Opfer skrupellos geschworener Meiwende. Die M.-Glabbacher frohlockten; der Streik ward zu einem Segen für das jubelnde Kapital. Nicht genug mit solcher Art Wahrnehmung von Arbeiterinteressen, hekte die M.-Glabbacher Presse weiter. Das erwähnte Blatt der Großindustriellen kennzeichnete das Treiben einmal, indem es feststellte, daß bei dem letzten Streik in Wirklichkeit keine Spur Terrorismus mehr verübt worden sei als im Jahre 1906, wo die Christen mitstreiften und ihre Presse die musterhafte Haltung, Ruhe und Besonnenheit der Streikenden nicht genug zu loben wußte. Wenn diesmal Militär, das Eingreifen der bewaffneten Macht notwendig gewesen sei, dann auch damals, dann bei jedem Streik, dann sei die zwingende Notwendigkeit eines verschärften Arbeitswilligenschutzes einwandfrei erwiesen. — Also argumentierte die „Rh. Westf. Zeitung“. Und, gerade als ob man ihr ausdrücklich beistimmen wollte, gab sich die Gewerkschaftspresse dann mit besonderem Eifer dem Erzählen von terroristischen Schauer-geschichten hin.

Nun wird die Sache brenzlich. Das Treiben der Gewerkschaftsdriften hat den Aufmarsch aller Gewerkschaftsgegner ganz außerordentlich gefördert. Die Großindustrie, das Kleinunternehmertum, Handwerker, Händler, die Vertretungen des mobilen Kapitals, alle stimmen ein in dem Ruf nach Anhemelmahnmegen gegen Streiks.

Nun sehen die M.-Glabbacher ihren Heh-Samen aufgehen, die Frucht reift! Aber die Heber und Treiber wollen als die unschuldigen Lämmlein erscheinen, die kein Wässerchen trübten, die keine Verantwortung für das Loben gegen die Arbeiterkraft tragen. Mit der harmlosesten Miene von der Welt erklärte man nun, gesetzliche Maßnahmen für einen schärferen Arbeitswilligenschutzes seien überflüssig. So schreibt die „Westf. Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer (26) folgendes:

„Nimmer noch Arbeitswilligenschutzes. Die Unternehmerpresse fährt fort, für den Arbeitswilligenschutzes Stimmung zu machen. Man muß es ihnen lassen, den Scharfmachern, sie sind zäh und ausdauernd in der Propaganda ihrer Forderungen. Es genügt ihnen nicht, daß schon auf Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen Streikvergehen zur Rechenschaft gezogen werden können (Beweis: Ruhrbergarbeiterstreik und seine Nachwehen), nein, sie wollen solche Verwicklungen, wie sie sagen, gänzlich verhüten, „den Brunnen zudecken, ehe das Kind hineingefallen“ und so fort. Das hört sich ja alles so vernünftig und harmlos an. Aber so harmlos sind die Herren nicht. Sie wissen genau, was sie wollen. Nicht der Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitswilligen an sich ist es, was sie veranlaßt, einem gänzlichlichen Verbot des Streikpostenstehens das Wort zu reden, nicht um das Kind zu schützen, damit es nicht in den Brunnen fällt, sondern um ihre ureigensten Interessen zu wahren. Für sie ist eben jeder Streik „vom Jaune gebrochen“, eine Machtsprobe der Organisationen“. Für sie ist das Mitstreifen eine unmoralische Sache. Natürlich, wenn kein Streik mehr möglich wäre, wenn dieses eine Druckmittel, das die Arbeiterorganisation im schlimmsten Falle anwenden kann, nicht vorhanden wäre, dann könnte die Verwirklichung der Wünsche (auch der begründeten) der Arbeiterkraft auf sich warten lassen. Wie die Dinge heute liegen, ist ein Verbot von Streikpostenstehen eine Erschwerung des Streiks, eine Maßnahme zugunsten der Unternehmer. Die Eindämmung von Streikvergehen, von Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige, ist über die heute bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus, nicht eine Sache der Gesetzgebung, sondern eine Sache der Erziehung durch die Arbeiterorganisationen.“

Das ist wirklich der Gipfel frocher Naivität. Die M.-Glabbacher verfolgen die Taktik des Brandstifters, der nach der rucklosen Tat durch geschäftiges Nichtstun bei den Löscharbeiten sich gewissermaßen als Unschuldiger präsentiert. Die M.-Glabbacher zündeten das Feuer an, bliesen kräftig hinein, gossen Öl zu und nun, da es lichterloh brennt, markieren sie den überrückten Feuerwehrmann, der keine größere Sorge kennt, als die, dem vorbeherenden Brand Einhalt zu tun. Die christlichen Arbeiter sollen nicht merken, was ihre Führer ganz bewußt, planmäßig angerichtet haben, daher das heuchlerische Getue.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnunterschieden in der Weiß- und Braunbierbrauerei von Heinrich Ebert, Hohen-Schönhausen, sind beigelegt. Die Organisation wurde anerkannt und ein Tarifabkommen getroffen. Die Sperre ist aufgehoben. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverb. Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Warnung vor einem Schwindler. Verschiedene Gewerkschaftsbureaus in München wurden dieser Tage von einem Ungarn namens Desider Klein aufgesucht, um sie zur Bestellung von Bureau-

artikeln zu veranlassen. Dieser Klein gibt an, ein kranker Journalist zu sein. Als Legitimation weist er ein gedrucktes Zeugnis vom „Offenbacher Abendblatt“, unserer Offenbacher Parteizeitung, vor, in dem bestätigt wird, daß Klein dort beschäftigt war. Diese Angaben beruhen jedoch, wie auf eine Anfrage in Offenbach mitgeteilt wird, auf Schwindel.

Da Klein auch versuchen wird, in anderen Orten den gleichen Schwindel vorzuführen, seien alle Parteiblätter um Abschluß dieser Warnung gebeten.

Die Arbeiter der Herrenmühle in Heidelberg sind in den Ausstufen getreten. Seit jeder kämpfen sie um ihr Koalitionsrecht. Sobald einige organisiert waren, erfolgte auch ihre Entlassung. Am 4. Juni wurden der Betriebsleitung Tariforderungen eingereicht. Die Firma beantwortete die Forderungen mit der Entziehung gewisser Vergünstigungen. Drei Tage später wurden 10 Mann entlassen. Bei der Unterhandlung mit dem Direktor Oppenheimer machte dieser die Zusage, daß die Entlassenen wieder eingestellt würden, und zwar in höchstens 14 Tagen, weitere Entlassungen würden nicht erfolgen. Außerdem erklärte er sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit. Die Verhandlungen verliefen jedoch vollständig resultatlos. Jede Verbesserung wurde abgelehnt, ebenso auch der Abschluß eines Tarifvertrages. Oppenheimer erklärte, solange er noch billige Arbeitskräfte bekäme, werde er unter keinen Umständen mehr bezahlen. Um das Maß der Provokation voll zu machen, wurden zu den ersten zehn noch drei Mann entlassen. Darauf legte das Personal die Arbeit nieder, nicht nur zur Verteidigung des Koalitionsrechtes, sondern weil die Arbeiter des Betriebes nicht mehr die „billigen Arbeitskräfte“ sein wollten, auf welche sich die Direktion stützt. Jugug ist streng fernzuhaltend!

Gelbe Parade. — Sieg der Effener Richtung.

Der 1905 gegründete Bund deutscher Werkvereine hielt am Sonntag und Montag in Augsburg seine dritte ordentliche Vertreterversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Rupp-Böllingen, der auf das Wachstum des Bundes im letzten Jahr hinwies. Er wandte sich scharf gegen die christlichen Gewerkschaften und die D.-S.-Gewerkschaften, die ebenso wie die Sozialdemokraten wirtschaftliche Fragen mit der Politik verquiden und wegen ihrer heutigen Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie nicht mehr als ein sicheres Bollwerk gegen den Umsturz angesehen werden könnten. Ein Erfolg des Bundes sei der Beschluß des Metallarbeiterverbandes, daß bei Aussperrungen Arbeiter, die den Werkvereinen angehören, nicht mit getroffen werden sollen. (Beifall.) Mit der Sozialdemokratie lebten die Werkvereine jede Versöhnung ab. Erfreulich sei der Stillstand und Rückschritt, der in den letzten Wochen in der Entwicklung der freien Gewerkschaften eingetreten sei (?). Die Sozialdemokraten selbst machen dafür die Werkvereine verantwortlich. (Bravo!) Die Werkvereine könnten sich die modernste Arbeiterorganisation nennen. Die Bekämpfung seitens der christlichen Gewerkschaften sei scharfer und gehässiger, als die Bekämpfung durch die Sozialdemokratie. (Hört! Hört!) Da die christlichen Gewerkschaften nach der päpstlichen Enzyklika ihrer katholischen Mitglieder nicht mehr ganz sicher seien, suchten sie sich jetzt an die evangelischen Arbeitervereine heranzumachen. Aber der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine sollte sich nicht für eine einseitige Gewerkschaftsbewegung gewinnen lassen. An sich ständen die Werkvereine den konfessionellen Arbeitervereinen freundlich gegenüber. Aber die konfessionellen Vereine müßten sich wirtschaftlich neutral verhalten. (Zustimmung.) Der Bund zähle gegenwärtig 207 Vereine mit 111 000 Mitgliedern. (Beifall.) Es folgte die Beratung der vorliegenden Anträge. Ein Antrag des Werkvereins „Sonitas“ in Berlin betraf das Vorgehen des Metallarbeiterverbandes, der Mitglieder der Werkvereine nach erfolgter Entlassung darin unterstützt hat, auf dem Klageweg vor dem Gewerbegericht ihre vom Lohn einbehaltenen Beiträge für die Werkvereine einzulösen. In der Debatte wurde darauf verwiesen, daß die drei in Berlin vorgekommenen Fälle, in denen Firmen zur Rückzahlung der Beiträge verurteilt worden sind, sich an der sozialdemokratischen Zusammenfassung des Berliner Gewerbegerichts erklären ließen. Anderswärts würde auch anders entschieden werden. (?) Es wurde beschlossen, die verschiedenen Urteile sammeln und von einem

Kleines feuilleton.

Das Berliner Theatergeschäft. In der Zahl der Zusammenbrüche und der Größe des verlorenen Kapitals stellt die zu Ende gehende Berliner Theatersaison einen Rekord dar. Auf 2 Millionen Mark schätzte der Theaterfachmann Max Epstein in einem Rundbrief, den er in der „Schaubühne“ veröffentlicht, den Verlust der Geldgeber bei den sechs großen Zusammenbrüchen, die die letzte Spielzeit zu verzeichnen hatte: Dalm im Neuen Schauspielhaus, Lothar im Komödienhaus, Palfi in der Kurfürsten-Oper, Norden im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhaus, Rosenfeld im Theater Groß-Berlin, Zuppa im Apollo-Theater, James Klein im Bahnhalla-Theater. Die Folge ist ein gewaltiges Anschwellen der Finsen für Theaterdarlehne. Wo sind die harmlosen 45 Proz. geblieben, die man in der guten alten Zeit zahlte? Jetzt gelten 100 Proz. geradezu als lunatik. Einer der genannten Direktoren hat es ja doch auf 4000 Proz. gebracht. Als erfolgreichste Theater führt Epstein demgegenüber nur die Bühnen von Weinhard und Bernauer an, die mit der Rolle „Filmgänger“ den größten Erfolg ihrer Direktionszeit hatten, ferner Max Reinhardts Deutsches Theater, bei dem an einen geschäftlichen Mißerfolg vorläufig nicht zu denken ist, da sein Name, sein Wesen und sein Repertoire ein feststehender Faktor im Berliner Theaterleben geworden sind und das Thalia-Theater an. Auch die genossenschaftlich unterstützten Theater, die Schiller-Theater, das Neue Volkstheater und vor allem das Deutsche Opernhaus, sind ausnahmslos erfolgreich gewesen. Mit den übrigen Theatern ist es nicht besonders gut und nicht besonders schlecht gegangen. Nachdem nun die schwachen Elemente durch die letzten Krisen ausgeschieden worden sind, ist mit ziemlicher Sicherheit auf eine allgemeine Gesundung des Theatergeschäftes zu rechnen. Vor allem hofft man beim Deutschen Opernhaus auf große Erfolge, da der freiverwendende Wagner kaum einem Theater in der ganzen Welt so viel nützen wird wie diesem.

Musiker und Dirigenten wie Humpe, Weingartner, Steinbach, Paulegger, Peter Raabe, zuletzt Ferdinand Löwe, standen an seiner Spitze. Löwe nahm es vielleicht zu ernst mit seiner Kunst. Mochte keine Konzeptionen der Manschetten-Virtuosen. blieb sachlich, gründlich. Vielesicht ein wenig zu trocken. Kurz und gut: die Teilnahme des lauffertigen bürgerlichen Publikum lieh immer mehr zu wünschen übrig. Man hätte ohne häßliche Subvention in der nächsten Saison Konkurs anfragen müssen. Was soll nun werden?

Erfreuliches gibt es von der Hofoper zu berichten. Die Generalintendant hat sich mit großer Opferwilligkeit bereit erklärt (der Ausfall beträgt pro Abend etwa 1000 M.), in zwangloser Folge Wagner-Volkstheater zum billigen Preise von 2 M. bis 50 Pf. im Hoftheater mit erst-rangiger Besetzung unter Generalmusikdirektor Bruno Walter's hingebender Leitung zu veranstalten. Sie hat es somit dem Verein Münchener Volkstheater ermöglicht, endlich Richard Wagner für die Massen zu erschließen. Hunderttausendzahlende Billetts wurden bisher von den sozialdemokratischen und katholischen Gewerkschaften, von kleinen Beamten, Angestellten, Handwerkern, Lehrern, Seminaristen, Kadetten usw. erbeten. Nur der zehnte Teil kann befriedigt werden. Bisher kamen vor einem andächtigen, dankbaren und wohlgezogenen Publikum von je 2000 Köpfen „Kienzi“ und „Lannhäuser“ zur mustergültigen Aufführung.

In den Kammertheatern und im Künstlertheater, das beispiellos von der Zensur drangaliert wird, jagt eine Kobilät die andere. Wobei Shakespeare mit mehreren Pferdelegen über die modernen Russen, Ungarn, Rheinländer und Nordländer gesetzt hat. Hier endlich hat sich das Künstlertheater wieder auf seine eigentliche Aufgaben besonnen. Tilla Durieux gab eine groß durchgeführte, unmittelbar packende Kleopatra.

Das eingeklagte Trinkgeld. Vor der ersten Kammer des Pariser Handelsgerichts wurde in diesen Tagen über eine Klagefache verhandelt, die die Erben des verstorbenen Chaji Djelal Pascha gegen das Pariser Vanhause Del Porto auf Zahlung des Betrages von 115 000 Frank angeht. Den Ausgangspunkt des Prozesses bildet ein unterm 20. Dezember 1905 abgeschlossener Vertrag, in dem sich die Pariser Firma verpflichtet hatte, Djelal Pascha bei Ueber-gabe des kaiserlichen Firmens, der ihr den Bau der Bahnliesen in der Provinz Hemen übertrag, die Summe von 5000 türkischen Pfund zu zahlen. Es war der landesübliche „Wahschisch“, den man Djelal Pascha für seine gütige Vermittlung bei der Konzeptionserteilung notwendigerweise vertraglich zusichern mußte, wenn das Geschäft überhaupt zum Abschluß kommen sollte. Zugewissen verlor der Sultan Abdul Hamid den Thron und Djelal Pascha das Leben, das er, nebenbei gesagt, nicht dazu benutzte, das Unternehmen der genannten Firma zu fördern. Der Pariser Gerichtshof wies die Klage der Erben deshalb auch ab, ohne überhaupt erst in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Klageforderung als gegen die Moral verstößend und damit in rechtlichem Sinne als null und nichtig anzusehen sei.

Das lateinische Alphabet für Japan. Für die Japaner würde die bei ihnen schon lange geplante Einführung des lateinischen Alphabets in Druck und Schrift unendlich Vorteile bringen und vor allem zur Verbreitung höherer Kultur unter den Volksklassen beitragen. Heute verbinden die kleinen Japaner mehrere Jahre mit der Erlernung Tausender von Schriftzeichen des chinesischen Alphabets, während die 26 Buchstaben des englischen Alphabets in einer Woche erlernt werden könnten. Es fehlt im Lande der Aufgehenden Sonne nicht an Leuten, die

sich mit einer solchen Reform ernstlich beschäftigen. Sie begegnet jedoch — schreibt Satatall, Bürgermeister von Tokio, in einer in Japan erscheinenden englischen Zeitschrift — einer sehr starken Opposition von Seiten der Traditionsisten. Die Widerstände dürften aber mit der Zeit überwinden werden; es mögen darüber vielleicht noch fünfzig Jahre vergehen, aber der endliche Triumph der Neuerer ist sicher. „Die alten chinesischen Schriftzeichen“, sagt Satatall, „werden nach und nach verschwinden, verjagt durch das Licht des Fortschritts; es wird ihnen daselbe Schicksal zuteil werden, das den Götzenbildern des Aberglaubens zuteil geworden ist. ... Einsteilen sollten die Freunde des Fortschritts immer und immer wieder betonen, daß die Schulbücher in „Romabachi“ (so nennen die Japaner das lateinische Alphabet) gedruckt sein müßten. Wir haben nach den westlichen Systemen telegraphieren gelernt; jetzt wollen wir nach denselben Systemen schreiben lernen. ... Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Gebrauch des „Romabachi“ die internationalen Beziehungen bedeutend erleichtern würde. Die Nationen, die die lateinischen Schriftzeichen verwenden, können das, was sie denken, aller Welt mitteilen. Von der japanischen Sprache und Literatur kennt die westliche Welt so gut wie gar nichts, und das ist für unsere Beziehungen zum Auslande ein großes Hindernis. Wir lernen die fremden Sprachen und können so die Fremden, die Ausländer kennen lernen; aber sie kennen uns nicht und werden uns nicht lernen, ehe sie sich nicht mit unserer Sprache und mit unserer Literatur vertraut gemacht haben werden. Und damit das erreicht werde, muß die japanische Sprache und die japanische Literatur in lateinischer Schrift zum Ausdruck gelangen.“

Notizen.

— Karl Weiser, der Schauspieler und Dichter, der seit zwanzig Jahren als Spielleiter am Weimarer Hoftheater tätig war, ist im Alter von 65 Jahren in Weimar gestorben. Er stammte aus einer Schauspielerfamilie und wurde selbst wieder statt des Theologen, den man aus ihm machen wollte, Schauspieler. Aus seiner bunten Bühnenlaufbahn (er war auch in Berlin engagiert) ist besonders seine Teilnahme an den Gastspielen der Weiminger zu erwähnen. Auch als Lyriker und Dramatiker hat er sich vielfach versucht; zu nennen sind seine satirischen Dramen „Das Rammul“, „Meinet Fuhs“ sowie die Schauspiele „Rabbi David“ und „Gutten“. Sein Bierdramenstück „Jesus“, worin er die christliche Legende rein menschlich behandelt, erregte vor einigen Jahren den Zorn der Kultur- und Staatskirchen. Die Zensur verbot jede Aufführung im Mutterlande Weimar, selbst als sich ein besonderer Verein für die Aufführung in Eisenach gebildet hatte.

— Eine Stadt ohne Karival. Zu dem etwas trüben Wetter der deutschen Städte, nächstes Jahr auf jeden Fall Wagners Parsival heranzubringen, will Halle nicht mittun. Die Stadtverordneten lehnten die vom Magistrat bereits bewilligten 20 000 M. Zuschuß ab.

— Die ungenügend vorbereitete Schröder-Stranz-Expedition. Das von norwegischen Wätern längt behauptet, aber neuerdings von zurückkehrenden Mitgliedern dieser verunglückten Spigbergexpedition bestritten wurde, wird jetzt zum Teil auch von Kapitän Nitscher bestritten. Aus seiner an einen norwegischen Bischof gerichteten Darlegung geht hervor, daß die Expedition für eine Uebertourung keineswegs genügend eingerichtet und proviantiert war, und ferner, daß in ihr zwischen einzelnen Mitgliedern weitgehende Differenzen herrschten.



Paristen bearbeiten zu lassen. Angenommen wurde weiter ein Antrag des nationalen Arbeitervereins der Kruppwerke in Essen auf Unterstützung des Jugendbundes, der sich in Rheinland und Westfalen innerhalb der Werkvereine gebildet hat. Ueber das Verhältnis der Werkvereine zu den konfessionellen Arbeitervereinen wurde einstimmig beschlossen, daß, unbeschadet der einzelnen Auswüchse, den Werkvereinen empfohlen wird, weiterhin ihr Interesse den konfessionellen Vereinen zu widmen und dahin zu wirken, daß diese Vereine sich nicht auf einen einseitigen gewerkschaftlichen Standpunkt festlegen. Zu einer längeren Aussprache führte ein Antrag des Unterstützungsbundes des Siemenswerkes in Charlottenburg, bei politischen Wahlen die Stellungnahme den einzelnen Vereinen zu überlassen. Ausgeschlossen soll eine Stellungnahme zugunsten der Sozialdemokratie bleiben; andererseits aber dürfe aus einer Bestätigung bei politischen Wahlen keinem Werkvereinsmitglied ein Nachteil erwachsen. Gegen diesen letzten Teil des Antrages wandten sich viele Redner, weil daraus gefolgert werden könne, als ob auch den Mitgliedern kein Haar gekräumt werden soll, die einen Sozialdemokraten gewählt haben. Unter Streichung dieses Satzes wurde der Antrag mit 242 gegen 50 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag Berlin, der sich gegen den Verzicht auf das Streikrecht wandte.

Der Berliner Antrag besagt: „Vereine, die in irgend einer Form auf das Streikrecht verzichten, werden nicht in den Bund Deutscher Werkvereine aufgenommen.“

Im Gegensatz zu diesem vom Unterstützungsbund der Siemenswerke gestellten Antrag steht ein Antrag des Werkvereins Krupp in Essen:

„Solche Vereine werden in den Bund Deutscher Werkvereine nicht aufgenommen, die in Streikfällen sammeln.“

König-Berlin: Unser Antrag ist notwendig, um den immer wieder gegen uns erhobenen Vorwurf aus der Welt zu schaffen, daß wir eine Streikbrechervereinigung wären. Wir wollen auf kein Recht verzichten, das uns gegeben ist. Unser Antrag muß angenommen werden, denn er ist ein Abwehrmittel gegen diese Vorwürfe. Der Antrag Essen ist überflüssig. — In der Debatte sprach sich eine große Zahl von Rednern gegen beide Anträge aus. Man werde sonst in das Fahrwasser der christlichen Gewerkschaften geraten, die auch mit der Erklärung angefangen hätten, nicht streiken zu wollen, und sich heute in denselben Bahnen wie die Sozialdemokratie bewegen. Derartige Bestimmungen brauche man um so weniger, als unter den gegebenen Verhältnissen an einen Streik gar nicht zu denken sei. — Paland-Berlin: Was sollen wir tun, wenn ein Arbeitgeber uns unsere gerechten Forderungen verweigert? Sollen wir dann einfach zu Kreuze kriechen? — Wie der Mann-Berlin verteidigt ebenfalls den Berliner Antrag, der nötig sei, um die Werkvereine von dem Vorwurf zu reinigen, daß sie auf einer Stufe ständen mit solchen Gesindeln wie die Pinguinisten, und daß sie eine Streikbrecher-Garde wären. — Vorstehender Schönleucht-Berlin: Wir sind zu dem Antrag veranlaßt worden durch einen Vortrag des Privatdozenten Dr. Zimmermann im Verein für Sozialreform. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Wo ein Werkverein bei einem sozial gesinnten Unternehmer besteht, ist kein Streik zu befürchten. (1) Bei einem unsozialen Arbeitgeber oder kann kein Werkverein bestehen. (Zustimmung.) Es ist kein Liebesgeln mit dem Streikgedanken und mit Streikabsichten, die zu dem Antrag geführt haben. — Trotz dieser Versicherung, daß der Berliner Antrag ja im Grunde nichts als pure Heuchelei sei, wurde derselbe niedergestimmt. Auch den Schein, eine ehrliche Arbeitervertretung zu sein, wollen die Essener nicht und führten eine eskalante Niederlage der Berliner herbei. 1914 wollen die Welken in Saarbrücken tagen.

#### Ausland.

### Die Krise der Glasfabrik von Albi überwunden.

Paris, 30. Juni. (Sig. Ver.)

Die Bourgeoispreffe, die sich an der in der genossenschaftlichen Glasfabrik von Albi zutage getretenen Krise so weiblich erzeut und darin ein neues Argument für die „Undurchführbarkeit des Sozialismus“ gewonnen zu haben glaubt, hat neulich die sensationelle Meldung gebracht, daß das Unternehmen nicht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe. Die Nachricht war aus den Fingern gezogen. Die gestrige Generalversammlung hat festgestellt, daß das Unternehmen gedeiht, und sie hat eine Aenderung des Statuts beschlossen, die den organisatorischen Mängeln abhilft. Die große Mehrheit der Arbeiter sieht die Zweckmäßigkeit sowohl der technischen Reformen, wie die der neuen Arbeits- und Lohnordnung, die der Direktor Spinetta eingeführt hat, ein und die Unlust der Arbeiter wird sich hoffentlich bald legen. Die Statutenänderung ändert die Zusammenfassung des Verwaltungsrats. Bisher hatte die Glasarbeitergewerkschaft von Albi darin sechs Vertreter, die Aktionäre — d. h. die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen — nur drei. Von nun an wird das Verhältnis nun umgekehrt sein. — Sicherlich kann ein Experiment, das mit einer Produktivgenossenschaft inmitten der großkapitalistischen Konkurrenz unternommen wird, weder nach der einen noch der anderen Richtung beweiskräftig sein, und diejenigen sozialistischen Beurteiler, die von Anfang an vor einer prinzipiellen Überschätzung des Unternehmens als einer „sozialistischen Verwirklichung“ warnten, haben wohl recht behalten. Wohl aber darf man die Fabrik von Albi als eine „moralische Anstalt“ des Proletariats betrachten und darum ist es zu begrüßen, daß sie nun über den toten Punkt hinausgekommen zu sein scheint.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung der Reichstagswahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land nahm am vergangenen Sonntag den Bericht über die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 1. Juli 1913 entgegen. Die Mitgliederbewegung fluktuierte auch in der Berichtszeit stark. Aufgenommen wurden 1904 männliche und 224 weibliche Mitglieder, ausgeschieden sind dagegen 1947 männliche und 194 weibliche Mitglieder. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 8206, darunter 1057 Frauen, gegen das Vorjahr ein Mehr von 17 Männern und 30 Frauen. Der Stand der eingetragenen Mitglieder befriedigt nicht, aber er ist auch nicht ungenügend. Es beträgt nämlich die Mitgliederzahl nach 63 Wochenbeiträgen (9 Monaten) berechnet, 9018. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 968. Infolge organisatorischer Mängel in manchen Bezirken ist eine beträchtliche Zahl von Genossen dem Parteisekretariat nicht gemeldet, obwohl sie regelmäßig Beiträge an die Hausfassierer leisten. Die beiden Wahlkreise sind in 9 Distrikte und 50 Bezirke geteilt. Rund 500 Genossen und Genossinnen sind als Funktionäre tätig. Eine Neueinrichtung sind Zeitungskommissionen in den Bezirken, die sich besonders der Zeitungsagitation zu widmen haben. Auch die Einrichtung von Diskussionsabenden, die der wissenschaftlichen Vertiefung dienen sollen, sind neu. Der Verein arbeitet sehr lebhaft. Es fanden 208 Mitgliederzusammenkünfte statt, 43 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, 567 500 Flugblätter und 25 750 Broschüren wurden unentgeltlich verteilt, 1755 Broschüren wurden verkauft. Für die Heranziehung der Privatangehörigen ist eine besondere Kommission von fünf Genossen gebildet. Für die Frauenleseabende fanden 19 Redner mit 25 Themen zur Verfügung. Die Abende waren von insgesamt 1303 Genossinnen besucht. An der Tätigkeit des Vorstandes und der Parteisekretäre Pfand und Runge übte die Generalversammlung keine Kritik. Die Kölner Parteiorganisation steht geschlossen in die bevorstehenden Stadttraktanten und die sich wahrscheinlich notwendig machende Reichstags-Wahl in Köln-Land. Neugewählt wurden in den Vorstand die Genossen Sollmann als 2. Vorsitzender und Dorchs als Schriftführer.

### Zweindenhäufig.

In Pfaffenthal bei Mühlhausen i. G. war die Partei bisher im Gemeinderat des über 3000 Einwohner zählenden Industriedorfes nicht vertreten; am Montag wurden bei einer Gemeinderatswahl für fünf Mitglieder alle fünf sozialdemokratischen Kandidaten mit 170—205 Stimmen gewählt, während die Liste der vereinigten Gegner, für welche die Zentrumspreffe eintrat, mit 132—143 Stimmen unterlag.

## Jugendbewegung.

### Die Fortbildungsschule im Kampfe gegen die Gewerkschaften.

Zimmer neue Methoden wenden die Behörden in dem Kampfe gegen die Gewerkschaften an. Auf dem Umwege über die Fortbildungsschule glaubt man die heranwachsende Jugend von jeder Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung fernhalten zu können, und man geht sogar dazu über, in Schulordnungen den Fortbildungsschülern den Zutritt zu den Gewerkschaften zu verbieten. Glücklichweise unterliegen diese Versuche der gerichtlichen Nachprüfung und erst in den letzten Tagen hat die Strafkammer des Landgerichts Schneidemühl die Unzulässigkeit solcher Kampfmittel gegen die Gewerkschaften anerkannt.

Der jugendliche Tischler Wulff Joch hatte eines Tages an einem Vergnügen der Bahnhofs-Schönlanke des Deutschen Holzarbeiterverbandes teilgenommen, und die Behörde, welche hierin eine Übertretung des Ortsstatuts für die Fortbildungsschule Schönlanke und zugleich der dortigen Schulordnung sah, stellte ihm lediglich auf Grund dieser Tatsachen einen Strafbefehl über 3 M. zu. Diesen hatte schon das Schöffengericht Schönlanke aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte aber Berufung ein und die Strafkammer des Landgerichts Schneidemühl mußte sich dieser Tage nochmals mit der Sache befassen.

In der Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin als Verteidiger des Angeklagten vor allem geltend, daß eine Schulordnung unzulässig ist, in welcher ausgesprochen wird, daß kein Fortbildungsschüler ohne Genehmigung des Schulleiters einem Verein angehören oder an Versammlungen eines solchen teilnehmen darf. Der Verteidiger hob hervor, daß § 120 der Gewerbeordnung einer Gemeinde nur das Recht gibt, durch statutarische Bestimmung die zur Durchführung der Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen erforderlichen Bestimmungen zu treffen, z. B. zur Sicherung eines regelmäßigen Schulbesuches, eines pünktlichen Erscheinens und anständigen Benehmens der Schüler, aber nirgends habe die Gemeinde die Befugnis erhalten, den Zutritt zu irgendwelchen Vereinen von der Erlaubnis des Schulleiters abhängig zu machen. Außerdem rügte der Verteidiger, daß eine solche Bestimmung der Schulordnung gegen das Reichsgewerbegesetz verstoße, und daß Schulbehörden kein Recht hätten, über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes hinaus durch strafrechtliche Verbote die Teilnahme von Schülern an Vereinen oder Vereinsversammlungen zu verhindern. Deshalb habe das Schöffengericht Schönlanke mit Recht nicht nur die Freisprechung des Angeklagten, sondern auch die Übernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse ausgesprochen.

Das Landgericht schloß sich diesen Ausführungen, soweit sie sich auf die Gewerbeordnung stützen, in vollem Umfange an, und das Ergebnis ist also, daß der Staat die Kosten dafür zu tragen hat, daß man den Versuch gemacht hat, durch unzulässige Mittel die Gewerkschaften zu bekämpfen.

## 14. Generalversammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder.

Im Volkspark zu Halle, dessen prächtiger Saal wie kaum ein zweiter für Arbeiterkongresse geeignet ist, traten heute die Delegierten des Verbandes der Maler und Weißbinder zur 14. Generalversammlung zusammen.

Der Vorsitzende des Verbandes Tobler-Hamburg weist in einem kurzen Rückblick auf die kürzlich abgehaltenen beiden außerordentlichen Generalversammlungen hin, die infolge der Lohnbewegungen notwendig waren. Trotzdem sich in den verflochtenen Kämpfen gezeigt hat, daß unsere Rüstungen gut waren, sieht es doch für uns fest, daß noch viele Einrichtungen auszubauen sind, um Fehler und Mängel, die uns noch anhaften, zu beseitigen. Deshalb ist die jetzige Tagung von ganz besonderer Wichtigkeit. (Zustimmung.) Als Gäste sind erschienen Boulsen-Kopenhagen, Dagman-Stockholm, Staudt-Jülich und Raar-Wien, ferner wird im Auftrage der Generalkommission Genosse Silberstein i. d. Berlin den Verhandlungen beiwohnen.

Nach dem Berichte der Mandats-Prüfungskommission sind 100 Delegierte anwesend, ferner 7 Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion des Vereinsanzeigers, sowie 7 Bezirksleiter erschienen. Den

### Geschäftsbericht für die Jahre 1911 und 1912

erstattet Tobler-Hamburg. — Er beginnt mit einem Hinweis auf die gedruckt vorliegenden Berichte, den wir in der Hauptsache bereits besprochen haben, und fährt fort: Die Kämpfe des letzten Jahres haben uns außerordentlich viel neue Mitglieder gebracht. Dabei zeigte es sich, wie gut es war, auf der letzten Generalversammlung in München die Beiträge zu erhöhen, denn wir haben dadurch in den beiden letzten Jahren eine Nettozunahme von 775 000 M. erzielen können. Wenn wir auch große Fortschritte machten, so dürfen wir doch nicht rasten. (Beifall.)

### Den

### Rassenbericht

erteilt Bentler-Hamburg. Auch er ist der Meinung, daß die Spannung zwischen der Zahl der Neuaufnahmen und der Zahl der dem Verbands tatsächlich gebliebenen Mitglieder zu groß ist. Obgleich die meisten Kollegen unter dem Reichstaxi arbeiten, mühten für Streiks in den beiden Berichtsjahren doch rund 110 000 M. ausgegeben werden. Die Kämpfe des letzten Jahres verursachten große Kosten, es mühten fast 2 Millionen Mark bezahlt werden. Den Anregungen von verschiedenen Seiten, die Beiträge zu ermäßigen, kann keinesfalls entsprochen werden, denn es ist nötig, stets über einen starken Kampffonds zu verfügen. (Zustimmung.) Den Bericht der Redaktion gibt Carl-Hamburg. Aus seinen Ausführungen ist bemerkenswert, daß bei der Redaktion des Vereinsanzeigers besonders der sachwissenschaftliche Teil berücksichtigt wird. Durch Austausch der nötigen Zeitschriften wird mit den ausländischen Bruderorganisationen enge Fühlung unterhalten und Erfahrungen ausgetauscht. Die Redaktion hat häufig einen scharfen Kampf führen müssen gegen die Unternehmer, die sich nie so ruppig und persönlich gehässig benommen haben, wie während der letzten Lohnbewegung. Dringend nötig ist es auch, daß die Kollegen im Lande die Redaktion besser unterstützen.

Der von Leinert-Hannover erstattete Bericht des Verbands-Ausschusses bringt in der Hauptsache Verbands-Internia, die für die Außenstehenden wenig Interesse haben. Zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vorstand und der Filiale Köln ist es deshalb gekommen, weil man in Köln für die künftige Arbeitslosenversicherung für alle Kollegen Extrabeiträge verlangt, obwohl doch nur ein geringer Teil der Mitglieder in den Genuß der Erwerbslosen-Unterstützung wegen der hohen Mitgliederfluktuation treten kann. Eine Beschwerde einiger Mitglieder aus Frankfurt a. M., daß dort zu Unrecht das Delegatensystem eingeführt worden sei, mußte zurückgewiesen werden, da die Praxistextverwaltung vollständig richtig verfahren hat.

### In der

### Diskussion

rügt Dorfschuld-Mannheim, daß Ausschuss und Vorstand häufig zu bürokratisch verfahren. Opiß-Hamburg wendet sich gegen die Bestimmung, daß bei Streiks bei dem Vorstand schon

zwei Monate vor Beginn der Bewegung anzufragen ist. Wegen Unterlassung dieser Vorschrift sollen die Hamburger nach der Verlegung des Vorstandes die Kosten eines Streiks bei der Firma Karstadt selbst tragen, was Opiß als unbillig empfindet. Nieß-Berlin führt Beschwerde wegen Grenzstreitigkeiten, hauptsächlich deshalb, weil der Brauereiarbeiter-Verband häufig Maler für seine Organisation rekrutiere, obwohl die Leute in seiner Verbindung zu dem Brauereiarbeiter, beziehungsweise zu der Produktion in den Brauereien stehen. Der Redner greift die Debatte an, weil sie eine Resolution der Berliner Kollegen nicht aufgenommen habe, die sich gegen den Ausschluß der Offenheit auf der letzten außerordentlichen Generalversammlung wendet. Lassen-Hamburg wünscht, daß die Mitarbeit an dem Verbandsorgan besser honoriert werde. Delle-Stuttgart: Der Beschluß, einen Extrabeitrag zu erheben und es den Bezirken freizustellen, außerdem einen weiteren Extrabeitrag zu erheben, war nicht richtig, es wäre zweckmäßiger gewesen, von vornherein einen Extrabeitrag von 50 Pf. zu verlangen. Zimmermann-Frankfurt tritt dafür ein, daß die Ueberhänge aus den Extrabeiträgen nicht den Filialen verbleiben, sondern an die Hauptkasse abgeführt werden. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung darf der freie Sonabendnachmittag nicht auf Kosten der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erreicht werden. Hauptsache ist, daß die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird; der freie Sonabendnachmittag dient nur als Abschlagszahlung. Margraf-Frankfurt: Vom Vorstand war es unredlich, einen Beitrag der einzelnen Filialen wegen der Extrabeiträge zu veranlassen. Nachdem sich noch einige Redner in ähnlichem Sinne geäußert haben, wird die Versammlung auf Dienstag verlagert.

## Verbandsstag der Töpfer.

Der Verwaltungsbericht des Vorstandes des Töpferverbandes, der sich über drei Jahre (1910—12) erstreckt, bezeichnet den Beschäftigungsgrad der Mitglieder als nicht besonders günstig. Nur in der Steinzeug- und Geschirrbauindustrie war die Konjunktur eine zufriedenstellende, jedoch bilden diese Branchen nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe im Verband. Schwere wurden von der Krise im Baugewerbe Berlin und Felten (Mark) betroffen. In beiden Orten sank die Zahl der organisierten Mitglieder allein im Jahre 1912 von 2480 auf 2018. Zur Zeit der Hochkonjunktur, die mit dem Herbst 1907 abschloß, waren in beiden Orten 8250 im Verbande Organisierte beschäftigt; der starke Rückgang zeichnet ein getreues Spiegelbild der überaus großen Geschäftskrise auf dem Groß-Berliner Bauplatz. Die im verflochtenen Herbst fast allgemein einsetzende Krise blieb auch nicht ohne Einwirkung auf den Gesamtmitgliederstand des Verbandes. Er betrug Ende 1909 11 000, stieg dann langsam auf 12 175 im Jahre 1911, um dann im Jahre 1912 auf 11 733 zurückzugehen.

Von den während der Berichtsperiode geführten 287 Streiks und Lohnbewegungen waren 280 Angriffss- und 7 Abwehrbewegungen. Beteiligt daran waren 12 152 Mann. Von diesen Bewegungen waren erfolgreich 261, 24 endeten mit teilweisem Erfolg und 10 erfolglos. Erreicht wurden insgesamt pro Woche 7781 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 19 472 M. Lohnerhöhungen. Außerdem wurden für 4614 Beteiligte sonstige Vorteile (Verbesserungen der Betriebsbedingungen, der Ausbildung, Erhöhung des Lohnes für Ueberstunden usw.) durchgesetzt. Abgewehrt wurden pro Woche 401 M. Lohnkürzungen und für 2334 Mann sonstige Verdichtungen. Die Gesamtkosten aller Bewegungen betrugen 217 808 M.

Die Arbeitslosenunterstützung, die als neuer Unterstützungsgegenstand am 1. Oktober 1911 in Kraft trat, stellte angesichts der schlechten Wirtschaftsverhältnisse an die Verbandskasse ziemlich hohe Anforderungen. Im 4. Quartal 1911 wurden 10 381,95 M. und im Jahre 1912 77 918,90 M. dafür ausgegahlt. Nicht man in Erwägung, daß der Höchstfuß der Unterstützung (bei 1 M. Wochenbeitrag) 6 M. wöchentlich beträgt und Unterstützung erst nach 14-tägiger Wartzeit ausgegahlt wird, dann ergibt sich auch aus diesen Zahlen die Einwirkung der starken Krise, die das Baugewerbe ergriff hat.

Die Krankenunterstützung erforderte in der Berichtszeit die Summe von 172 933 M. Sterbegelder wurden 23 330 M. ausgegahlt. Wanderer erhielten 28 151 M., für Fahrgelder wurden 6161 M., für Umzugsunterstützung 18 503 M. ausgegeben. Das Verbandsorgan, dessen Auflage während der Berichtsperiode um 1000 gestiegen ist, erforderte für Druck, Expedition und literarische Beiträge 80 306 M. Trotz verhältnismäßig hoher Ausgaben haben sich die Finanzen des Verbandes nicht nur auf der alten Höhe erhalten, sie sind in außerst zufriedenstellender Weise gestiegen. Die Gesamtausgabe betrug während der Berichtsperiode 1 000 631 M., die Gesamteinnahme dagegen 1 227 061 M., so daß eine Nettozunahme von 217 440 M. erzielt wurde. Trotz gesteigerter Ausgaben verfügte der Töpferverband am Schlusse des Jahres 1912 über ein Gesamtvermögen von 375 651,60 M. gegenüber 158 901,31 M. am Schlusse des Jahres 1909.

Die auf dem letzten Verbandstage beschlossene Einsetzung zum Teil besoldeter Gauleiter hat sich im allgemeinen recht gut bewährt. Ihren Hauptauftrag findet diese Einrichtung in der Tatsache, daß die Streit- und Lohnbewegungen durch das erfahrene Eingreifen der Gauleiter vielfach in zielsichere Bahnen gelenkt wurden und in ihrer Mehrzahl ohne besonders erhebliche Kosten und fast immer zugunsten der Arbeiter abgeschlossen werden konnten. Die Berichte der Gauleiter, die dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes beigegeben sind, verzeichnen vor allem auch Fortschritte auf dem Gebiete des Bezirkstarifwesens, was für die Offenheit von großem Vorteil ist.

Die Tagesordnung des Verbandstages, die sich mit den Reichstagsberichten, den gewerblichen Gesundheitsgefahren der Töpfer auf Bauten und in Werkstätten und Wahlen befaßt, kulminiert in ihrem Hauptpunkte, der Verschmelzungsfrage der Töpfer, Porzellan- und Glasarbeiter zu einem gemeinsamen Keramarbeiterverbande. Die hierzu schon früher gefaßten Beschlüsse haben einen Statutenentwurf der drei Verbände gegeneinander, der nunmehr der Begutachtung der zu gleicher Zeit im Leipziger Volkshaus tagenden drei Generalversammlungen der drei Verbände unterliegt. Nach gesonderter Spezialberatung sollen die Delegierten der drei Verbände zu einem gemeinsamen Kongress zusammenzutreten und die endgültige Fassung des Statuts beraten. Obwohl nun die Verschmelzung in genannter Richtung bereits durch frühere Beschlüsse entschieden ist, ist im Töpferverbande eine Strömung vorhanden, die für einen Anschluß der Offenheit an den Bauarbeiterverband Propaganda zu machen sucht. Vielfach hat auch der von den Vorständen ausgearbeitete Statutenentwurf in seinen Bestimmungen in allen drei Verbänden Widerspruch gefunden, so daß in der Verschmelzungsfrage lebhaft Debatten zu erwarten sind.

Leipzig, den 30. Juni 1913.

Der Verbandstag der Töpfer, der heute im Leipziger Volks- haufe zusammentritt, ist durch 54 Delegierte besetzt. Außerdem sind die Vorsitzenden des Verbandes, Drunsel und Barisch, der Hauptfassierer Lotzer, der Redakteur Schmitz und acht Gauleiter anwesend. Als Vertreter des österreichischen Tonarbeiterverbandes ist dessen Obmann Souček anwesend, die schwedischen Töpfer sind durch ihren Geschäftsführer Samara vertreten. Von der Revisionskommission des Verbandes ist Kante-Berlin erschienen, die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Umbreit. Der Sekretär für Bauarbeiter, Heinke, wird morgen eintreffen. In seiner Eröffnungsrede bezeichnet der Verbandsvorsitzende Drunsel die bevorstehende Tagung des Verbandes als eine der wichtigsten seit Verfehlen der Organisation. Es gelte zur Verschmelzung zu einem Keramarbeiterverbande insofern praktische Stellung zu nehmen, daß ein Statutenentwurf beraten wird, der allerdings einer endgültigen Beschlußfassung durch Abstimmung unterliegt. Jeder Delegierte möge sich der Verantwortung bewußt sein, die ihm sein Mandat auferlegt.

Nach Begrüßungsreden durch Leipziger Vertreter und die Delegierten der österreichischen und schwedischen Bruderorganisationen



werden die üblichen Kommissionen gewählt. Sodann wird Angelegenheit der Geschäftsfrage der zwei anderen Verbände beschlossen, die Beratung der neuen Statutenvorlage eines deutschen Keramarbeiterverbandes

als ersten Punkt der Tagesordnung in Angriff zu nehmen. Von einer Reihe Delegierter, die Anhänger eines Anschlusses an den Bauarbeiterverband sind, wird hierzu verlangt, auch die Verschmelzungsfrage dahin zu diskutieren, welcher Organisation sich die Töpfer anschließen sollen. Außerdem wird die Ladung eines Vorstandsmitgliedes vom Bauarbeiterverband verlangt. Die Freunde des Zusammenschlusses mit dem Keramarbeiterverband widersprechen diesen Anschauungen und betonen, daß die Frage, mit wem ein Zusammenschluß stattfinden solle, längst entschieden sei. Bereits zwei vorausgegangene Generalversammlungen hätten in dieser Richtung den Weg gewiesen, die letzte habe gegen wenige Stimmen eine Verschmelzung zu einem Keramarbeiterverband als erstrebenswertes Ziel bezeichnet und die Schaffung eines gemeinsamen Statuts verlangt, das nunmehr seine endgültige Fassung erhalten solle.

Nach längerer und teilweise lebhafter Debatte, die sich bis in die Nachmittagsstunde hinüberzieht, wird beschlossen, die Frage, mit welcher Organisation eine Verschmelzung zu erstreben sei, nicht mehr zu behandeln, sondern nur den vorliegenden Statutenentwurf zur Schaffung eines Keramarbeiterverbandes zu diskutieren. Die Ladung eines Vertreters vom Bauarbeiterverband wird abgelehnt. Nach Festsetzung der übrigen Tagesordnung wird zur Bureauwahl geschritten. Sie ergibt als Vorsitzenden Drunzel-Berlin und Vossig-Breslau, als Schriftführer John-Meißner, Lehmann-Berlin, Wolff-Berlin und Böring-Danzig.

Hierauf referiert der Vorstandsvertreter Vartzsch-Berlin über

#### die neue Statutenvorlage

eines deutschen Keramarbeiterverbandes. Der Redner erinnert an die Opposition in den früheren Jahren, so bei Schaffung des Verbandes 1892 und in jener Zeit, als der Verband im Jahre 1901 das Gebiet der Unterstützungsvereine betrat. Die Organisation sei über diese Opposition zur Tagesordnung übergegangen und trotz aller gegenteiligen Behauptungen und Prophezeiungen erstarbt. Die heutige Situation ähnele jenen früheren. Trotz der Dresdener Generalversammlung von 1910, die durch Annahme der Resolution Schmit in der Verschmelzungsfrage als einziges Ziel den Weg zur Verschmelzung zum Keramarbeiterverband gewiesen habe, habe eine Minorität gegen diesen Beschluß in einer Weise gearbeitet, die terroristisch genannt werden müsse. Ein solches Verfahren würde sich die Partei nicht gefallen lassen, sie würde denen, die gegen ihre Beschlüsse Front machen, ganz energisch den Standpunkt klar machen. Sich der Statutenvorlage zuwendend, erläuterte der Redner die darin enthaltenen Bestimmungen und verdeutlichte sich dahin hauptsächlich über die darin vorgesehene Ausnahmebestimmung der Ofenseher bei der Arbeitslosenunterstützung. Diese sei angesichts der großen Arbeitslosigkeit der Ofenseher als Saisonarbeiter notwendig. Die Statistik beweise, daß trotz niedrigerer Sätze die Ofenseher im Durchschnitt mehr als die anderen Berufe begehren würden. Die weiteren Bestimmungen des Statutenentwurfes eingehend erläuternd, schließt der Redner mit dem Wunsche, daß die jetzigen Beratungen die besten Erfolge bringen mögen. Auch die Opposition werde noch zur Erkenntnis kommen und einsehen lernen, daß die Verschmelzung zu einem Keramarbeiterverband für die Töpfer und die anderen daran beteiligten Berufe von bestem Vorteil sein wird. (Beifall.)

Hierauf werden nach 5 Uhr die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

## II. Generalversammlung der Glasarbeiter.

Leipzig, 30. Juni.

Die Generalversammlung tagt ebenfalls wie die der Töpfer und der Porzellaner im Volkshaus. Sie ist von 94 Delegierten, 5 Vorstandsmitgliedern, 4 Gauleitern, dem Ausschussvorsitzenden und dem Medaillieur des Vorstandes besucht. Als Gast ist ein Vertreter der österreichischen Bundesorganisation anwesend. Die Generalkommission vertritt bei allen drei Tagungen U. M. Breit-Berlin. Die vorgesehene Tagesordnung wurde bestätigt. Sie weist nur vier Punkte auf: 1. Die Verschmelzungsfrage; 2. Geschäftsbericht; 3. Tarifverträge und Arbeitsnachweise in der Glasindustrie; 4. Der nächste internationale Glasarbeiterkongreß.

Das Referat zur

#### Verschmelzungsfrage

hielt Gränzel-Berlin. Er hob im ersten Teil seines Vortrages nochmals all die Vorteile, die eine Verschmelzung für den einzelnen Verband bringt, hervor. Es müßte vor allem berücksichtigt werden, daß man sich verschmelzen wolle, um Kampfesfähigkeit zu werden. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß in den nächsten Jahren größere Kämpfe zu erwarten seien, da heisse es, sich zu rüsten und zu wappnen. Bei einer Vereinigung könnte man die Kämpfe ganz anders führen, als wenn der Verband allein dastände. Für die Agitation werde die Verschmelzung außerordentlich günstig sein. Die Bezirke würden kleiner, die Agitationsmöglichkeit viel größer.

Der Redner kam dann zur Besprechung des Statutenentwurfes. Den Vätern des Entwurfes sei es nicht leicht geworden, diesen fertig zu stellen. Ganz ungeheure Schwierigkeiten hätten sich bei der Beratung gezeigt. Die Kommission habe mit den verschiedenen Einrichtungen in den drei Verbänden rechnen müssen. Alle Verbände hätten das Bestreben gehabt, das zu halten, was sie bisher haben. Bei Erörterung der Vorlage in den Mitgliederkreisen habe man an dieser kein gutes Haar gelassen. Die Kollegen hätten dabei die Schwierigkeiten verkannt, die zu überwinden waren. Am meisten sei gegen die hohen Beiträge opponiert worden, da milde aber gesagt werden, was die Töpfer bezahlen können, das muß auch den Glasarbeitern möglich sein. Dann sei der Vorwurf gemacht, der Entwurf biete den Mitgliedern zu wenig. Der Referent weist ziffermäßig nach, daß im vorgelegten Statut den Mitgliedern weit mehr an Unterstützungen gewährt wird wie im Glasarbeiterverband. Ein weiterer Einwand der Mitglieder sei, man verleihe die Demokratie, wenn dem Vorstand das Recht gegeben werde, event. einen Streik abzubrechen, wie es der Entwurf vorsehe. Die betreffende Bestimmung sei jedoch keine Verletzung der Demokratie. Die Mitglieder sollten wohl bestimmen, aber dies Recht könne nicht so weit gehen, daß vielleicht 50-100 Mann über das Schicksal von 10 000 bestimmen. Das sei das Gegenteil von Demokratie. Lediglich von dem Grundsatze aus, daß, wenn eine Weiterführung eines Kampfes für die Gesamtorganisation schädlich ist, soll der Hauptvorstand von seinem Rechte Gebrauch machen und den Streik event. aufheben können. Das sei keine Diktatur, sondern die Wahrung der Interessen der Gesamtorganisation. Die Weglassung der Institution des Ausschusses habe viel Staub aufgewirbelt. Redner ist der Ansicht, daß daran die Verschmelzung nicht scheitern wird. In der Kommission sei in dieser Frage keine Einigung erzielt worden. Die Töpfer hätten bisher keinen Ausschuss, die Porzellanarbeiter nur eine Beschwerdekommission. Die größte Zahl der vorliegenden Anträge könnte nicht akzeptiert werden. Es werde nicht möglich sein, an dem, was die Kommission vorgeschlagen, eine große Umwälzung vorzunehmen. Schaffe man das Werk nach dem Vorschlage der Kommission, dann habe man für die Mitglieder etwas Großes und Gutes geleistet. (Beifall.)

Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Fast alle Redner wandten sich gegen das Statut in der vorgeschlagenen Form. In der Hauptsache sind es folgende drei Punkte, die von den Delegierten beklagt wurden: die erhöhten Beiträge (die Erhöhung beträgt in der höchsten Klasse 40 Pf.), die hohe Krankenunterstützung und die Nichteinsetzung eines Ausschusses. Ein Berliner Delegierter meinte, die Verschmelzung sei keine Erprobungsfrage für den Verband. Sie hätten sehr wenig Berührungspunkte

mit den Töpfern. Die Mitgliedschaft Berlin ließe der Verschmelzung sehr skeptisch gegenüber. Die Beitragsverhöhung sei zu hoch. Verbandsvorsitzender Girbig-Berlin betonte, bei der Krankenunterstützung hätte man den Porzellanern KonzeSSIONen machen müssen. Auch die Glasarbeiter könnten den festgesetzten Beitrag bezahlen. — Der Vertreter der Generalkommission, Gen. U. M. Breit, trat ebenfalls für die Verschmelzung ein. Er hofft, daß ein Weg gefunden wird, der zum Ziele führt. Die Debatte wurde dann vertagt.

## Außerordentliche Generalversammlung der Porzellanarbeiter.

Leipzig, den 30. Juni.

An der Generalversammlung nehmen 50 Delegierte, darunter 10 Frauen, 4 Vorstandsmitglieder, 4 Gauleiter und Vertreter der Redaktion, der Redaktionen und der Beschwerdekommision teil. Die Porzellanarbeiter Österreichs vertritt deren Vorsitzender P. Palme.

Ueber die

#### Verschmelzungsfrage

referierte Verbandsvorsitzender Wollmann-Charlottenburg, der einig die Bedeutung der Verschmelzung, die Vorteile für die drei Verbände hervorhob und dann die Gründe der Verschmelzungsgegner widerlegte. Man wolle sich verschmelzen, nicht um die Unterstützungsvereine weiter auszubauen, sondern um die Organisationen kampffähiger zu machen. Es sei daher notwendig, alle Anträge, die auf eine Erhöhung der Unterstützungen hinzielen, abzulehnen. Die Streikunterstützung sei etwas herausgehoben worden. Zum Schluß betonte Redner, zusammenkommen müsse man, wenn man nicht die beste Gelegenheit, den Mitgliedern zu helfen, verpassen wolle. Komme die Verschmelzung jetzt nicht, dann wohl nimmer.

In der

#### Generaldebatte

sprachen zahlreiche Redner für den Verschmelzungsgehalt, wie er in der Vorlage Ausdruck gegeben wurde. Es wurden jedoch eine Reihe Abänderungsvorschläge gemacht. Einen weiten Raum in der Diskussion nahm die Frage bezüglich der Ofenseher ein. Bezweifelt wurde, daß bei den vorgesehene Sätzen für die Ofenseher noch Mittel für den Kampf übrigbleiben. Die Ofenseher hätten 83 Proz. der Gesamtunterstützung bei Arbeitslosigkeit gebraucht. Da sei zu befürchten, daß sie auch ein Übergewicht für die neue Organisation werden. Das beste wäre, wenn die Ofenseher sich dem Bauarbeiterverbande anschließen würden. Traglich sei auch, ob die Glasarbeiter geneigt wären, den 1-M. Beitrag zu zahlen.

Von diesen Rednern wurde zum Teil sehr scharf die Art der Agitation der Fabrikarbeiter gegenüber dem Porzellanarbeiterverband kritisiert. — Der Vertreter der Generalkommission bedauerte die scharfen Angriffe auf die Fabrikarbeiter. Der Zusammenschluß der drei Verbände sei aus strategischen Gründen notwendig. Hinter dem großen Gesichtspunkte, bei Kämpfen leistungsfähiger zu sein, müßten alle feintlichen Fragen, wie die Ausgestaltung der Unterstützungen, zurücktreten. Die Verhandlungen wurden vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Ungunst der allgemeinen Lage des deutschen Arbeitsmarktes findet ihre Erklärung hauptsächlich in der schlechten Baukonjunktur. Vom Arbeitsmarkt der verschiedenen Gruppen der Bauarbeit greift die Depression natürlich auch auf den Arbeitsmarkt zahlreicher anderer Gewerbe über. Besonders stark werden die Klempner, des Schlossers, Holz- und Malergewerbe, die Gärtner, Baufachindustrie, verschiedene Zweige des Transportgewerbes und vor allem der Arbeitsmarkt der ungelerten Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauaison 1918 hat anscheinend zunächst noch schlechter eingeleitet wie die vorjährige, obwohl nicht zu leugnen ist, daß sich hier und da Anzeichen einer leichten Besserung den kommenden Monaten bemerkbar machen. In den Monaten April und Mai der Jahre 1908 bis 1918 kamen auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter durchschnittlich Arbeitssuchende:

Jahr	April	Mai	Jahr	April	Mai
1906	118,2	108,97	1910	146,8	182,9
1907	110,28	108,67	1911	128,9	118,8
1908	159,9	151,0	1912	144,4	148,8
1909	126,4	112,2	1918	198,2	213,3

Demnach ist die Situation im laufenden Jahre weit ungünstiger als in den Jahren 1908, 1910 und 1912, die sich ebenfalls durch eine starke Belastung des Arbeitsmarktes auszeichnen. Die Betrachtung des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Landesstellen lehrt, daß es in der Hauptsache der spekulative Wohnungsbau in den Städten ist, der völlig daniederliegt. In mehreren vorwiegend ländlichen Bezirken sowie auch in einigen Industriezentren wird noch ziemlich flott gebaut. Hier bestimmt eben hauptsächlich der Bedarf des Baukonjunktur, während am städtischen Baunarkt neben der Lage des Wohnungsmarktes vor allem die Geldmarktverhältnisse von großem Einfluß sind.

Krupp und der Krieg. Die Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Kuhr und Oberhausen gibt jetzt den zweiten Teil ihres Jahresberichtes heraus und widmet darin wie gewöhnlich der Firma Friedr. Krupp A.-G. in Essen einen besonders weiten Platz. Nach den Begebenheiten der letzten Monate sind aus dem Kruppbericht der Handelskammer speziell die Angaben von Interesse, die sich auf die Beteiligung der Gesellschaft an Krieg und Rüstung beziehen. So sprachlich diese Angaben sind, so geben sie doch ein Bild, in welchem Maße das Unternehmen daran interessiert ist, daß das Maß nicht einschläft. Unter den hauptsächlichsten Erzeugnissen der Kuppfabrik in Essen werden in dem Berichte genannt: Geschütze, Geschosse mit Händern und Hündungen, Gemeinläufe, Panzer in Form von gewalzten Platten oder in Stahlguß, gehärtet und ungehärtet, sowie in Blechen für alle geschützten Teile der Kriegsschiffe, für Panzerstabschilde und für Panzer und Rüstwerke. Ueber die Schießversuche auf den Schießplätzen der Gesellschaft, die der Prüfung der abzunehmenden Geschütze und Gewehre dienen, findet man in dem Bericht folgende Ausführungen: „Auf dem Schießplatz bei Weppen, der eine Ausdehnung von 25 Kilometer Länge und 4 Kilometer Breite hat, wurden im Jahre 1912 1870 Schießversuche durchgeführt. Hierzu wurden auf 267 verschiedenen Geschützen 6010 Schuß abgegeben und 141 000 Kilogramm rauchschwaches Pulver sowie 754 000 Kilogramm Geschossmaterial verbraucht. Das beschossene Panzerplattenmaterial repräsentierte ein Gesamtgewicht von 847 000 Kilogramm. Auf dem Schießplatz in der Gussstahlfabrik selbst wurden im Jahre 1912 14 580 Schuß teils zu Versuchszwecken, teils zum Anschließen abnahmebereiter Geschütze abgegeben und dazu rund 20 000 Kilogramm Pulver und 170 000 Kilogramm Geschossmaterial verbraucht. Auf dem Schießplatz Tangerhütte, der 11 Kilometer lang ist, eine Breite bis zu 2,5 Kilometer hat, wurden im Jahre 1912 556 Schießversuche durchgeführt. Hierzu wurden aus 108 verschiedenen Geschützen 11 650 Schuß abgegeben und 8050 Kilogramm rauchloses Pulver sowie 183 000 Kilogramm Geschossmaterial verbraucht. Ferner wurden 12 600 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren für wissenschaftlich-technische Untersuchungen versetzt. Auf den drei Schießplätzen zusammen wurden also im Jahre 1912 rund 35 000 Schuß aus 4375 Geschützen abgegeben und dazu etwa 169 670 Kilogramm Pulver und etwa 1 077 000 Kilogramm Geschossmaterial verbraucht.“

## Soziales.

„Mit den Augen totgeschlagen.“

Vor dem Verwaltungsgericht lagte gestern ein Fensterputzer gegen das „Allg.-Bau-Reinigungsinstitut“ auf Auszahlung von 6 R.,

1,50 R., verlangte er als toristisch festgesetzten Zuschlag für 3 Stunden gefährlicher Arbeit. Die Vellage wollte das Buben eines drei Stockwer über dem Erdboden befindlichen Glasdach, unter welchem kein Schuttnge angebracht war, nicht als gefährliche Arbeit ansehen. 4,50 R. ferner beanspruchte der Kläger als Entschädigung für einen Tag. Die Firma habe vom Arbeitsnachweis eine bestimmte Anzahl Leute verlangt. Unter diesen habe er sich befinden, er sei jedoch zurückgewiesen worden. Dadurch sei ihm der Arbeitstag verloren gegangen. Hiergegen wendete der Geschäftsführer der Vellage ein, der Kläger habe „gemurrt“, als einem andern „nabegleitet“ wurde, die Wuthe vom Kopf zu nehmen. Auf einen daraufhin erfolgten Verweis habe sich der Kläger berufen, genommen, daß er ihn, den Geschäftsführer, „fast mit den Augen totgeschlagen“ hätte!

Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten 6 R. an den Fensterputzer mit den totschlagenden Augen.

### Eine Saule gegen Kostandsaktionen.

Am Montag hat in Hannover auf dem 2. Niedersächsischen Mittelstandstag der Bürgermeister des freundlichen Koffen (Königreich Sachsen) Dr. Ueberle zornig gegen die Pflicht der Städte, Kostandsaktionen vorzunehmen, gewendet. Unter reichlichem Schwenken des roten Zapfens besprach dieser Vorsitzende des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes gelegentlich seines Referats über Stadtkonkurrenz die sogenannten Kostandsaktionen. Hierbei führte er aus: Wir lebten heute in einer Zeit, in der es Mode sei, sich zu hüten und zu beugen vor der Arbeiterschaft. Diese Zeit habe vielen Kommunalverwaltungen Veranlassung gegeben, große Verkäufe von Fleisch, Kartoffeln, Kohlen, Fischen und dergleichen zu arrangieren, nicht weil sie sich von solchen Maßnahmen Hilfe versprächen, sondern weil es einmal so modern sei! (Stürmischer Beifall.) Im allgemeinen hätten diese Kommunalverwaltungen keine Erfolge gehabt und vielfach nicht einmal Dank geerntet. In Chemnitz hätten die Arbeiter die Abnahme der städtischen Kartoffeln verweigert, weil sie ihnen zu schlecht waren. Die Stadt Chemnitz habe dann noch viel Ärger mit ihren Kartoffeln gehabt, wenn sie diese auch zum Teil billig an die Beamten verkaufen konnte, die ja immer zur Stelle wären, wenn es etwas zu ramschen gäbe! (Donnernder Beifall.) Solche gefährlichen Experimente stellen ein unnötiges Eingreifen der Gemeindegewalt dar, das geeignet sei, die gegenwärtigen Aufwindungsprozesse noch zu beschleunigen. Diese Stadtkonkurrenz — Schwächerereicherungen der kommunalen Verwaltungen — lieferten mit ihren Kostandsaktionen nur den Beweis, daß ihnen der männliche Mut fehle, der Dummheit entgegenzutreten! (Neuerer donnernder Beifall.) Gegenüber dem Drude von unten fehle es an dem nötigen Gegendruck! (Stürmischer Beifall.) Zur Ausübung dieses Gegendruckes erwache für das nationale Bürgertum, dem gesamten Mittelstand die Pflicht, die Reihen zu schließen, der Erfolg werde dann nicht ausbleiben. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Krimes Koffen, das einen Mann mit so tiefwurzelndem Unverständnis für soziale Erscheinungen und Pflichten zu seinem Bürgermeister erkürt hat!

### Befohlene Urteile.

Dieser Tage waren elliache Macher von gelben Vereinen und die respektiven Werkverträter in Augsburg zusammen, um Anordnungen zu treffen. Man nennt solche Zusammenkünfte „Verträttertag“. Bei dieser Gelegenheit beschäftigte man sich auch mit der Frage der Beitragserhebung zu den gelben Mithvereinen. Das Gewerbegericht in Oberschöneweide und in Berlin hat den Abzug der Beiträge vom Lohn dem Gesetz entsprechend für unstatthaft erklärt. Das verursacht den Werkherren einige Schmerzen. Ein Beamter des Kruppischen Direktoriats, als Arbeitervertreter anwesend, beschuldigte das Berliner Gewerbegericht, nicht aus rein objektiven Gründen sein Urteil gefällt zu haben. Das Gericht behaupte zum großen Teil aus Sozialdemokraten, und die ließen sich von ihrer Abneigung gegen die Gewerbevereine beeinflussen. Dafür fand man Trost in der Versicherung, daß die Gewerbegerichte im Machtbereich der Großindustrie anders entscheiden würden. Erklärte doch Herr Halbach, so der Name des angeblichen Arbeitervertreter: die Gewerbegerichte in unserer Gegend werden sich auf den Standpunkt stellen, daß die Werkvereine eine Wohlfahrtsinstitution im Sinne des § 117 seien. Das heißt mit anderen Worten, die Gewerbegerichte werden den Abzug der unfreiwilligen Beiträge für eine unfreiwillige Mitgliedschaft als berechtigt erklären.

Bemerkenswert ist die Bestimmtheit, mit der Herr Halbach, der Werkverträter, mitteilen konnte, wie die Gewerbegerichte innerhalb des großindustriellen Machtbereiches urteilen würden. Kann man da von objektiven Urteilen, kann man da von einem selbständigen, von keiner Herrschaft, von keinen Einfüssen bestimmten Bericht sprechen? Allerdings, der Werkherren hat in dieser Beziehung gut vorzusaufen. Er weiß, wen er in die Gewerbegerichte schickt. Und sie legten schon Proben ihrer Zuverlässigkeit ab. Während eine Reihe nicht der Despotie des Großkapitals, nicht der Willkür der Industriemagnaten unterstehenden Gerichte den Abzug von Beiträgen für eine unfreiwillige Mitgliedschaft zu einer Kaffe, die den Mitgliedern gar keine fest umschriebenen, unangreifbaren Rechte einräumt — Verrentionskassen — als wider die guten Sitten verstoßend erklärten, sprechen Gewerbe- und andere Gerichte in den Domänen der Großindustrie dieser das Recht zu, die Beiträge für die Zwangskassen vom Lohn abzuziehen. Da zeigt sich der unheilvolle, alles nach Profitinteressen mohlende Einfluß des Kapitals als unfözialer Faktor. Findet sich dann ein Gericht, das den kapitalistischen Spuren nicht folgt, dann wird es als parteiisch verdächtigt.

Schließlich wurde beschlossen, sämtliche Urteile in der Frage der Beitragserhebung für die gelben Vereine zu sammeln und von einem sachverständigen Juristen prüfen zu lassen. Soll das ein Jurist vom Scholge der Professoren Ehrenberg oder Bernhardt sein? Jeder objektive Beurteiler wird den Abzug für die gelben Kassen für einen geschwidrigen, gegen Recht und gute Sitten verstoßenden anerkennen.

### Frauen-Leseabende.

Rebendorf (Wannseebahn). Der zum Mittwoch, den 2. d. M., angelegte Frauen-Leseabend kann umhüllender nicht stattfinden; derselbe findet aber bestimmt am Freitag, den 4. d. M., in demselben Lokal mit angelegtem Thema statt.

### Eingegangene Druckschriften.

„Mahlblätter“ Nr. 12. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18.  
Säule und Jugendkultur. Von G. Bonelen. 3 R., geb. 4 R. — Die Gartenkultur des 20. Jahrhunderts. Von L. Rigge. 5 R., geb. 6,50 R. E. Dieberichs, Jena.  
Weine fünf Klosterjähre. Von O. Siemcr. 204 S. K. Janssen, Danaburg.  
Therapie, nicht Orakel. Entgegnung auf „Moderne Behandlungen“ von A. Gersten. 127 S. und Anhang. K. Müller, Charlottenburg, Preißstr. 27/28.  
Agned Reukeld John. Roman von J. Hollander. Kronen-Verlag, Berlin SW 68. 1 R.  
Verhandlungen des zweiten deutschen Soziologentages 1912. (Schriften d. D. Gesellsch. f. Soziologie.) 4,40 R., geb. 6 R. J. E. D. Mohr, Leipzig.  
Deutscher Glaube, deutsches Vaterland, deutsche Bildung. Von B. de Lagarde. 219 S. E. Dieberichs, Jena.  
Hermann Bah. Von G. Handl. 2,50 R., geb. 3,50 R. — Das Hermann-Bahr-Buch. 1911. 21 Abbildungen. 1 R., geb. 1,50 R. E. Fischer, Berlin, Palowstr. 90.  
Garrö Tiedack. Eine einjährige Geschichte von J. J. J. J. 50 R. Deutschlands Eroplote II des J. D. G. L. Hamburg 30.







### Die Geheimnisse einer Erziehungsanstalt.

In Niddling in Schleswig-Holstein liegt eine große Erziehungsanstalt, in welcher in Fürsorge gemacht wird. Diese Anstalt gehört der Gesellschaft für innere Mission für die Provinz Schleswig-Holstein. 400 bis 500 Zöglinge sind in den verschiedenen Häusern untergebracht. Wenn man die mit Bildern ausgestatteten Jahresberichte der Anstalt liest, möchte man glauben, die Zöglinge hätten es in Niddling wie im Himmel. Jede Seite des Berichts triefte von frommen Redensarten; immer ist vom lieben Gott zu lesen, wie er seine Hand über das Anstaltsleben und die Anstaltsarbeit breitet. Aber die Praxis ist sehr, sehr viel anders als in den Berichten geschildert. Das Burtschenheim und die Falkenburg sind die Aufenthaltsorte, in denen sich die sogenannte Erziehung abspielt. Die Falkenburg, die von den Zöglingen kurz „Die Burg“ genannt wird, ist ein von den Jungen gerabogt gefürchteter Aufenthalt. Die Räumlichkeiten, in denen die Zöglinge sich aufhalten genötigt sind, sind von Zuchtzäunen in keiner Weise verschieden. Die Fenster sind, wie im Zuchthaus, an der Decke angebracht. Wer ins Freie sehen will, muß erst auf einen Stuhl steigen, was aber verboten ist. Die Arrestzellen sind kleine Löcher, in denen nur ein Quadratmeter Bewegungsfeld vorhanden ist. Hier werden junge Leute tagelang eingesperrt und ohne jede Arbeit gelassen. Diese Tatsache allein zeigt die Unfähigkeit der Erzieher in Niddling. Die Sauberkeit läßt außerordentlich zu wünschen übrig. Der Wäschebestand für die gesamte Anstalt, der außer dem einmaligen Bettbezug vorhanden ist, ist nicht der Rede wert.

Die Behandlung der Zöglinge läßt alles zu wünschen übrig, besonders in der Falkenburg. Die 17, 18, 19 und 20 Jahre alten Zöglinge werden an Unternehmern zu Chauffeursbauten und Wegarbeiten vermietet, wie das die Gefängnisverwaltung mit den Gefängnisinsassen tun. Die Fußbekleidung der jungen Leute besteht aus groben, harten Holzschuhen, die beim Laufen die Füße wund reiben. Bei einer kürzlich von der Berliner Wanderversandung vorgenommenen Revision wurde festgestellt, daß sämtliche Zöglinge mehr oder minder große Karben und offene Wunden an den Füßen hatten. Eine ärztliche Behandlung der in dieser unerhörten Weise gequälten Kinder hat nicht stattgefunden. Diese Behandlung der Zöglinge ist schlimmer wie im Arbeitshaus und im Gefängnis. Von einer Erzieherfähigkeit keine Spur. Von Unterhaltung der jungen Leute in der Freizeit ist nichts zu spüren, vielmehr besteht hier das kaum glaubliche Sprechverbot. In letzter Zeit ist es dahin eingeschränkt, daß bei den Essenspausen gesprochen werden darf. Und dann das sogenannte Erzieherpersonal! Wohl bestehen hierüber bestimmte ministerielle Vorschriften, nach denen unter den Erziehungsbeamten auch Pädagogen sein sollen, aber in der Praxis sieht es damit schlimm aus. Anstatt Erzieher sind Arbeitsaufseher vorhanden, die ihre vornehmste Aufgabe in den Antreiben der Jungen zur Arbeit erblicken und die ihnen anvertrauten Zöglinge knuffen und puffen, daß es so eine Art ist. Gewiß sollen sie das nicht, aber sie tun es, weil sie meinen, das sei erzieherisch. Ein Wunder sei es nicht, wenn die Anstalt kein besseres Erziehermaterial hat. Diese Anstalten müssen rechnen, wie jeder Kapitalist rechnen muß, da scheiden alle frommen Redensarten aus. Und da ergibt sich, daß die sogenannten Erzieher in der miserabelsten Weise bezahlet werden. Fürsorgezöglinge, die in jener Gegend an Bauern vermietet werden, bekommen teilweise mehr Lohn als so ein Erziehergehilfe in der Erziehungsanstalt Niddling. Die Stadt Berlin hat nach Niddling 40 bis 50 Zöglinge hingegeben. In der letzten Sitzung der Wanderversandung, in der zum Teil die vorstehenden Angaben durch die erhaltenen Revisionsberichte bestätigt wurden, wurde die sofortige Fortnahme der Kinder verlangt. Es müßte festgestellt werden, daß bei einer Fortnahme keine Möglichkeit bestünde, die schwer erziehbaren Elemente anderweitig unterzubringen. Man sei bemüht, in Struveshof eine Anstalt zu bauen, in der die schwer erziehbaren Unterkommen finden sollen, bis dahin muß versucht werden, die größten Niddlinge in Niddling abzugeben. Das sei auch versprochen.

Unserer Ansicht nach ist Niddling keine Erziehungsanstalt. In ihr herrscht der Geist Breitbaupfens, der durch niederträchtige Behandlung und Beschäftigung den Willen brechen wollte. Die salbungsvollen Redensarten der frommen Brüder passen nicht zu der tatsächlichen Behandlung der Fürsorgezöglinge. Die Zöglinge, welche die frommen Reden vom lieben Gott hören und die geschilderte Behandlung erdulden müssen, müssen zur größten Heuchelei erzogen werden. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß solche Zustände der Regierung, die doch auch die Anstalt revidiert, verborgen bleiben konnten. Die heutige Art der Revision ist auch nicht geeignet, immer die Wahrheit über die Zustände in den Anstalten zu ermitteln; aber das, was wir schon mitgeteilt haben, beweist, daß in den Fürsorgeanstalten nicht erzogen wird, sondern daß die Zöglinge nur aufbewahrt und körperlich und geistig geiztet und geduldet werden.

### Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Berlin

werden, wie schon gemeldet wurde, am 9. November stattfinden. Mit den Arbeiten zu ihrer Vorbereitung, vor allem mit der Aufstellung der Wählerlisten, ist das Wahlbureau des Magistrats beschäftigt. Die Wählerlisten werden von Mitte Juli bis gegen Ende Juli ausliegen, damit sie von den Wahlberechtigten geprüft werden können.

An den Stadtverordnetenwahlen nimmt alle zwei Jahre ein Drittel aller Wahlbezirke teil, 16 Bezirke in jeder Wählerklasse. In Berlin hat, weil hier die Zugehörigkeit zu den Gemeindevählern der 2. Klasse schon einen sehr ansehnlichen Steuerbetrag voraussetzt, die minderbemittelte Bevölkerung ein Interesse nur an der 3. Klasse. Von allen 48 Bezirken der 3. Klasse sind bereits 43 im Besitz der Sozialdemokratie, und nur 5 hat der Freisinn bisher noch behalten. An den 16 Bezirken der 2. Klasse, die diesmal mitwählen, sind beteiligt die Freisinnigen mit 8 Bezirken, die Sozialdemokratie mit 13 Bezirken.

Wir geben hier den Umfang dieser 16 Wahlbezirke an, wie er durch die vor zwei Jahren in Kraft getretene Neueinteilung festgelegt worden ist. Von den bereits der Sozialdemokratie gehörenden Wahlbezirken haben diesmal die folgenden 13 zu wählen: Wahlbezirk 7 (Stadtbezirke 66A, B, 70—75B), Wahlbezirk 8 (Stadtbezirke 76A—78C), Wahlbezirk 9 (Stadtbezirke 79—81, 84—92), Wahlbezirk 16 (Stadtbezirke 164—166, 168—176A),

Wahlbezirk 22 (Stadtbezirke 153, 155—161, 189A, B, E), Wahlbezirk 27 (Stadtbezirke 223, 224, 227—236), Wahlbezirk 29 (Stadtbezirke 242A, C, 247A—E), Wahlbezirk 31 (Stadtbezirke 248A—F), Wahlbezirk 32 (Stadtbezirke 246 C, 250 A—E), Wahlbezirk 33 (Stadtbezirke 254 A, C, D, E, 321 A, B), Wahlbezirk 37 (Stadtbezirke 273, 275, 300—304), Wahlbezirk 41 (Stadtbezirke 293 B, D, 295—299), Wahlbezirk 44 (Stadtbezirke 320 B, 322, 323 A—324).

Von den noch im Besitz des Freisinn verbliebenen Wahlbezirken wählen diesmal die folgenden 3 mit:

Wahlbezirk 23 (Stadtbezirke 202—209, 218—222, 225, 226), Wahlbezirk 30 (Stadtbezirke 246 A, B, D, 249 A, B, C, D), Wahlbezirk 38 (Stadtbezirke 279—287 C).

Die 16 beteiligten Wahlbezirke gehören zu den folgenden Reichstagswahlkreisen: Wahlbezirke 7 und 8 zu dem Kreis II, Wahlbezirk 9 zu den Kreisen III und IV, Wahlbezirk 16 und 22 zu dem Kreis IV, Wahlbezirk 26 zu den Kreisen V und VI, Wahlbezirke 27, 29, 30, 31, 32, 33, 37 zu dem Kreis VI, Wahlbezirk 38 zu den Kreisen I, V, VI, Wahlbezirke 41 und 44 zu dem Kreis VI. (Außerdem gehören einige Grundstücke der Wahlbezirke 30 und 44 zu dem Reichstagswahlkreis „Niederbarnim“, einige des Wahlbezirks 38 zu dem Reichstagswahlkreis „Teltow“.)

Die bisherigen Vertreter der 16 Wahlbezirke sind (die Nummer des Wahlbezirks in Klammern): unsere Genossen Vornstein (7), Schulz (8), Böhm (9), Wasner (16), Bengels (22), Wehl (27), Fischer (29), Zubeil (31), Pfannkuch (32), Leid (33), Liebknecht (37), Glöck (41), Warm (44), die Freisinnigen Alt (26), Kollakowsky (30), Vitterhof (38). Vitterhof ist verstorben.

Bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen gilt es, nicht nur unseren Besitzstand zu behaupten. Der Preis des Kampfes ist der, auch noch aus jenen drei Bezirken den Freisinn hinauszuwerfen.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Sechster Wahlkreis.

Die Genossinnen der 14. Abteilung machen heute, Mittwochnachmittag einen Ausflug nach Biesengrund am Spandauer Schiffsjahrsfest, Inh. Karl Weise. Gäste sind willkommen.

Weiter teilen wir mit, daß das Gerücht, der Genosse Gastwirt J. Sachs, Zinnower Straße, habe bei der Landtagswahl nicht gewählt, nicht den Tatsachen entspricht. Es ist festgestellt, daß derselbe seine Stimme für unsere Wahlmänner abgegeben hat.

Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde endigt heute abend bereits um 7 Uhr.

#### Der Rückgang der Bevölkerungszahl Berlins

war in diesem Jahre sogar im April sehr beträchtlich gewesen. Die Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes liegen jetzt auch aus dem Mai vor und ergeben für diesen Monat eine Fortdauer des Rückganges. Nachdem die Bevölkerungszahl bis 1. Mai auf 2 078 842 gesunken war, sank sie bis zum 1. Juni weiter auf 2 076 602. Der Mai hat eine Minderung um 2240 gebracht, im vorigen Jahre dagegen hatte derselbe Monat noch mit einem kleinen Zuwachs von 358 abgeschlossen.

Die Bevölkerungszahl stand Anfang Juni 1913 um 2626 unter derjenigen von Anfang Juni 1912, die noch 2 079 428 war. Für den zwölfmonatigen Zeitraum vom 1. Juni 1912 bis zum 1. Juni 1913 ergeben sich folgende Schwankungen der Bevölkerungszahl: vom 1. Juni 1912 mit 2 079 428 ein Rückgang bis zum 1. August mit 2 076 870, dann eine Aufwärtsbewegung bis zum 1. März 1913 mit 2 099 282, darauf wieder ein Rückgang bis zum 1. Juni mit 2 076 602. In dem Frühjahrsquartal März, April, Mai verringerte sich in 1913 die Bevölkerungszahl um 22 090, während sie 1912 in demselben Zeitraum sich nur um 11 544 verringert hatte.

Das Frühjahr 1913 brachte weniger Zugänge und Abgänge mehr Wegzüge als das Frühjahr 1912, das erklärt die auffällige Höhe des Bevölkerungsrückganges für 1913. Nach den eingegangenen Meldungen der Zu- und Wegzüge (nebst üblichem Zuschlag für unterbliebene Wegzugmeldungen) sind in Rechnung zu stellen für das Quartal März, April, Mai in diesem Jahr 88 188 Zugewogene und 113 776 Weggezogene, also ein Wegzugsüberschuß von 25 588, dagegen im vorigen Jahre noch 93 721 Zugewogene und 107 853 Weggezogene, ein Wegzugsüberschuß von nur 14 132.

Der Geburtenüberschuß war in 1913 günstiger als in 1912, weil diesmal, wenn auch die Geburten keine Mehrung hatten, die Sterbefälle sich minderten. Für das Frühjahrsquartal März, April, Mai stellte sich der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle in 1913 auf 2908, in 1912 nur auf 2588. Gegenüber den bedeutenden Wegzugsüberschüssen konnten freilich diese mäßigen Geburtenüberschüsse nicht ins Gewicht fallen.

#### Die Höhe der Grabhügel.

Auf den kirchlichen wie den städtischen Friedhöfen befinden sich über den Gräbern Hügel von einer recht stattlichen Höhe. Das Berliner Publikum hat sich an diese hohen Hügel gewöhnt als etwas Selbstverständliches; aber irgendwelchen Schwereitsinn verraten die 1/2 Meter hohen Erdbäufen wirklich nicht. Aus diesem Grunde hatte das Kuratorium für das städtische Bestattungswesen vor längerer Zeit beschlossen, bei Aufmachung einer neuen Abteilung auf dem Friedhofe in Friedrichsfelde nur noch Hügel in Höhe von 34 Zentimetern herrichten zu lassen. Diese Maßnahme scheint von bestimmten Interessenten nicht richtig verstanden worden zu sein, und es haben eine Anzahl Personen Beschwerde hierüber bei dem genannten Kuratorium geführt. Diesen Beschwerden konnte aber eine Folge nicht gegeben werden. Denn auch jetzt noch sind die Hügel erheblich hoch. Es scheint in weiten Kreisen gänzlich unbekannt zu sein, daß auf einer ganzen Reihe von Friedhöfen so gut wie gar keine Hügel vorhanden sind, sondern nur kleine weilige Erhöhungen. Und diese Friedhöfe gehören zu den schönsten, die vorhanden sind. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß das städtische Bestattungskuratorium die Absicht hat, bei Einrichtung des neuen städtischen Friedhofes in Buch alle Wünsche zu erfüllen. Es werden dort Abteilungen angelegt werden, in denen nur Hügel errichtet werden, andere Abteilungen werden ohne Hügel eingerichtet. In der einen Abteilung sollen nur liegende Denkmäler aufgestellt werden, während in anderen Abteilungen nur stehende Denkmäler zur Aufstellung gelangen sollen. Das Publikum kann die Abteilung wählen, muß sich aber an die für bestimmte Abteilungen festgelegten Grundzüge halten. Es wird also bei einem gewissen Zwang die größtmögliche Freiheit herrschen, um dem Friedhofe ein schönes abwechslungsreiches Bild zu geben. Durch Aufstellung bestimmter Denkmaletypen, wie das jetzt auch schon in Friedrichsfelde von der Verwaltung versucht wird, der Sinn für Schönheit geweckt und gefördert werden, denn die heute zum Teil zur Aufstellung kommenden

Denkmäler beleidigen vielfach das Auge, sind direkt häßlich. Wir glauben, daß die hier kurz dargelegten Gründe des Bestattungskuratoriums nur gebilligt werden können.

#### Wann dürfen Polizeihunde verwendet werden?

Polizei- und Gendarmierhunde haben eine derartige Verbreitung gefunden, daß jetzt deren „Zuständigkeit“ eine besondere Regelung notwendig gemacht hat. So waren Zweifel darüber entstanden, in welchen Fällen die Führer der Gendarmierdiensthunde eine flüchtige Person durch den Hund stellen lassen dürfen. Der Chef der Landgendarmarie hat im Einverständnis des Ministers des Innern Erklärungen zu der Dienstamweisung für den Dienstführer für den Unterricht auf den Gendarmierschulen aufgestellt. Es heißt darin, daß der Führer berechtigt ist, Personen durch den Hund stellen zu lassen, die eine strafbare Handlung begangen haben oder einer solchen dringend verdächtig sind und sich der Feststellung ihrer Persönlichkeit durch die Flucht zu entziehen versuchen. Voraussetzung ist dabei aber, daß ein dringendes öffentliches Interesse oder gegenwärtige Gefahr für Eigentum vorliegt. Auch wenn diese beiden Voraussetzungen zutreffen, muß der Führer vor der Verwendung des Hundes prüfen, ob diese auch durch die Schwere der Straftat gerechtfertigt erscheint. Bedacht soll vor allem eine etwaige Verletzung von Personen oder Sachen werden. Ehe der Hund in Tätigkeit tritt, sind womöglich die fliehenden Personen auf die beabsichtigte Verwendung und auf die Folgen aufmerksam zu machen, die aus der Verwendung des Hundes entstehen können. Zur Verfolgung entsprungener Gefangener darf der Hundesführer seinen Hund unter Beachtung jederzeit verwenden.

Gegen diese Bestimmungen, die ohnehin recht weit gezogen sind, wird recht oft verfahren. Das Loslassen von Polizeihunden auf die jugendlichen Arbeiter im Friedrichshain und auf die Besucher des Treptower Parks, wie wir das kürzlich schilderten, ist mit den ministeriellen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen.

#### Berliner Pfandbriefamt.

Die nach dem Statut alle drei Jahre zusammenzubehufende Generalversammlung des Berliner Pfandbriefinstituts fand unter Vorsitz des Magistratskommissars, Stadtrat Panofsky, am letzten Sonnabend im Berliner Rathaus statt. Außer den Direktionsmitgliedern, Direktor Dr. Winden, Stadträtin Nielenz und Döring, waren ungefähr 90 Delegierte erschienen. Der von Direktor Winden erstattete Bericht über die Zeit seit der letzten Generalversammlung vom Jahre 1909 konstatierte eine Zunahme der bepfandbrieften Grundstücke von 1749 Ende 1908 auf 1981 Ende 1912, sowie das Anwachsen der Beleihungssumme von 234 876 600 M. auf 270 818 400 M. im gleichen Zeitraum. Die Zunahme beschränkte sich ausschließlich auf neue 4prozente Pfandbriefe. Bei 37 Grundstücken ist die Amortisation des Pfandbriefdarlehens oder, wie man jetzt sagt, die „Entschuldung“ zu Ende geführt worden. An den Geschäftsbericht schloß sich eine kurze Diskussion. Der — ebenfalls aus Delegierten der Grundbesitzer gebildete — Ausschuß hatte vorgeschlagen, für die bremsend gewordene und überall erörterte Frage der zweiten Hypothek, insbesondere auch darüber, ob eine neu zu schaffende Einrichtung für zweite Hypotheken an das Pfandbrief-Institut angegliedert werden könne, eine besondere Kommission von der Generalversammlung wählen zu lassen. Die Generalversammlung lehnte aber diesen Antrag ab.

Es folgte die Diskussion über die von der Direktion in Gemeinschaft mit dem Ausschuß gemachten Vorschläge auf Satzungsänderung. Sie enthielten u. a. folgendes: 1. Nach einem aus dem Jahre 1878 stammenden, aber erst vor kurzer Zeit bekanntgegebenen Staatsministerialerkenntnis ist das im Statut als Oberaufsichtsinstitution bezeichnete Ministerium des Innern durch das Landwirtschaftsministerium ersetzt worden. 2. Die fünfjährigen Zinsheine sind durch zehnjährige ersetzt worden, weil die Kalonsteuer diesen Zeitraum voraussetzt. 3. Für Gebäude, die 5 Jahre benutzt sind, können auch 3 jährige und 4 jährige Durchschnittserträge als maßgebend zugrunde gelegt werden. 4. Für Deckung der Zinsheinsteuern soll ein besonderer Fonds angelegt werden. 5. Es sollen Zinsheine mit anderen Zinsterminen als dem 1. Januar und 1. Juli ausgegeben werden können. 6. Es sollen Beleihungen bis zur Höhe des 12 1/2 fachen staatlichen Gebäudesteuerverwertungs Wertes bewilligt werden dürfen; doch ist Einkunftssteuern der Direktion erforderlich, wenn dabei entweder das Zehnfache des durch die Magistrats-Wertkataster festgestellten Jahresdurchschnitts oder der Bauwert (Feuerkasse) überschritten wird. 7. Krediterneuerung, das heißt Abhebung der erparten Beträge soll in der ursprünglichen Höhe zulässig sein, auch wenn bei der neuen Berechnung die Höhe der früheren Beleihung nicht wieder voll erreicht wird.

Gezüglich der beiden wichtigsten unter 6 und 7 erwähnten Neuerungen wurde in der Versammlung ein aus dem Landwirtschaftsministerium an die Direktion gerichteter Schreiben bekanntgegeben; danach scheinen im zuständigen Ministerium Bedenken zu bestehen, diese Änderungen dem Minister zur Genehmigung zu empfehlen. Ungeachtet dieser Mitteilung beschloß die Generalversammlung nach eingehender Erörterung, diese Anträge ebenso wie die anderen Neuerungen anzunehmen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die Staatsbehörde nach nochmaliger Vorstellung der Direktion der beabsichtigten Neuerung die Zustimmung nicht verweigern werde.

Einen schönen Akt der Solidarität begingen gestern die Zeitungsetzer unseres Blattes. Ihr Kollege Lampe konnte am gestrigen Tage auf sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum zurückblicken; seit 19 Jahren ist der Jubilar im Zeitungsbetriebe für den „Vorwärts“ tätig und versieht hier das nervenaufreibende Amt eines Retteurs. Als der jetzt vierundsechzigjährige den Arbeitsraum betrat, überraschten ihn seine Kollegen mit Festgesang. „Das ist der Tag des Herrn!“ Klang es feierlich von den Sesseln her. Dann traten Kollegen der Zeitungsetzerei, der Werksabteilung sowie des gesamten Betriebes an den Jubilar heran und übermittelten ihm mit schlichten Worten die Glückwünsche ihrer Auftraggeber, der treuen kollegialen Kameradschaft und der Anhänglichkeit an die berufliche Organisation besonders gedenkend. Geschäftsleitung und Redaktion schloßen sich den Gratulanten an Kollegenkreisen an. Ein Lied beschloß dann den kurzen, aber recht herzlich solidariätakt. Zur Ehrung des Jubilars findet am Sonntag in Habels Brauereiausgang in der Bergmannstraße eine Feier statt.

Der Kampf um die Mütterkonferenzen dauert fort. Am Montagabend wurden in der Köpenicker Straße in der Philharmonie gegen den „Bundesdirektor“ Magistratssekretär Schmidtke außerordentlich schwere Vorwürfe erhoben, nach welchen dieser vielgewandte Herr in der schlimmsten Weise bloßgestellt wurde. Es wurden ihm insbesondere heikle Transaktionen in Geldangelegenheiten nachgesagt. Wie Herr Schmidtke der „Vossischen Zeitung“ mitteilt, will er jetzt gegen seine Widersacher die Klage einreichen. Eine fast einstimmig angenommene Resolution gipfelte in dem Beschluß, dem königlichen Amtsgericht einen Bericht zu erstatten, wie die neuen Satzungen zustande gekommen sind, und Auslegung der gerichtlichen Eintragung des Vereins bis zur Friedigung des ganzen Standaals zu beantragen.



**Der Gipfel der Diebesfreudigkeit.** Die Restauratorin Stuhlfen Ebeleute, die Ecke Martin-Luther- und Weininger Straße eine Gastwirtschaft betreiben, hatten sich in der Montagnacht gegen 1 Uhr in ihrem nach dem Hof zu gelegenen Schlafzimmer zur Ruhe begeben und das Fenster des Parterrezimmers geöffnet. Die von der Arbeit ermüdeten Gatten schliefen bald ein und bemerkten nicht, daß mehrere Männer durch das Fenster ihr Gemach betreten. Die Diebe stahlen die Portemonnaies und Uhren des Ehepaars, packten wertvolle Wäsche und Garderobenstücke zusammen und statteten dann dem Restaurationslokal einen ausgiebigen Besuch ab, räumten die Ledertische aus und begannen in aller Ruhe zu tafeln. Dann nahmen sie den Türschlüssel, der in dem Weinleib des Restaurateurs gesteckt hatte, schlossen die Tür des Restaurants damit auf und entkamen unbedenkt.

### Gemeinsam in den Tod.

Im Hause der Germaniastraße 93 in Tempelhof wurden gestern früh der Schleifereibesitzer Louis Fischer und seine Ehefrau, eine geborene Vogt, mit Schußwunden in der Schläfe tot aufgefunden. Nach hinterlassenen Briefen hat Fischer im Einverständnis mit seiner Ehefrau erst diese und dann sich selbst getötet. Ueber den Beweggrund hat er keine Angaben gemacht.

### Preßkohlenschwindler

reiben wieder ihr Unwesen. Dieser Tage erschienen bei einer Frau am Stralauer Platz zwischen 11—12 Uhr drei Männer und behaupteten, der abwesende Mann der Frau habe 1000 Preßkohlen bestellt. Obwohl die Frau dies bestritt und abwehrte, brachten die Männer die 1000 Preßkohlen in die Küche und verlangten sofortige Bezahlung; sie solle sich das Geld borgen, meinten die Leute. Die Frau ging dann mit einem von diesen Leuten zu den Schwiegereltern, um Geld zu holen. Diese merkten aber den Schwindel und liehen den Mann festzunehmen. Andere Personen seien hiermit gewarnt.

### Von einer Kraftdrosche überfahren und getötet.

Gestern vormittag gegen 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wollte der 81 Jahre alte Privatier Jakob Heith, Kirchbachstr. 19 wohnhaft gewesen, an der Ecke der Tiergarten- und Wendlerstraße den Fahrweg überschreiten. Als er bereits die Straße betreten hatte, fuhr eine Kraftdrosche die Tiergartenstraße entlang. Erklärte durch das Signal, trat der Greis auf den Bürgersteig zurück. In demselben Augenblicke hatte aber auch der Chauffeur seine Richtung geändert, und nun gefahren, was er vermeiden wollte, der Greis wurde überfahren und gegen einen an der Vordschwelle stehenden Baum gequetscht, so daß er auf der Stelle zusammenbrach. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

**Mutter und Kind überfahren.** Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern morgen gegen 10 Uhr in der Friedenstraße, wobei Mutter und Kind zu Schaden kamen. Eine Frau Peter, die ihr etwa neun Monate altes Kind auf dem Arm trug, trat kurz vor einem herannahenden Motorwagen der Linie 1 auf das Gleis und wurde umgestoßen. Die Frau blieb mit der Kleinen neben dem Wagen liegen und erlitt eine Kopfverletzung. Besser erging es dem Kinde, das nur leichte Hautabschürfungen davontrug. Beide Personen wurden nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Die verschwandenen 10 000 Mark bei der Deutschen Bank beschafften noch immer die Berliner Kriminalpolizei und haben zur vorläufigen Festnahme eines Kassenboten geführt. Die von uns bereits gestern früh berichtet wurde, verschwand auf einem von 17 Kassenboten ausgeführten Geldtransport von der Reichsbank zur Deutschen Bank ein Beutel mit 10 000 Mark. Das Verschwinden konnte man sich um so weniger erklären, als keiner der Boten dem Vergehen sein mußte, das Geld irgendwo zu verstecken. Die Nachforschungen blieben aber bis jetzt erfolglos. Der Kassenbote, bei dem die Summe gefehlt hatte, wurde gestern früh festgenommen und eingehend vernommen. Er blieb aber bei seinen Unschuldsbeteuerungen. Ein Beweis für seine Schuld konnte noch nicht erbracht werden.

Zu erschließen versuchte sich in der vergangenen Nacht im Tiergarten der frühere Straßenbahnwagenführer Franz Saage aus der Köpenicker Straße 190. Der Mann litt schon seit längerer Zeit schwer an Nerven. Dieserhalb konnte er auch seinen Dienst bei der Straßenbahn nicht mehr versehen. Das Leid war in der letzten Zeit besonders schlimm und trieb ihn zu dem Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Er schrieb noch einen Brief an seinen Bruder, daß seine Nervenkrankheit ihn zu dem Schritte getrieben habe und schloß sich dann im Quertweg, in der Nähe des kleinen Sterns im Tiergarten eine Kugel in die Stirn. Schulpfleute, die ihn hier aufgefunden, brachten ihn nach der Charité. Dort liegt er noch besinnungslos daniieder. Man glaubt nicht, daß er mit dem Leben davonkommen wird.

**Ein Opfer des Aberglaubens.** Weil alle Karten gegen ihr waren, hat die 50 Jahre alte Kaufmannsfrau Anna Krahl aus der Tilsiter Straße Selbstmord begangen. Die Frau war in ihrem Leben sehr viel vom Schicksal heimgesucht worden. Bis vor drei Monaten hatte sie mit ihrem Mann im Osten der Stadt eine Gastwirtschaft, die sie aber schließlich mit Verlust aufgeben mußte. Dazu kam noch, daß der Mann schon seit längerer Zeit ein rheumatisches Leiden hatte. Dieses zwang ihn, ein Krankenhaus aufzusuchen. Die Frau richtete sich in der Tilsiter Straße ein Konfektengeschäft ein, das aber auch nicht recht gehen wollte. Nun nun festzustellen, ob es immer so bleiben werde oder ob ihr das Glück noch einmal blühen werde, legte sie sich die Karten. Aber alle Karten waren für sie ungünstig, sie zeigte stets nur „Merger, Rot und Unglück“. In der Nacht zu gestern vergiftete sie sich deshalb mit Lysol. Als der Chemiker nachmittags den Urlaub im Krankenhaus dazu benutzte, seine Frau aufzusuchen, fand er Leiden und Wohnungstür verschlossen. Nichts Gutes ahnend, benachrichtigte er die Polizei, die eine Fensterscheibe zerschmetterte und sich so Eingang in die Wohnung verschaffte. Jetzt fand man die Frau tot in ihrem Bett liegen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

**5000 M. Belohnung.** Von internationalen Eisenbahn Dieben schwer bestohlen wurde ein Kaufmann aus Wilmersdorf. Auf der Reise von Karlsbad nach Berlin wurde diesem die Brieftasche gestohlen, in der sich für ungefähr 10 000 M. bares Geld in französischen, österreichischen und italienischen Scheinen befand. Der Verlorene hat jetzt auf die Wiedererlangung des Geldes eine Belohnung von 50 Proz. der wiedererlangten Summe ausgesetzt. Der Tat dringend verdächtig ist ein junger Mann von 20—25 Jahren, der mit dem Kaufmann auf dem Dresdener Bahnhof in ein Gedränge geriet, das der Spitzhüte wahrscheinlich künstlich in Szene gesetzt hatte. Der vermutliche Dieb machte den Eindruck eines Reisenden, auch Schaupielers.

**Verschmähte Liebe hat die 33 Jahre alte Köchin Wilhelmine Langenbach in den Tod getrieben.** Das Mädchen, das bei einem Fabrikbesitzer in der Corneliusstraße beschäftigt war, nahm sich die Untreue ihres Geliebten so zu Herzen, daß sie in der Verzweiflung Selbstmord beging, indem sie sich mit Kieselzucker vergiftete. Als ihre Herrschaft sie gestern auffand, war sie bereits tot.

**Verloren wurde am Sonntag eine goldene Damenuhr auf dem Wege vom Schleißer Bahnhof bis Friedrichshagen, Waldweg links der Bahn nach Trebbin.** Abzugeben bei Grylewitz, Tilsiter Str. 20, Seitenflügel II.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend.** Getragen von dem Erkenntnis, daß nur in der Größe eine Kraftentwicklung liegt, haben sich die in Neudöhlen domicilierenden Gesang-

vereine „Melodia“ und „Schneeglöckchen“ zu einem großen Chor verschmolzen. Der Chor, dem auch circa 30 Sänger von anderen Vereinen beigetreten sind, führt jetzt den Namen „Neudöhlener Liedertafel“ und tagt jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, bei Barisch, Hermannstr. 49. Stimmbegabte Sänger, sowie Sangesfreude sind jederzeit willkommen.

**Straßensperrungen.** Die Straße Kolbfußes Hof von der Grünauer bis zur Mariannenstraße und die Straße Alexanderplatz von der Brunerstraße bis zur Alexanderstraße und die Brunerstraße vom Alexanderplatz bis zur Alexanderstraße sind wegen Pfasterarbeiten vom 2. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

## Vorort-Nachrichten.

### Neudöhlen.

Der öffentlichen Versammlung wegen, die heute in der „Neuen Welt“ stattfindet und auf die wir unsere Mitglieder noch besonders hinweisen, findet die Versammlung der Jugendfektion erst am Donnerstag, den 8. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Barisch, Hermannstraße 49, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Ludwig über „Die bildende Kunst“, Diskussion und Verschiedenes. Dem Vortrage folgt am kommenden Sonntag eine Besichtigung der Sezession. Der Vortrag ist jedoch so gehalten, daß auch diejenigen, welche an der Besichtigung nicht teilnehmen, etwas profitieren. Wir bitten um zahlreichsten Besuch dieser Versammlung.

### Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden die Mitglieder des Neubautenausschusses von der dritten Abteilung, die Genossen Laube und Müller, wiedergewählt. Der wegen baulicher Veränderung fällig gewordenen Auflassung von Straßenland in der Widmarstraße stimmte die Vertretung zu. Einstimmige Annahme fand die vom Bauauschuß vorgeschlagene Abänderung für einen kurzen Teil der Waldstraße; ebenfalls wurde die Verbreiterung der Adlgergestell-Chaussee zwischen Adlstraße und Teufelskammer beschlossen. Der Bebauungsplan des forstökologischen Geländes zwischen der Rudower Chaussee und dem Teufelskammer lag zur Beschlußfassung vor. Im großen und ganzen waren Monitis nicht zu erheben, doch soll der Gemeindevorstand beim Zweckverband Groß-Berlin dahin wirken, daß die vorgesehene große Grünfläche nicht, wie auf dem Plan vorgegeben, hinten am Industriegebiet, sondern vorn am Bahnhofs, anschließend an das jetzige „Birkenwäldchen“ angelegt wird. Der vorgelegte Plan sieht 48,6 Prozent Freiland vor. Um der Verwaltung der Versuchsanstalt für Luftfahrt zu ermöglichen an der Rudower Chaussee ein Verwaltungsgebäude zu bauen, wurde die Bauabsicht für einen Teil der nördlichen Seite dieser Chaussee festgelegt. Bei dem Antrage, auch in diesem Jahre wieder die Verpachtung des Kirchplatzes auf Kosten der Gemeinde vorzunehmen, wurde von unseren Genossen die Anregung gemacht, auf diesem Platz Ruhebänke aufzustellen. Der Gemeindevorstand soll mit der Kirchengemeinde deshalb in Verhandlungen eintreten. Der Antrag des Bürgermeisters, gegenüber dem Güterbahnhofe zwischen Radische- und Wolltestraße und Adlgergestell einen Bürgerpark anzulegen, stimmte die Vertretung nicht zu. Unsere Genossen stimmten gegen dieses Projekt, da gerade der ungeeignete Platz gewählt worden ist. Die Gesamtkosten dieser Anlage hätten sich auf circa 280 000 Mark gestellt. Der „Neue Haus- und Grundbesitzerverein“ hatte einen Antrag gestellt, bei Vergebung von Gemeindegärten auch dann den einheimischen Handwerkern den Zuschlag zu erteilen, wenn ihr Angebot bis 5 Prozent höher ist als das Angebot Auswärtiger. Neben unseren Genossen war es der Gemeindevorstand, welcher diesen Antrag bekämpfte. Die Herren Hausbesitzer verlangten ferner, daß in die Baukommission noch mehr „Sachverständige“ gewählt werden sollten. Genosse Jabel wies darauf hin, daß in jeder Kommission genug sachverständige Mitglieder vorhanden sind und regte an, auch dem Gemeindebaumeister bestehende Stimme zu geben. Mit Stimmgleichheit wurde die Eingabe des Hausbesitzervereins der zuständigen Kommission überwiesen. Der freiwilligen Feuerwehr wurden 50 M. als Beihilfe zur Beschaffung des Feuerwehrtages in Leipzig bewilligt. Genosse Jabel nahm die Gelegenheit wahr, nochmals energisch auf die Notwendigkeit der Verbesserung des vorhandenen Feuerlöschwesens zu erinnern. Vom Bürgermeister wurde die Erklärung abgegeben, daß dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung gekommen ist — trotzdem er spruchreif ist —, weil der Deputat der Feuerwehrkommission auf Reisen ist. Gewiß eine recht eigenartige Entschuldigung. Gemeindevorstand L. bemängelte den jetzigen Zustand der Chaussee nach Köpenick. Eine gründliche Ausbesserung ist hier dringend zu machen.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest findet am 18. Juli in Wöllfelns Lustgarten statt. Durch Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters, Leitung Maximilian Fischer, des Gesangsvereins „Frohfinn“ und des Humoristen-Quartetts „Berliner Spotti-Vögel“ wird den Besuchern ein genussreicher Tag geboten. Um rege Beteiligung wird ersucht. Billets sind bei den Funktionären zu haben.

**Kinderausflüge.** Wie alljährlich finden während der Ferienzeit jeden Dienstag und Freitag Kinderausflüge statt. Der Abmarsch erfolgt pünktlich nachmittags 2 Uhr vom Jugendheim, Widmarstraße 11. Rückkehr gegen 7 Uhr abends.

Es wird ersucht, die Kinder mit genügend Observe zu versehen, und wenn möglich fünf Pfennige für Kaffee mitzugeben. Beteiligung erwünschener ist erwünscht.

Erster Ausflug, Dienstag, den 8. Juli.

### Bahndorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung erledigte eine Reihe kleinerer Sachen. Es wurde eine Armenkommission gebildet, die aus den Herren Hoffmann, Reuders und unserem Genossen Schiffe besteht; den Vorsitz führt der Gemeindevorstand. Eine Anfrage unserer Genossen, wie es sich mit dem sogenannten Briefkasten verhalte, wurde vom Gemeindevorstand dahin beantwortet, daß in der Gemeinde 100 Morgen davon verpachtet werden, die Gemeinde hat aber darauf keinen Einfluß, weil dieses Land der Marke gehört, und der Pächter aus diesen Einnahmen zum Teil sein Gehalt bezieht. Ferner beantragten unsere Genossen die Aufhebung des Ortsstatuts für die Gemeindevorstand, dem wurde zugestimmt. Auf Anregung unserer Genossen versprach der Feuerwehrleiter, Herr Rüdte, die Pflichtfeuerwehr von jetzt an Sonntags ganz früh üben zu lassen.

### Weißensee.

Die **Weißenseer Genossenschaftsbank** — wegen Revision auf einige Tage geschlossen — lautet eine Ankündigung an den Geschäftslotale. Zum Quartalswechsel fällt diese Ankündigung recht unangenehm auf und es ist Tatsache, daß die Genossenschaftsbank wiederum in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Schon am Sonnabend knappten die Zahlungen nicht und am Montag konnten kleinere Schecksanweisungen nicht honoriert werden. Die Gemeindevertretung hatte am Sonnabend eine geheime Sitzung, die sich mit der Angelegenheit der Weißenseer Bank beschäftigte. Das Ergebnis der Verhandlungen scheint nicht günstig ausgefallen zu sein. Allem Anschein nach sieht die Bank vor einer Krise, die auf das geschäftliche und wirtschaftliche Leben der Gemeinde einen verderblichen Einfluß haben wird.

### Rahnsdorf.

Unhaltbare Zustände herrschen seit einiger Zeit an der Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Rahnsdorf. Trotzdem schon seit Monaten eine erhebliche Verkehrssteigerung zu verzeichnen ist, die sich besonders dadurch bemerkbar macht, daß infolge der Straßenbahnverbindung die Fahrgäste aus Woltersdorf, Schöndorf und Umgegend jetzt nicht mehr die Bahnhöfe Erner und Wilhelmshagen, sondern den Bahnhof Rahnsdorf benutzen, um mit den Vorortzügen ihre Arbeitsstelle aufzusuchen, hat sich die Bahndirektion bisher

nicht veranlaßt gesehen, die vorhandenen Fahrkartenschalter mit 3 zu 1 Beamten zu besetzen. Dem jetzt dort tätigen Beamten allein ist es unmöglich, den erheblich gesteigerten Verkehr zu bewältigen und die Passagiere, welche die Morgen- und Vormittagszüge benutzen wollen, rechtzeitig mit Fahrkarten zu versehen. Täglich finden deshalb vor Abgang der Züge, denen die Straßenbahn Fahrgäste zuführt, größere Ansammlungen vor dem Fahrkartenschalter statt, und es gehört jetzt schon zur Tagesordnung, daß ein erheblicher Teil der Fahrgäste, trotz rechtzeitigen Erscheinens, der Zug vor der Nase fortfährt. Dadurch entstehen natürlich der wertvollen Bevölkerung große Unzutraglichkeiten; Differenzen mit dem Arbeitgeber und materielle Schädigungen sind die Folge. Es dürfte doch auch der Bahndirektion nicht unbekannt geblieben sein, daß sich der Verkehr in den Morgen- und Vormittagsstunden mindestens verdoppelt hat, was schon daraus hervorgeht, daß die Straßenbahn Rahnsdorf-Woltersdorf circa 1000 Personen wöchentlich befördert, wozu sich noch die zahlreichen Sommergäste gesellen. Allerdings ist bereits ein Häuschen mit vier Fahrkartenschaltern im Bau, die aber wahrscheinlich nur dem starken Sonntag- und Freitagsverkehr dienen sollen, während die vorhandenen zwei Schalter voll auf für den Verkehrsverkehr ausreichen, sie brauchen nur durch zwei Beamte besetzt zu werden. Hoffentlich genügt dieser Hinweis der Bahndirektion, um Remedur zu schaffen.

### Notwendes.

Mit dem Ausbau der elektrischen Straßenbahn beschäftigte sich die Gemeindevertretung im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung. Nach sorgfältiger Erwägung der vorliegenden Projekte wurde die Erweiterung in zwei Linien: bis zum Neubabelsberger und Dreiwiger Bahnhof, beschlossen. Die Ausführung soll spätestens in zwei aufeinanderfolgenden Etatsjahren erfolgen, und zwar so, daß die Linie bis zum Bahnhof Neubabelsberg, deren Kosten auf 98 000 M. veranschlagt sind, zuerst in Angriff genommen wird, während der Ausbau nach dem Dreiwiger Bahnhof für das nächste Etatsjahr vorgesehen ist, wozu jedoch noch Vorarbeiten notwendig sind, die der Begehrkommission übertragen wurden.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zu einem Pünkschütz im Boardingpalast zugunsten der Reichsregierung beschaffte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts III. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenkhal. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte am 1. April d. J. den angeklagten Schriftsteller Martin Ehrlich, genannt Maximilian Raven, wegen verleumderischer Beledigung der Gattin des Bildhauers Professor Schulz zu Charlottenburg zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der als Nebenkläger zugelassene Professor Schulz Berufung einlegen lassen mit dem Antrage, dem Angeklagten zu einer empfindlichen Geldstrafe zu verurteilen. Gleichzeitig hatte aber auch der Angeklagte Berufung einlegen lassen, mit der Begründung, daß er unter dem Schutze des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) gehandelt habe und deshalb freizusprechen sei.

Das erste Urteil hatte folgenden Sachverhalt als erwiesen angenommen: Am 2. September d. J. fand in dem Boardingpalast zugunsten der Reichsregierung ein Wohltätigkeitsfest statt. In das Komitee wurde auch der jetzige Angeklagte, der sich fälschlich als Redakteur des „Berliner Tageblattes“ ausgegeben haben soll, eingeführt und zwar in die sogenannte „Pressepropagandaabteilung“. Schon bei einer der Komiteesitzungen äußerte der Angeklagte dem Oberst v. D. gegenüber, daß es in ganz Berlin bekannt sei, daß bei derartigen Wohltätigkeitsveranstaltungen Damen der besten Gesellschaft den Unterschied zwischen Reim und Deim vergähen und einen erheblichen Teil der eingenommenen Beträge in ihre Tasche wandern ließen, man müsse deshalb scharf aufpassen. Er verdächtigte darin völlig grundlos Frau Professor Schulz der Unterschlagung und erzählte er zu mehreren Personen, Frau Professor Schulz habe sich eine Unterschlagung zuschulden kommen lassen und er habe sie verhaften lassen. Diesen Schwindel verbreitete er, nachdem sich die absolute Haltlosigkeit der Verdächtigung der Frau Schulz ergeben hatte.

Der Angeklagte, der jetzt im Alter von 23 Jahren steht, gab auf Befragen zu, daß er nicht Redakteur des „Berliner Tageblattes“ gewesen sei und erklärte, er sei früher Berichterstatter der „Köln. Zeitung“ und kurze Zeit Redakteur in Würtemberg gewesen. Richtig sei es, daß er wegen verurteilter Erpressung mit 4 Monaten Gefängnis verurteilt sei. Er verteidigte sich damit, daß er ja gar nicht der Urheber der Verdächtigung gewesen sei. Frau Professor Schulz hat infolge des Voralles einen schweren Nervenschmerz erlitten, der einen längeren Aufenthalt in einem Sanatorium für sie notwendig machte.

Nach der Befundung des Buchdruckereibesetzers Zimmermann ist der Angeklagte bei ihm als Seher einige Zeit angestellt war und sich Kunden gegenüber durch Stempelabdruck auf seinen Briefen als „Redakteur“ bezeichnet habe. — Nach Schluß der Verurteilung plauderte Staatsanwalt Thormann auf Erhöhung der Strafe. Das Vorgehen dieses recht unreifen jungen Mannes gegenüber einer Dame der Gesellschaft spottete doch jeder Beschreibung. Es könne auf Wichtigkeit und Renommisterei zurückzuführen sein, näher liege aber der Verdacht, daß er eine Erpressung habe vorbereiten wollen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verurteilung und die schwere gesundheitliche Schädigung, die der Frau Professor Schulz zugefügt worden, beantragte der Staatsanwalt 4 Monate Gefängnis. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

### Der Totschlag im Ospital.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III hatte sich gestern der 54 jährige Hospitalist Gustav Graf unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Der Angeklagte war mit dem 69 jährigen Klempner August Pollak, der auch dem städtischen Hospital in Nimmelsburg überwiesen war, am 4. März d. J. wegen ein Paar Stiefeln in Streit geraten. Hierbei entwickelte der 69 jährige Pollak eine derartige Kraft, daß er seinen Gegner windelweich prügelte. Um sich hierfür zu rächen, nahm der Angeklagte in der Nacht sein Taschenmesser und verletzete dem schlafenden P. einen Stich in den Unterschenkel. Er traf hierbei eine Arterienader, so daß der Geschwene in kurzer Zeit infolge des Blutverlustes halb bewußtlos wurde. Er schleppte sich dann noch nach dem Abort, wo er noch in der Nacht tot aufgefunden wurde. Der Angeklagte lag offenbar schwer begehrt neben dem blutigen Messer in der Küche. — Vor Gericht war der Angeklagte geküßelt. Dem Hochspruch der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte unter Billigung mildernder Umstände zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis beantragt.

### Ein Revolverattentat.

Der Chauffeur Alexander Ried stand gestern vor dem Amtsgericht unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung. Seine Frau war mit einem Artisten, dessen Vater ein Brasilianer und dessen Mutter eine Negerin war, in intime Beziehungen getreten und mit ihrem Kind und dem Artisten nach London gereist. Das Kind holte der Vater mit polizeilicher Hilfe aus London zurück. Als der Angeklagte am nächsten Tage mit dem Bestreuer seines Familienglücks in dem Pensionat zusammentraf, packte ihn plötzlich die Wut. Er riß einen Revolver, mit dem er sich in der Verzweiflung hatte erschließen wollen, hervor und gab auf den Artisten vier Schüsse ab, die diesen schwer verletzten, da eine Kugel die Leber durchbohrt hatte.

Gegen Ried wurde erst ein Verjährten wegen **Mordversuch** eingeleitet, später aber, mit seiner gleichzeitigen Haftentlassung, zur Anklage wegen Körperverletzung erhoben. — der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Tat nahe an Mordversuch gränze, eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten, Rechtsanwalt Dr.



Salpert hat das Gericht, auf die niedrigste gefällige Strafe zu erkennen, da der Angeklagte, der als Rächer seiner Ehre gehandelt habe, vermutlich nicht nur in Frankreich, sondern auch von den Deutschen Geschworenen freigesprochen worden wäre. Er habe die Tat in einem begreiflichen Wutzustande verübt, bei dem ihm jede klare Besinnung gefehlt habe. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf 1 Monat Gefängnis.

#### Reineid wegen 10 Mark.

Die Pensionsinhaberin Witwe Gitt stand unter Anklage, wegen 10 M. in einem Vagantprozess einen Falschheid geleistet zu haben. Die Verhandlung endete mit der Beurteilung der Angeklagten wegen fahrlässigen Falschheid zu 9 Monaten Gefängnis, wovon 7 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Die Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

#### Verbot eines Gewerkschaftsumzugs.

Der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftskartells zu Halle a. S. hatte für den 7. Juli 1912, für den Tag des Gewerkschaftsfestes, die Genehmigung zu einem öffentlichen Gewerkschaftsumzug nachgesucht, der vom Kockplatz durch verschiedene Straßen, darunter die Albrechtstraße, die Bernburgerstraße, den Mühlenweg und die Burgstraße bewegen sollte. Die Polizeiverwaltung verweigerte für die fraglichen Straßen den Umzug, wollte ihn aber für andere Straßen (einen kürzeren Weg) gestatten. Der Einberufer ging darauf nicht ein, sondern erhob, wegen des Verbots des Umzugs in der in Aussicht genommenen Weise, die Beschwerde. Der Regierungspräsident zu Merseburg und der Oberpräsident zu Magdeburg verwarfen diese.

Die Polizeiverwaltung und die höheren Instanzen gingen davon aus, daß Sonntags sich ein großer Verkehr über einige der in Aussicht genommenen Straßen bewege, und daß der Umzug am Sonntag, den 7. Juli 1912, den Verkehr und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährden könne.

Der Antragsteller Könen klagte dann, durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten, beim Oberverwaltungsgericht gegen den Oberpräsidenten.

Das Oberverwaltungsgericht erhob über die Größe des Verkehrs Beweis und wies am Montag die Klage ab. Der Senat, so hieß es in dem Grunde, habe sich davon überzeugt, daß im vorliegenden Fall gerechtfertigt sei die Befürchtung der Polizei, daß aus der geplanten Benutzung der bestimmten Straßen zu einem Umzuge eine Gefährdung des Verkehrs und demzufolge eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit entstehen werde. Die Klage sei daher abzuweisen.

#### Unzüchtige Grammophonplatten.

Das Landgericht Weimar hatte fünf Gastwirte, die Grammophone mit unzüchtigen Text in ihren Lokalen hatten spielen lassen, sowie einen Arbeiter und einen Gastwirt, die die Grammophonplatten ausgestellt und verkauft hatten, wegen Verbreitung und Darstellung unzüchtiger Schriften zu je 10 M. verurteilt. Das Reichsgericht verwies am Donnerstag zwar die von dem Aussteller und Verkäufer eingelegte Revision, hob aber auf die Revision der fünf anderen Gastwirte deren Verurteilung auf und sprach diese frei. In den Gründen heißt es: Die Angeklagten haben die unzüchtigen Platten in ihren Lokalen spielen lassen, dadurch „verbreiten“ sie aber diese nicht, sondern brachten sie lediglich zum Vortrag; ein solcher Vortrag aber ist vom Gesetz nicht mit Strafe bedroht. Außerdem ist als festgesetzt anzusehen, daß diese Angeklagten die Stücke in ihren Lokalen nur zur Unterhaltung ihrer Gäste zum Vortrag gebracht haben. Auch ein „strafbares Ausstellen“ konnte hier nicht in Frage kommen.

### Aus aller Welt.

#### Brindejones europäischer Rundflug.

Der famose französische Flieger Brindejone hat am Dienstag die vorletzte Etappe seines grandiosen europäischen Rundfluges zurückgelegt, der die glänzendste Fliegerleistung darstellt, die bis jetzt ein Aviatiker vollbracht hat. Brindejone ist am Dienstag früh 1/8 Uhr von Kopenhagen abgeflogen und nach zwei Stunden 20 Minuten in Hamburg eingetroffen. Das war bei dem recht böigen Wetter bereits eine achttage Fliegerleistung. Aber der wagetüchtige Franzose begnügte sich damit nicht, sondern flog bereits gegen 10 Uhr vor-mittags von neuem auf, um Haag zu erreichen. Dort ist er denn auch programmäßig gegen Mittag eingetroffen. Brindejone hat damit die in der Luftlinie 650 Kilometer lange Strecke Kopenhagen—Hamburg—Haag an einen Vormittag hinter sich gebracht. Am Mittwoch beabsichtigt er, nach Paris weiter zu fliegen, wo ihm ein grobhartiger Empfang zugebracht ist.

Der junge Flieger hat die ihn erwartenden Ehren in der Tat verdient. Denn seine Fliegerleistungen haben bewiesen, daß er zu den Ältesten seines Metiers gehört. Schon sein sensationeller Flug Paris—Berlin—Warschau war eine ganz ungewöhnliche Leistung. Daß er aber nicht nur den Wagemut besaß, bei orkanartigem Winde eine einmalige Bravourtat zu vollbringen, sondern auch die stetige Fähigkeit, diesem ersten Fluge eine ganze Reihe weiterer bravourtöser Leistungen folgen zu lassen, bewiesen seine Flugetappen Warschau—Petersburg, Petersburg—Stockholm, Stockholm—Kopenhagen und Kopenhagen—Haag.

Noch ist die Flugmaschine nur ein Vehikel für waghalsigsten Sport oder für militärische Menschenvernichtung. Vielleicht wird die Flugmaschine, die einmal als nützliches Verkehrsmittel zu dienen vermag, einem ganz anderen System angehören, als der gebrechliche Drachenflieger, auf dem Brindejone halb Europa überschiffte. Trotzdem ist die Leistung des lächeln Piloten mehr als ein rein sportlicher Rekord. Denn wie heute einmal die Dinge liegen, bedarf es der sich überbietenden Leistungen verwagener Luftpioniere, um der Flugtechnik das Interesse der Öffentlichkeit und — des Kapitals zu sichern, das aus idealen Beweggründen für die Flugtechnik auch nicht eine lumpige Reichsmark riskieren würde!

#### Die Dampferstrandung bei Villau.

Ueber die Strandung des Villauer Dampfers „Jaroslawa“ wird noch gemeldet, daß das Schiff Montag Abend bei dichtem Nebel auf ein Riff geraten sei. Da die ausgeworfenen Anker nicht hielten, wurde der Dampfer dem Strande zugezogen. Der Maschinenraum ließ voll Wasser, wodurch das Feuer ausgelöscht wurde. Regierungs- und Lotsendampfer nahmen sofort die Rettungsarbeiten auf. Ein von der „Jaroslawa“ ausgesetztes Rettungsboot mit vier Bootleuten und acht Passagieren schlug um, die Insassen wurden dem Strande zugezogen und gerettet. Der übrige Teil der Besatzung, etwa zehn Mann, wurden durch einen Raketenapparat geborgen. Der Dampfer liegt noch fest.

#### Schwere Brandkatastrophe in New York.

In einem New Yorker Logierhause brach in der Nacht zum Dienstag ein Brand aus, wobei eine Anzahl europäischer Rückwanderer ihr Leben einbüßten. In dem Hause schliefen etwa 70 Deutsche, Polen und Angehörige anderer Nationalitäten, die am folgenden Morgen nach Europa zurückfahren wollten. Durch den Brand, der sehr schnell um sich griff, wurden fünf Personen getötet; etwa 20 Personen erlitten schwere Brandwunden oder zogen sich Verletzungen zu, indem

sie aus dem Fenster sprangen. Man vermutet, daß Brandstiftung vorliegt.

#### Die Hitzewelle.

Die Stadt Gettysburg im Staate Pennsylvania feiert augenblicklich den 50jährigen Gedächtnistag der dort stattgehabten Schlacht während des Sezessionskrieges. Aus diesem Anlaß sind in der Stadt gegen 9000 Veteranen eingetroffen, die unter der furchtbaren Hitze zu leiden haben. 18 Veteranen sind infolge Hitzschlages gestorben, 50 sind ohne Bewußtsein, während 100 leicht erkrankt sind. Die Behörden erklären, daß sie alles nur irgend Mögliche getan haben.

#### Das Festschiffwunder.

In Casaluca bei Caserta spielten in der Schenke eines gewissen Antonio Massimo ein paar Leute Karten, als ein Vettelmann aus dem Kloster der Madonna von Casaluca eintrat. Er hat die Spieler, ihm von ihrem Gelde je zwei Soldi für das bevorstehende Fest der Madonna zu schenken, aber der Vorschlag fand durchaus nicht die allgemeine Zustimmung. Wählich blühte einer der Spieler auf den Zylinder der brennenden Lampe und schrie Wunder über Wunder; er hatte in dem Zylinder das Bild der Madonna von Casaluca erblickt! Die anderen Spieler schienen zuerst zweifeln zu wollen, dann aber waren auch sie von dem großen Wunder überzeugt. Die Nachricht verbreitete sich rasch im ganzen Orte, und alles eilte in Massimo's Schenke, um die Madonna im Lampenzylinder zu sehen. Der Schenkwirt nutzte das gehörig aus, indem er, angeblich als Beitrag für das Fest der Madonna, ein Eintrittsgeld von zwei Soldi erhob. Es kam ein ganz hübsches Bündchen zusammen, und die Pilgersahrt zu dem Wunderbild würde wahrscheinlich noch länger gedauert haben, wenn nicht ein gottloser Zweifler auf den Gedanken gekommen wäre, mit dem Daumen über den Zylinder zu fahren; da stellte sich denn, zum nicht geringen Aerger des geschäftstüchtigen Gastwirts heraus, daß die vermeinte Madonna nichts weiter war als ein großer Fettsack auf dem geschwärtzten Zylinder. In Casaluca glauben sie aber noch heute an das Wunder.

#### Kleine Notizen.

**Bootsunglück.** Montag nachmittag kenterte auf der Weser bei Hammelwarden ein mit vier jugendlichen Arbeitern besetztes Ruderboot, wobei drei von den Jünglingen ertranken. Der vierte konnte von einem in der Nähe befindlichen Dampfer gerettet werden.

**Verkehrsstörung infolge des Unwetters.** Infolge Unterwahrung des Bahnhofs ist der Schnellzugverkehr auf Strecke Lemberg—Podwoločysk und der gesamte Verkehr auf drei kleineren Linien eingestellt worden. Der Regen hält an.

Eine große Feuersbrunst ist gestern in einer Apotheke in Avila (Spanien) ausgebrochen. Das Feuer griff in das Zentralgebäude des Telephonamtes über, das zerstört wurde. Zwei andere Gebäude wurden ebenfalls ein Raub der Flammen. Ein Telephonist wurde verletzt.

**Schreckenskatastrophe in einem Badehaus.** Der Aufstieg zum südlichen Badehaus in Lawrence (Massachusetts) brach gestern zusammen, wobei zwölf Knaben ertranken sind.

**Die indische Eisenbahnkatastrophe.** Aus den Trümmern des in den Fluß gestürzten Zuges wurden bisher 14 Tote und 18 Schwerverletzte herausgehoben. Da man aber die Wagen nicht eher aus dem Wasser heben kann, bis die Ueberschwemmung nachgelassen hat, so läßt sich die genaue Zahl der Opfer noch immer nicht feststellen.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet heute nur bis 7 Uhr statt.

**Nichtensberg 30.** 1. Gesetzlicher Erbe war nur der Junge. 2. Das Vormundschaftsgericht würde vorausichtlich eingreifen, das Sparfassenbuch sperren und Einzahlung des abgehobenen Betrages sowie des weiterhin dem Jungen zustehenden Erbanspruchs verlangen. Wahrscheinlich ist jedoch, daß der Vormundschaftsrichter Ihrem Bruder Mitteilung machen würde, von dem die Beschwerde angeht. 3. Hängt von dem Inhalt der Police ab. Kräftigt diese keine näheren Bestimmungen, so haben die Erben, also der Junge und die Frau, Anspruch, sofern nicht durch das Testament etwas anderes verfügt ist. 4. Bestehen Sie einen Nachmann. — **S. R. 1870.**

1. Ja, im Testament muß der Grund angegeben werden. 2. Hälfte des gesetzlichen Erbteils. 3. Trifft sich so allgemein nicht beantworten. 4. Ja. Das Testament muß außer dem Inhalt Erbverzichtung, Datum und Unterschrift haben. — **S. R. 1.** und **S. R. 2.** Rein. — **S. 77.** 1. u. 2. In der Zeit zwischen 10 und 6 Uhr, sofern nicht im Niederschreiben etwas anderes gesagt ist. — **S. R. 100.** Die Pfändung halten wir für unzulässig. Beschwerde beim Magistrat. — **S. R. 71.** Das ist ein Irrtum. — **S. R. 20.** 1. Ja. 2. Das ist zweifelhaft. — **S. R. 50.** Ja, sofern der Schuldner unverheiratet ist. Es können wöchentlich 3 bis 5 M. gefordert werden. — **S. R. 53.** Der Mieter kann zur Räumung erzwingen werden, wenn ein Urteil vorliegt. — **M. W.** Nicht zulässig. Handelt es sich jedoch um ein Mädchen, so ist neben der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters die Geburtsurkunde erforderlich. — **Pantow 22.** Ja. — **S. R. 17.** 1. Von jetzt ab bis zur Weitervermietung in der Zeit von 10 bis 6 Uhr, außer Sonntag, sofern im Mietvertrage nichts anderes bestimmt ist. — **S. R. 22.** Die Adoption ist zulässig, sofern Sie eheliche Abkömmlinge nicht haben. Den Adoptionsvertrag schließen Sie am zweckmäßigsten vor einem Notar, der dann das weitere veranlaßt. Die Kosten betragen etwa 75 M., einschließlich des Stempels von 50 M. Dieser Stempel kann bis auf 5 M. ermäßigt werden, sofern der Adoptionsvertrag nachgemessen werden kann. — **S. R. 100.** Für die Kosten des Krankenhauses Friedrichshagen haftet u. E. die Krankenkasse. Für die übrige Zeit ist es nur zu den statistischen Mindstellungen verpflichtet. — **S. R. 11.** Wir raten zur Zahlung der 20 M. Wohngebühren, da das nur zulässige Beschwerdeverfahren aus schließlich ergibt. — **S. R. 1.** Ja. 2. Wiederholen Sie die Frage und geben Sie noch Ihre Alter sowie den Zeitpunkt, zu dem der Unfall passierte, an. — **S. R. 250.** Ihre Frau haftet nicht für die Miets. Sollten deren Sachen beschlagnahmt werden, so muß Ihre Ehefrau intervenieren. Der Vertrag ist gültig. Sofern die Räume nicht sämtlich nach Aufforderung zur Verfügung gestellt werden, können Sie vorzeitig den Vertrag lösen. — **Pantow 1.** Das Weiterleben ist zweifelhaft, da für den Fall der Invalidität die Invalidenrente höher ist. — **S. R. 43.** Geldstrafe von 150 bis zu 3000 M. oder Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre. — **Wolff.** 1. Bis zu drei Monaten. 2. Der Väter. — **S. R. 100.** Ja, sofern nicht ausdrücklich. — **S. R. 31.** Nur bis zum 15. mit Wirkung zum Ersten, sofern nichts anderes vereinbart ist. — **S. R. 35.** Die Krankenkasse hat selber keine Verpflichtung, die Krankenkassenkosten in vollem Umfange zu decken, sofern sie nicht die Genehmigung erteilt hat. — **S. R. 5.** Rein, sofern nicht Gütergemeinschaft besteht. Ob dieses der Fall ist oder nicht, läßt sich nicht ermitteln. — **S. R. 1.** Ja. — **Alter Abkondent 24.** Die Untertragung der Erbschaftsforderung auf den Sohn erscheint anfechtbar. — **S. R. 100.** Der Inhalt ist ausreichend. Das Testament muß eigenhändig geschrieben, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen sein und dem ebenfalls eigenhändig geschriebenen Inhalt der Frau, daß das Testament auch als das ihrige gilt, enthalten, und zwar muß dieser Inhalt ebenfalls mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen sein. Andernfalls kann das Testament zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll erklärt werden. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — **S. R. 23.** Der Gläubiger oder ein Vertreter haben das Recht, anwendend zu sein. — **S. R. 1865.** Durch einen solchen Vertrag geht das Pfandrecht des jetzigen Hauswirts nicht unter. — **S. R. 17.** Ein Rückforderungsrecht besteht nicht. — **S. R.** Eine Einräumung in den Mietvertrag nicht zu beantragen. — **M. W.** Geburtsurkunde, außerdem schriftliche und beglaubigte Genehmigung des Vaters beim Vormund. — **S. R. 32.** Der Erzeuger ist verpflichtet, allen durch die Schwangerschaft und Entbindung entstandenen Schaden zu ersetzen, neben seiner Verpflichtung zur Alimentationszahlung für das Kind. — **Vogel 119.** 1. Neben Erwachsenen, keine Kinder. 2. u. 3. In der Buchhandlung Bornhörs, Berlin SW. 69 Lindenstr. 69, erhalten Sie beides.

Marktpreise von Berlin am 30. Juni 1913, nach Ermittlungen des Königl. Volksgewerksamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,00 bis 20,10, mittel 19,98—20,02, geringe 19,90—19,94. Roggen, gute Sorte 16,28—16,40, mittel 16,24—16,36, geringe 16,20—16,32 (ab Bahn). Hafer, gute Sorte 16,10—16,50, mittel 15,70—16,00, geringe 15,30—15,60. Mais, gute Sorte 17,30—18,50, mittel 16,20—17,20. Mais (mitre), gute Sorte 15,50—16,00. Mais (reiner), gute Sorte 15,80—16,00. Nichtstroh 0,00. Heu, alt 0,00—0,00, neues 0,00—0,00.

Marktpreise von Berlin am 30. Juni 1913, nach Ermittlungen des Königl. Volksgewerksamts. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Bohnen, weiße 30,00—30,00. Linsen 35,00—36,00. Kartoffeln (klein), alte 7,00—10,00, neue 00,00—00,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,00. Dammfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,80. Kale 1,80—3,20. Rander 1,40—3,60. Gemüse 1,40—2,80. Barfische 1,00—2,40. Schleie 1,40—3,50. Heie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,60—30,00.

#### Witterungsübersicht vom 1. Juli 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Stettin	759,0	SW	5	16	Naparanda	764,0		4	13
Damberg	765,0	SW	5	12	Petersburg	755,0	SW	1	20
Berlin	761,0	SW	5	13	Sibir	770,0		2	16
Frankfurt	768,0	S	1	13	Worms	773,0	SW	2	12
München	767,0	SW	4	11	Paris	770,0	SW	2	13
Wien	761,0	SW	4	13					

#### Wetterprognose für Mittwoch, den 2. Juli 1913.

Ein wenig wärmer, vielleicht heiter, aber noch sehr unbeständig mit leichten Regenschauern und häufigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 6. 1913	am 29. 6. 1913	Wasserstand	am 30. 6. 1913	am 29. 6. 1913
Remel, Müst	94	+3	Saale, Groditz	132	+3
Regel, Zisterburg	40	+5	Saale, Spandau	9	+1
Weichsel, Thorn	63	-1	Rathenow	10	+1
Oder, Rathor	95	-3	Spree, Spremberg	64	-4
Krossen	69	+2	Beelitz	80	0
Frankfurt	67	-1	Weser, Rüdow	186	+6
Barthe, Schirmitz	-2	-2	Witten	245	+5
Saale, Landsberg	-2	+2	Rhein, Wargillankau	540	+40
Regel, Vorhamm	-40	0	Rhein, Raus	278	+6
Eibe, Veltmeritz	5	-8	Rhein, Raus	291	+8
Dröben	-114	+14	Nezlar, Heilbrunn	135	+10
Barby	161	-23	Rhein, Gnanau	166	-6
Magdeburg	134	-16	Rhein, Arter	29	-5

+) bedeutet Hoch, -) Tief, -) Unterpegel.

### Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, den 4. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den Corona-Gesellen, Kommandantenstraße 72.

#### Öffentliche Fliesenleger- u. Hilfsarbeiter-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Deutscher Bauarbeiterverband.  
Sektion der Fliesenleger und Hilfsarbeiter.

Freie Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.  
Christlicher Bauarbeiterverband.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin I.  
Bezirk Osten III. Die heutige Vertrauensmänner-Versammlung findet nicht in „Frederiksberg-Gesellschaftshaus“, sondern bei Bergmann, Borsigener Str. 26, statt.

Kamm- und Haarichmuckarbeiter.  
Freitag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß. Holzmarktstr. 65.

#### Vertrauensmänner-Versammlung.

Klavierarbeiter.  
Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (großer Saal).

### Branchen-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Die Regelung des Beitrages in unserer Branche.  
2. Branchenangelegenheiten.

Folgende Zahlstellen sind besetzt worden:

Zahlstelle 10 von Elbinger Str. 8 nach Langenbeckstr. 1, Ecke Elbinger Straße.

Zahlstelle 18 von Voltastr. 34 nach Wattstr. 17.

Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1087. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitnachweis: Amt Norden 1239, 9714

### Hamburg-Helgolandsfahrt

27. Juli bis 30. Juli 1913.

Preis 30 Mark inkl. Hin- und Rückfahrt Berlin—Hamburg, Dampferfahrt Hamburg—Helgoland, Rundfahrt mit Bierpänner durch Hamburg, Dampferfahrt mit Besichtigung eines Dampfers, Eintritt in Jagendklub, Rundfahrt auf der Alster sowie drei Nächte Pögel in Hamburger Hotels.

Wer sich an dieser Sonderfahrt noch beteiligen will, melde sich sofort an. Der Betrag von 30 M. muß bis zum 15. Juli eingezahlt werden. Anmeldungen werden entgegengenommen bei Böring, Börsenstraße 14; Nebel, Markstr. 10 b; Volkshaus Charlottenburg; Werlich, Charlottenburg, Teubelendammstr. 15; W. Richter, Charlottenburg, Dönnelstraße 4; Rannemann, des Markand, Märkischer Steig 6, sowie am dem Bureau, bei Otto Kuf. Finienstr. 83/85.

Ein wohlschmeckendes Morgen-, Mittag- und Abendessen statt Kaffee und Tee ist eine Abkochen von „Kusete“ in Milch (1 Teelöffel „Kusete“ auf 1 Tasse Milch, 5 Minuten gekocht). Es wird von Kindern und Erwachsenen gern genommen und ist in vielen Familien ständig im Gebrauch, besonders zur Stärkung von schwachen Personen, Kranken und Konvaleszenten. Auch Sie sollen einen Versuch mit „Kusete“ machen, wenn Sie sich satt und abgemagert fühlen; Sie werden sich dann am eigenen Körper von der stärkenden Wirkung dieser Kost überzeugen. — Suppen, mit „Kusete“ zubereitet, sind ebenfalls sehr beliebt, sie sind schmackhaft, nahrhaft und appetitanregend; die erforderlichen Rezepte erhalten Sie in Apotheken und Drogen-geschäften gratis.



